



# **Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen**

**vom 9. Mai 2010**





# **Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen**

**vom 9. Mai 2010**



Die Landtagswahl vom 9. Mai 2010 hat die politischen Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen verändert. CDU und SPD liegen gleich auf – bei starken Verlusten für die einen, bei schwächeren für die anderen, wenn die Landtagswahl von 2005 zum Vergleich herangezogen wird. Die GRÜNEN konnten ihre Abgeordnetenzahl nahezu verdoppeln, die FDP hat ein Mandat hinzugewonnen. Mit der LINKEN hat eine fünfte Partei den Einzug in das NRW-Parlament geschafft. Fünf Fraktionen im Landtag Nordrhein-Westfalen – das gab es seit 1954 nicht mehr.

Entsprechend kompliziert gestaltete sich die Regierungsbildung. Nach schwierigen Verhandlungsrunden zwischen den Parteien entschlossen sich schließlich SPD und GRÜNE, eine Minderheitsregierung zu bilden. Den 90 Abgeordneten der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN stehen 91 Abgeordnete der Fraktionen von CDU und FDP sowie der Fraktion DIE LINKE gegenüber. Das ist eine neue, eine ungewohnte Situation für das nordrhein-westfälische Landesparlament. Die Landesregierung und die sie stützenden Fraktionen von SPD und GRÜNEN müssen im Landtag um Mehrheiten für ihre Vorhaben werben und sind auf Zustimmung oder wenigstens auf Enthaltungen aus den Oppositionsfraktionen angewiesen, wenn ihre Initiativen das Parlament erfolgreich passieren sollen.

Vor der Wahl, vor der Konstituierung des 15. Landtags NRW mit 181 Abgeordneten und vor der Wahl der Ministerpräsidentin aber lagen fünf ereignisreiche Jahre der vorangegangenen Wahlperiode. Die CDU stellte nach 39 Jahren

wieder den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten und koalierte mit der FDP. Die Wahlperiode war von harten Auseinandersetzungen geprägt: Schul- und Hochschulpolitik, Ladenschlusszeiten, Nichtrauchererschutz, KiBiz, Entbürokratisierung, Schuldenabbau, Ausstieg aus der Steinkohle und Klimaschutz sind nur einige Stichworte dafür. Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hinterließ auch in Nordrhein-Westfalen tiefe Spuren. Das Ringen um die Arbeitsplätze bei Nokia, bei Opel und bei den Warenhausketten, die Diskussionen über die Sanierung der WestLB bestimmten zahlreiche Debatten des Landtags NRW von 2008 bis zum Ende der Legislaturperiode. Europa-, die nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen sowie die Bundestagswahlen im Jahr 2009 lieferten reichlich Stoff für Spekulationen über den Ausgang der Landtagswahl 2010.

In der vorliegenden Publikation blickt Walter Ruhland vom Forschungsinstitut polis-sinus, Gesellschaft für Politik und Sozialforschung auf die 14. Wahlperiode des Landtags NRW zurück und analysiert die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 9. Mai 2010. Er setzt damit die Informationen über die nordrhein-westfälischen Landtagswahlen von 1947 bis heute fort.



Eckhard Uhlenberg  
Präsident des Landtags NRW

## Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom 9. Mai 2010

<b>I.</b>	<b>Von der Landtagswahl 2005 bis zum Wahlkampf 2010</b> .....	6
	1. 2005: Schwarz-Gelb regiert, Sparkurs und neue Wege .....	6
	2. 2006: Proteste, neue Bildungspolitik, 60 Jahre NRW .....	10
	3. 2007: Ausstieg aus der Steinkohle und Halbzeitbilanz .....	16
	4. Das Krisenjahr 2008 .....	24
	5. Das Superkrisenjahr und Superwahljahr 2009 .....	33
<b>II</b>	<b>Der Landtagswahlkampf 2010</b> .....	46
<b>III.</b>	<b>Die Wahl</b> .....	61
	1. Ergebnisse und Analysen .....	61
	2. Wer wählte wen? .....	69
	3. Allgemeine Entwicklungen .....	72
	4. Verhandlungen, Wahl des Präsidiums, Regierungsbildung.....	73



<b>IV. Dokumentation</b> .....	82
1. Rückblick auf die Wahlperiode 2005 bis 2010.....	82
2. Grafiken .....	115
Wahlergebnisse 1947 bis 2010 .....	115
Entwicklung der Wahlbeteiligung .....	116
Verteilung der Direktmandate .....	117
3. Das Präsidium des 15. Landtags NRW.....	118
4. Die Fraktionen.....	119
5. Statistisches.....	133
Die Berufe der Abgeordneten in der 15. Wahlperiode .....	133
Frauenanteil.....	135
Altersstruktur .....	135



# I. Von der Landtagswahl 2005 bis zum Wahlkampf 2010

## 1. 2005: Schwarz-Gelb regiert, Sparkurs und neue Wege

Die Landtagswahl vom Mai 2005 bescherte dem Land eine wahrhafte Wende, denn sie kehrte die politischen Verhältnisse an Rhein und Ruhr um: Die SPD, die seit 1966 die Ministerpräsidenten gestellt hatte, musste in die Opposition; ebenso erging es ihrem Koalitionspartner der vergangenen zehn Jahre, den GRÜNEN. Nach 39 Jahren übernahm mit Jürgen Rüttgers erstmals wieder ein CDU-Politiker die Führung des Landes – an der Spitze einer Koalitionsregierung mit der FDP, die zuvor wie die Union auf den Oppositionsbänken gesessen hatte.

Das nordrhein-westfälische Wahlergebnis vom 22. Mai 2005 hatte aber noch viel weiter reichende Konsequenzen: Am Wahlabend kündigten der sozialdemokratische Bundeskanzler Gerhard Schröder und der SPD-Bundesvorsitzende Franz Müntefering die vorzeitige Auflösung des Deutschen Bundestags und vorgezogene Neuwahlen im Bund an. „Die indirekten Folgen des Wählerstimmens in Nordrhein-Westfalen wurden damit folgenreicher als seine unmittelbaren Auswirkungen zwischen Rhein und Weser“, schrieb der Bonner *General-Anzeiger* unter der Überschrift „Wechsel am Rhein löst Beben in Berlin aus“.



Wahlsieger 2005: Jürgen Rüttgers (CDU) und Ingo Wolf (FDP)

Im Schatten der bevorstehenden Bundestagswahl begann am 8. Juni 2005 die 14. Wahlperiode des Landes Nordrhein-Westfalen mit der konstituierenden Sitzung des neuen Landtags. In ihm hatten die CDU 89, die SPD 74, GRÜNE und FDP je zwölf Sitze. Neue Landtagspräsidentin wurde die CDU-Abgeordnete Regina van Dinther. Zu ihren Stellvertretern wurden Edgar Moron (SPD), Michael Vesper (GRÜNE) und Angela Freimuth (FDP) gewählt.





Landtagspräsidentin Regina van Dinther (2. v. rechts) vereidigt das Kabinett Rüttgers: Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten Helmut Breuer; Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration Armin Laschet; Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Eckhard Uhlenberg; Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter; Minister für Bauen und Verkehr Oliver Wittke; Ministerin für Schule Barbara Sommer; Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Karl-Josef Laumann; Innenminister Dr. Ingo Wolf; Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie Christa Thoben; Finanzminister Dr. Helmut Linsen; Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie Prof. Dr. Andreas Pinkwart; Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers (von links).

Eine gute Woche später einigten sich CDU und FDP auf einen 64 Seiten umfassenden Koalitionsvertrag, der von Sonderparteitagern der CDU in Düsseldorf und der FDP in Dortmund gebilligt wurde. Am 22. Juni wurde Jürgen Rüttgers zum Nachfolger des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Peer Steinbrück gewählt; zwei Tage später überreichte Rüttgers seinen Ministerinnen und Ministern ihre Ernennungsurkunden. Dem neuen Kabinett gehörten neben dem Regierungschef neun Politikerinnen und Politiker der CDU und zwei der FDP an. Zu Fraktionschefs wurden Helmut Stahl für die CDU, Hannelore Kraft für die SPD, Sylvia Löhrmann für die GRÜNEN und Gerhard Papke für die FDP gewählt.

Den Auftakt der parlamentarischen Arbeit des neuen Landtags bildete im Juli die erste Regierungserklärung von Ministerpräsident Rüttgers, an die sich eine mit großer Schärfe geführte Debatte anschloss. Rüttgers betonte, der Weg, den die neue Landesregierung in den kommenden Jahren gehen müsse, werde anstrengend: „Er wird Opfer kosten, und jeder wird es merken. Wir werden den Haushalt sanieren. Das geht nicht in einer Legislaturperiode, aber es geht. Deshalb gibt es auch keine politischen Geschenke. Deshalb

gibt es keine Konjunkturprogramme. In der Landesverwaltung werden wir jährlich 1,5 Prozent der Stellen abbauen. Ausgenommen sind die Bereiche Polizei, Justiz, Finanzen, Schule und Hochschule.“ Rüttgers' Ankündigung, 1000 Lehrer einzustellen, wurde von der neuen SPD-Fraktionsführerin als „Lehrerlüge“ bezeichnet, worauf der neue Ministerpräsident ihr „politische Unverschämtheit“ vorwarf. „Turbulenzen im Landtag“ meldeten die *Aachener Nachrichten*, und die *Westfalenpost* fand: „Die Luft wird bleihaltig“.

Die noch im gleichen Monat geführte Landtagsdebatte um eine Erhöhung der Mehrwertsteuer gab einen ersten Vorgeschmack auf den bevorstehenden Bundestagswahlkampf, der im Sommer 2005 im Zentrum des Interesses stand. Die Wahlen im Bund brachten auch in Berlin „das Ende von Rot-Grün“ – aber nicht die von CDU und FDP erhoffte völlige Parallele zu NRW mit einer schwarz-gelben Bundesregierung, sondern eine große Koalition aus CDU und SPD unter der neuen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Im Bundestag war die SPD knapp zweitstärkste Fraktion nach der CDU/CSU geworden; in NRW hatte sie bei der Bundestagswahl dagegen ihren Platz als stärkste Partei zurückerobert.

Im Landtag gingen unterdessen die Auseinandersetzungen mit großer Heftigkeit weiter. Neben dem Dauerbrenner „fehlende Lehrerstellen“ rückte ein weiteres bildungspolitisches Thema in den Vordergrund, das die ganze Wahlperiode über immer wieder die Gemüter erregte: Nach dem Willen des Kabinetts sollte NRW als erstes Bundesland Studiengebühren einführen. Innovationsminister Andreas Pinkwart (FDP) versicherte: „Die Studienbeiträge kommen in vollem Umfang den Hochschulen zugute und dürfen zu keinem Teil dem Landeshaushalt zugeführt werden.“ Die nordrhein-westfälischen Hochschulrektoren kritisierten, dass die Universitäten und Hochschulen selbst über die Einführung der Gebühren entscheiden sollten: „Das wird zu großen Zerreißproben in den Hochschulen führen“, meinte der Präsident der Landesrektorenkonferenz, Professor Dieter Timmermann. Ex-Ministerin Bärbel Höhn, im neuen Landtag bis zu ihrer Wahl in den Bundestag hochschulpolitische Sprecherin der GRÜNEN, sah schlecht ausgestattete „Billig-Unis“ und gute Hochschulen für Reiche voraus. SPD-Fraktionschefin Kraft warf der Regierung „Betrug an den Studenten“ vor.

Und immer wieder beschäftigten Haushaltsfragen die Abgeordneten. Dabei ging es zunächst um den Nachtragshaushalt für 2005: Während der neue

Finanzminister Helmut Linssen, der unterlegene CDU-Spitzenkandidat der Landtagswahl von 1995, ein „katastrophales Erbe“ der alten Regierung und eine von dieser „schön gerechnete“ dramatische Haushaltslage beklagte, kritisierte die Opposition „stille Reserven“ für Nachwahlgeschenke und 91 neue Stellen in den Ministerien. Mit dem Nachtragsetat beschloss das Land in seiner letzten Sitzung vor der Weihnachtspause 2,2 Milliarden Euro weitere Schulden, so dass die Neuverschuldung des Jahres 2005 auf die Rekordhöhe von 7,39 Milliarden Euro und die Gesamtschulden des Landeshaushalts am Jahresende auf 110 Milliarden Euro stiegen.

Der Haushalt für 2006 konnte nicht mehr im alten Jahr eingebracht werden, doch wurden Sparpläne der Regierung bekannt, die ihr prompt den Vorwurf der Opposition einbrachten, im sozialpolitischen Bereich zu kürzen. Die GRÜNEN beantragten dazu eine Aktuelle Stunde. Sie warfen der Regierung vor, entgegen ihren Bekundungen im Wahlkampf vor allem zu Lasten von Familien, Kindern und Jugendlichen zu sparen. Auch Sozialdemokraten, Wohlfahrtsverbände und Kommunen übten Kritik an der Absicht der Regierung: Durch die geplante Streichung des jährlichen Defizitausgleichs von 84 Millionen Euro würden die Elternbeiträge zu den Kindergartenkosten drastisch steigen; sozial schwache Familien würden sie sich nicht mehr leisten können. FDP-Generalsekretär Christian Lindner warf der Opposition daraufhin vor, die horrende Verschuldung des Landes auszublenden. Jugendminister Laschet (CDU) versicherte, durch die „notwendigen Kürzungen“ werde die bestehende Infrastruktur an Einrichtungen, Angeboten und Trägern der Jugendhilfe nicht gefährdet: „Bei den Horten wird kein Cent gekürzt.“ Die Mittel für die vorschulische Sprachförderung würden sogar verdoppelt.

Die NRW-Bürgerinnen und -Bürger aber waren skeptisch: Kurz vor Weihnachten, ein halbes Jahr nach dem Düsseldorfer Regierungswechsel, waren nach einer Infratest-dimap-Umfrage für den WDR 52 Prozent von ihnen unzufrieden mit „Schwarz-Gelb“; nur jeder Dritte beurteilte die Arbeit der CDU/FDP-Regierung positiv. Für den Ministerpräsidenten waren die Werte allerdings besser als für seine Regierung: 49 Prozent der Befragten waren mit ihm zufrieden. Und wäre im Dezember 2005 Landtagswahl gewesen, hätten die beiden Regierungsparteien trotzdem die Mehrheit der Wählerstimmen erhalten: Die CDU wäre auf 42 und die FDP auf 7 Prozent gekommen, die Opposition hätte mit 36 Prozent für die SPD und 8 Prozent für die GRÜNEN klar dahinter gelegen.

## 2. 2006: Proteste, neue Bildungspolitik, 60 Jahre NRW

Der Januar 2006 brachte Nordrhein-Westfalen eine traurige Nachricht: Johannes Rau, der langjährige Ministerpräsident des Landes und spätere Bundespräsident, war kurz nach seinem 75. Geburtstag gestorben. In einem Staatsakt nahmen Landtag und Landesregierung Abschied von dem früheren Landesvater. Die Präsidentin des Landtags, Regina van Dinter, sagte über den Verstorbenen: „Mit Johannes Rau verliert die Bundesrepublik und das Land NRW eine große und über alle Grenzen beliebte Persönlichkeit.“



Land und Landtag Nordrhein-Westfalen trauern um Johannes Rau.

Im Februar stellte Finanzminister Linssen dem Landtag den Haushaltsentwurf für 2006 vor. Er sah Gesamtausgaben von 48,5 Milliarden Euro, aber auch Kürzungen von 1,3 Milliarden Euro vor. Von ihnen waren vor allem die Beamten betroffen, die weniger Weihnachtsgeld erhalten sollten. „Wir brauchen künftig eine Kultur des Verzichts“, mahnte Linssen. Die SPD nannte den Haushalt verfassungswidrig und kritisierte die vorgesehene Rekordverschuldung von fast 6 Milliarden Euro. Noch nie sei ein Haushalt mit so hohen Krediten in den Landtag eingebracht worden, warf die Fraktionsvorsitzende Hannelore Kraft der Regierung vor und sprach

von „Rotstiftpolitik auf dem Rücken von Familien und Kindern“. GRÜNEN-Fraktionschefin Sylvia Löhrmann erklärte, mit ihrer Haushaltspolitik zerstöre die Regierung „das Fundament der nordrhein-westfälischen Zivilgesellschaft“. FDP-Fraktionsführer Gerhard Papke meinte dagegen, der Etat für 2006 bedeute den Abschied von rot-grünen Luftbuchungen und Tricksereien. Der Kommentator der Westdeutschen Zeitung nannte den Etatentwurf „ein Buch der Tränen für alle, die auf Geld aus Düsseldorf angewiesen sind.“

Während der zweiten Lesung des Haushaltsgesetzes im Mai wiederholten die Oppositionsparteien ihre Vorwürfe und erhielten dabei Unterstützung von außen: Die „Volksinitiative 2006“ überreichte der Landtagspräsidentin mehr als 183.000 Unterschriften gegen Sozialkürzungen; und am selben Tag musste sich das Parlament auch noch mit einer zweiten Volksinitiative „Jugend braucht Zukunft“ befassen, die sich gegen Kürzungen des Landesjugendplans richtete und rund 100.000 weitere Unterschriften vorlegte. Die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Gisela Walsken, meinte: „Der Haushalt ist kinderfeindlich, unsolide und nicht zuletzt verfassungswidrig.“ Der Haushaltssprecher der GRÜNEN, Rüdiger Sagel, nannte den Etat „zukunftsfeindlich“. Finanzminister Linssen und die FDP-Finanzexpertin Angela Freimuth bezeichneten den Konsolidierungskurs der Regierung jedoch als alternativlos. „Nach zwei Tagen Streit im Landtag über die Einschnitte bei Kindergärten und im Sozialhaushalt steht fest: das Thema wird Schwarz-Gelb wie Kaugummi an den Schuhen kleben bleiben“, schrieb der Kommentator der *Rheinischen Post*.

Zwei Wochen später – und das hieß: ein Jahr nach dem Machtwechsel – nahm SPD-Fraktionschefin Kraft die dritte Lesung des Haushaltsgesetzes zum Anlass, eine erste Jahresbilanz der Regierung Rüttgers zu ziehen: „Nordrhein-Westfalen hat ein Jahr verloren“. Die Regierungsfaktionen waren von der Kritik der Opposition nicht beeindruckt – der Haushalt wurde angenommen.

Auch die Einwände gegen die geplanten Studienbeiträge konnten die Abgeordneten von CDU und FDP nicht überzeugen: Nach langem Ringen verabschiedete der Landtag in dritter Lesung das „Gesetz zur Sicherung der Finanzierungsgerechtigkeit im Hochschulwesen“. Das bedeutete: ab dem

Wintersemester 2006/2007 würde es den Hochschulen freistehen, von Studienanfängern bis zu 500 Euro Semesterbeiträge zu verlangen.

Aber der Landtag erlebte im Frühling 2006 auch eine besondere Premiere, nämlich einen ersten Vorgeschmack auf die zwischen 2005 und 2010 immer wieder diskutierte Möglichkeit von „Jamaika-Koalitionen“: CDU, FDP und GRÜNE (schwarz, gelb und grün = die Farben des karibischen Inselstaats Jamaika) brachten gegen die Stimmen der SPD einen Eilantrag ein, in dem sie detaillierte Angaben zu den Kosten eines möglichen Ausstiegs aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau forderten. Einige Wochen später erhitze eine Streitschrift des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung zu diesem Thema die Gemüter im Landtag erneut. Während CDU und FDP von einer wissenschaftlich fundierten Studie sprachen, sah die SPD darin ein „Gefälligkeitsgutachten“.

Der Kohlebergbau beschäftigte nicht nur die Landespolitik, sondern war auch Thema in Berlin: Im September 2006 skizzierte eine Spitzenrunde im Bundeswirtschaftsministerium erstmals gemeinsame Schritte zum Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau. Teilnehmer waren u.a. Ministerpräsident Rüttgers und sein sozialdemokratischer Vorgänger Peer Steinbrück, nunmehr Bundesfinanzminister. Auch der Chef der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, Hubertus Schmoldt, nahm teil und ließ überraschend erstmals seine Bereitschaft erkennen, unter bestimmten Voraussetzungen einer Schließung der letzten deutschen Zeche im Jahr 2018 zuzustimmen. Doch bald waren die Fronten wieder klar: In einer Aktuellen Stunde im Landtag forderte die SPD einen bleibenden Sockelbergbau, während die Regierungsfractionen sowie die GRÜNEN mit Blick auf die hohen Subventionszahlungen den dauerhaften heimischen Steinkohlenbergbau ablehnten.

Das herausragende landespolitische Thema des Jahres 2006 war aber die Schulpolitik. Mit einem von der Regierung Rüttgers vorgelegten Entwurf für ein neues Schulgesetz wurde nicht nur – wie erwartet – am dreigliedrigen Schulsystem festgehalten und der Gemeinschaftsschule eine Absage erteilt. Überraschend sollte auch das Recht der Eltern, für ihre Kinder die weiterführende Schule zu bestimmen, eingeschränkt werden. Das wurde nicht nur von der Opposition, sondern auch von den meisten Eltern massiv kritisiert.



### Schulpolitik – eines der wichtigsten landespolitischen Themen.

Die ebenfalls vorgesehene Abschaffung der Grund- und Berufsschulbezirke war Gegenstand einer Experten-Anhörung im Landtag, bei der Schulministerin Barbara Sommer (CDU) – so schrieben die *Ruhr Nachrichten* – „eisigen Gegenwind“ erlebte und „schwer abgewatscht“ wurde, denn Vertreter von Kommunen und Lehrerverbände lehnten die Pläne rundweg ab, weil sie soziale Verwerfungen insbesondere in den Problemvierteln der Großstädte befürchteten. Doch in der Landtagsdebatte über die Eckpunkte des neuen Schulgesetzes versprach der FDP-Abgeordnete Ralf Witzel, die Koalition wolle „unbeirrt“ ihren Weg zum „modernsten Bildungssystem Deutschlands“ weitergehen. Der Kabinettsentwurf wurde denn auch nur geringfügig verändert in das Parlament eingebracht. SPD und GRÜNE sahen deshalb bei der ersten Lesung eine „verblüffende Immunität der Regierung gegen Ratschläge von Experten“.

Im April erklärten die kommunalen Spitzenverbände den Gesetzentwurf in einem Brief an die Schulministerin für verfassungswidrig, weil das Land

nach dem „Konnexitätsprinzip“ den Kommunen nur dann neue Aufgaben übertragen dürfe, wenn es dafür einen finanziellen Ausgleich schaffe. Konkret fürchteten die Städte und Gemeinden, dass ihre Etats durch die von der Regierung geplanten Sprachtests und die größere Selbstständigkeit der Schulen zusätzlich belastet würden. Die GRÜNEN im Landtag interpretierten dies als „K.-o.-Schlag für die Schulgesetznovelle“. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Peter Biesenbach, meinte hingegen: „Von einer Verfassungswidrigkeit des neuen Schulgesetzes kann keine Rede sein“. Doch auch der Philologenverband, unterstützt vom Lehrerverband VBE und Ex-Schulministerin Ute Schäfer (SPD) erklärten die Novelle für verfassungswidrig, weil mit ihr die Bestellung des Schulleiters auf Zeit, in Abhängigkeit von einer Wahl durch die Schulkonferenz, eingeführt werden sollte – einen Beamten auf Zeit aber könne es laut Verfassung nicht geben.

Nach einigen Korrekturen am Gesetzentwurf, vor allem zugunsten der Kommunen, wurde die Schulnovelle im Juni 2006 vom Landtag beschlossen – gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen. Der Bonner *General-Anzeiger* hob hervor, Schulministerin Sommer könne „ihren ersten großen Erfolg feiern. Auch in schweren Zeiten hielt Jürgen Rüttgers stets seine schützende Hand über die Politikerin“. Und trotz der massiven Kritik durch Eltern, Schüler, Lehrer, Kommunen und Experten, die das Gesetz und seine Befürworter während der Beratungen aushalten musste, waren zumindest die Mütter und Väter mit dem Ergebnis offenbar ganz zufrieden: Nach einer Emnid-Umfrage fand das Gesetz bei den Eltern breite Unterstützung. Vor allem die Absicht, die Zahl der Sitzbleiber durch individuelle Förderung zu senken, wurde von 91 Prozent der Befragten begrüßt.

Im August 2006 gab es zum 60. Jubiläum von Land und Landtag ein Volksfest am Düsseldorfer





Rheinufer. Mehr als 60.000 Festbesucher nahmen auch das Parlament unter die Lupe und bescherten ihm damit einen neuen Besucherrekord. Höhepunkt der Feierlichkeiten zum runden Landesgeburtstag war im Oktober ein Festakt, zu dem in der Düsseldorfer Tonhalle Spitzen des Landes, Gäste aus der Bundespolitik, aber auch „ganz normale“ Bürgerinnen und Bürger zusammenkamen. Zu den Festrednern zählten Bundeskanzlerin Merkel sowie der nordrhein-westfälische Ministerpräsident a. D. und nunmehrige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück.

Heiß umstritten zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktionen war im Landtag das im Oktober verabschiedete „Hochschulfreiheitsgesetz“. Danach konnten die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen nunmehr als Körperschaften des öffentlichen Rechts (und nicht mehr als Behörden) eigenständig Finanz-, Personal- und Organisationsentscheidungen treffen und sogar Firmen gründen. Nach Meinung von SPD und GRÜNEN sollte der Staat hier die Verantwortung behalten.

Mit einer Schweigeminute gedachte der Landtag im November seines ehemaligen Präsidenten John van Nes Ziegler, der im Alter von 85 Jahren verstorben war.

Kurz vor Weihnachten diskutierte der Landtag über einen Nachtragshaushalt für 2006 – mit dem die Neuverschuldung des Landes um 5,6 auf 4,1 Milliarden Euro sank – und über den Haushaltsentwurf für 2007, der zur Freude des Finanzministers wieder verfassungsmäßig war. Die Opposition sah die Lage als weniger erfreulich an und warf der Koalition eine unsoziale Politik vor, weil diese bei den Kindergärten gekürzt habe.

„Was brachte 2006?“ fragte der *Kölner Stadt-Anzeiger* in einem Rückblick auf die Arbeit der Regierung Rüttgers. „Ich bin mit dem Jahr hochzufrieden“, kommentierte der Chef der CDU im Landtag, Helmut Stahl, Ende 2006 die Arbeit seiner Fraktion und der Landesregierung und meinte, dass die Union gemeinsam mit der FDP als Partner 90 Prozent der selbst gesetzten Ziele erreicht habe. Manchmal freilich habe auch das Glück ein wenig nachgeholfen: Die unerwartet sprudelnden Steuerquellen etwa hätten es Finanzminister Linssen ermöglicht, die Schulden schneller als geplant abzubauen.

### 3. 2007: Ausstieg aus der Steinkohle und Halbzeitbilanz

Im Januar 2007 wurde Hannelore Kraft, die Chefin der SPD-Landtagsfraktion, auf einem Sonderparteitag in Bochum mit 95,6 Prozent der Delegiertenstimmen zur Vorsitzenden des NRW-Landesverbandes gewählt, als Nachfolgerin des überraschend zurückgetretenen Jochen Dieckmann, der seit 2005 an der Spitze der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten gestanden hatte. Sie trat damit als erste Frau in die Fußstapfen so bedeutender SPD-Landeschefs wie Heinz Kühn, Johannes Rau und Franz Müntefering. „Triumph für die neue Kraft“ schrieb die *NRZ* über ihren Parteitagsbericht; die Frankfurter Allgemeine wählte die Überschrift: „Hannelore Kraft soll Rüttgers herausfordern“.

Und als Herausforderin trat die so Gestärkte schon wenige Tage später im Landtag gegen den Titelverteidiger Rüttgers an, bei der Debatte zur dritten und letzten Lesung des Haushaltsentwurfs für 2007. „Mutlos, profillos und verantwortungslos“ nannte sie den Etat und hielt dem Ministerpräsidenten vor: „Sie machen eine Politik der Täuschung und Enttäuschung.“ Zur Begründung führte sie an: Streichungen bei den Kindergärten; ein Schulgesetz, das die soziale Auslese verschärfe; eine Energiepolitik, die zu Massenentlassungen im Bergbau führen werde. Der Regierungschef konterte: „Von Attacke und klarer Kante zu reden, reicht nicht. Man braucht schon eigene Konzepte.“ Und er hielt der Opposition vor: „Wir haben in 20 Monaten in NRW mehr positiv verändert als die Vorgängerregierung in zehn Jahren.“ So sei die Zahl der Arbeitslosen um 123.000 gesunken, die Neuverschuldung halbiert und der Unterrichtsausfall deutlich reduziert worden. „Die Debatte“, fand die *Westdeutsche Zeitung*, „war wohl ein Vorgeschmack dessen, was in den kommenden Jahren bis zur Landtagswahl 2010 folgen wird – ein Wettbewerb unter dem Motto: Wer ist der Sozialste im ganzen Land?“

Zwei Tage im Februar 2007 standen ganz im Zeichen der Steinkohle: Während in Berlin Bundes- und Landespolitiker, Gewerkschafter und Unternehmensvertreter zu einem „Kohlegipfel“ zusammentrafen, führte der Landtag in Düsseldorf eine Debatte zum Thema „Neue Chancen für NRW – Ende des Steinkohlenbergbaus in Deutschland“. Einen Tag später standen die Ergebnisse des Gipfels fest und der Landtag trat erneut zusammen



### Sorgenvolle Kumpel

– zu einer Sondersitzung. Denn die Gipfelbeschlüsse waren dramatisch: NRW sollte den subventionierten Bergbau bis 2014 einstellen, 2018 sollte der Bund folgen. CDU, FDP und GRÜNE sprachen von einer „historischen Stunde“, während die SPD der Landesregierung vorwarf, die Tür zu den heimischen Lagerstätten ein für alle Mal zu verschließen.

Im März kam ein neues „Aufregertema“ – das bald ganz Deutschland aufwählen sollte – auf die Tagesordnung des Landtags: Die Sozialdemokraten brachten einen Gesetzentwurf zum Schutz vor dem Passivrauchen ein. Es kam zu einem hitzigen Wortgefecht. Zentraler Streitpunkt war die Regelung für Gaststätten: Die Opposition bestand auf einem Rauchverbot ohne Ausnahme, die FDP warnte vor „Überregulierung“. Immerhin ging das



Landesparlament mit gutem Beispiel voran: Mit dem 1. April 2007 wurde das Rauchen in sämtlichen öffentlich zugänglichen Räumen des Landtagsgebäudes verboten.

Niemand ahnte in diesem Frühjahr etwas von der großen Bankenkrise, die anderthalb Jahre später die Weltwirtschaft erschüttern sollte. Im Rückblick aber erscheinen die Ereignisse um die Westdeutsche Landesbank (WestLB), die 2007 die nordrhein-westfälische Politik beschäftigten, wie ein Vorspiel zu dem großen Finanzdrama der Jahre 2008 und 2009. Ursache waren riskante Spekulationen mit VW-Aktien, bei denen die zu 37,4 Prozent dem Land NRW gehörende Bank rund 100 Millionen Euro verloren hatte. Bankenaufsicht und Staatsanwaltschaft ermittelten wegen möglichen Verstoßes gegen die Manipulationsverordnung, und im April brachte die SPD-Fraktion die Vorgänge im Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags auf die Tagesordnung. Den Regierungsparteien kam der Fall höchst ungelegen, planten sie doch gerade den Verkauf der nun erneut ins Gerede gekommenen Landesbank.

Alle Fraktionen forderten Aufklärung. Der Auftritt des WestLB-Chefs Dr. Thomas Fischer im Finanzausschuss brachte aber wenig Erleuchtung; der GRÜNEN-Abgeordnete Rüdiger Sagel, der wenige Wochen später die GRÜNEN verließ, dem NRW-Parlament aber weiter als fraktionsloser

Abgeordneter angehörte, sah sogar „eine Mauer des Schweigens“. Der SPD-Abgeordnete Harald Schartau kritisierte, Fischer habe noch eine Woche vor Bekanntwerden der Affäre, bei der Bilanzpressekonferenz, ein „glänzendes Bild“ der Bank gemalt, obwohl er bereits informiert gewesen sein musste. Finanzminister Linssen stellte sich dagegen demonstrativ vor Fischer: „Hinweise auf ein Versagen der Risikokontrolle liegen nicht vor.“ Drei Monate später wurde Fischer dann aber doch aufgrund dieser Fehler entlassen, sein Nachfolger wurde der eigentlich schon pensionierte frühere Chef der HSH Nordbank, Alexander Stuhlmann. Die *Financial Times Deutschland* überschrieb ihren Bericht ironisch mit „RestLB“, *Die Zeit* sah in der Bank eine „Wild WestLB“. Verhandlungen über einen Verkauf oder eine Fusion des angeschlagenen Geldinstituts zogen sich das ganze Jahr über hin.

Im Mai trat zum ersten Mal ein von der SPD-Fraktion beantragter Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zusammen, der die Umstände der Ermordung eines 20-jährigen Häftlings in der Justizvollzugsanstalt Siegburg, die Rolle der Justizbehörden sowie die Verhältnisse im nordrhein-westfälischen Jugendstrafvollzug und Jugenduntersuchungshaftvollzug untersuchen und aufklären sollte.

Kurz vor Ferienbeginn brachte die Landesregierung im Juni ihren Entwurf eines Kinderbildungsgesetzes – kurz: KiBiz – in den Landtag ein. Kaum ein anderer Gesetzentwurf rief innerhalb und außerhalb des Parlaments so kontroverse und langwierige Debatten hervor: Die Regierung stellte eine grundlegende Reform und Ausweitung des vorschulischen Bildungs- und Betreuungsangebotes in Aussicht; die Opposition sprach dagegen von einer „Mogelpackung“, weil das Gesetz den pädagogischen Ansprüchen nicht gerecht werde. Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege schlossen sich der Kritik an und appellierten „nachdrücklich an den Landtag, dem Gesetz in der vorliegenden Form nicht zuzustimmen“. Sie bemängelten vor allem die Erhöhung der Elternbeiträge für Kindergärten von faktisch 13 auf festgeschriebene 19 Prozent der Ausgaben. Das war eine Ohrfeige für Familienminister Laschet, der wenige Tage zuvor erklärt hatte, das Projekt werde von den Spitzen der Wohlfahrtsverbände mitgetragen.

„Rabatz um KiBiz“ meldete die *Westdeutsche Allgemeine* ihren Lesern, und die *Westfälische Rundschau* stellte „Chaos-Tage bei Schwarz-Gelb“

fest. Denn selbst aus der CDU kam Kritik: Düsseldorfs Oberbürgermeister Joachim Erwin bemängelte wiederholt die KiBiz-Pläne seines Parteifreunds Laschet, da sie „keine ausreichenden Finanzierungsvorschläge für die quantitative und qualitative Weiterentwicklung der Kinderbetreuung“ böten. Der CDU-Abgeordnete Josef Hovenjürgen lehnte im WDR-Fernsehen seine Zustimmung zum KiBiz ab, weil er erfolglos eine Senkung des Elternbeitrags gefordert hatte, und verwies auf einen entsprechenden Beschluss des CDU-Kreisverbandes Recklinghausen. Der Ministerpräsident forderte Fraktionsdisziplin – schließlich handele es sich beim KiBiz nicht um eine Gewissensentscheidung. FDP-Fraktionschef Papke mahnte: „Die Reformkoalition kann sich keine Disziplinlosigkeiten leisten.“ CDU-Fraktionschef Stahl rügte dagegen die harte Wortwahl der FDP gegen die Gewerkschaften: „Das schadet der Koalition. Was aus der FDP-Ecke kommt, ist wenig hilfreich.“

Das Thema KiBiz war sogar Anlass zu Massendemonstrationen von Gegnern des Projekts. So zogen an die 10.000 Erzieherinnen mit dem Banner „KiBiz ist Mumpitz“ vor den Landtag, von Sozialdemokraten unterstützt. Mitten im Gesetzgebungsverfahren verlangte die FDP tiefgreifende Veränderungen am Regierungsentwurf. Die CDU war strikt dagegen, gab aber schließlich doch nach: „Wir haben alle durch die Anhörung der Verbände und Fachleute dazugelernt,“ meinte Minister Laschet im Landtag und kündigte an, einen Kompromissvorschlag der Kommunen und Wohlfahrtsverbände sorgsam zu prüfen. Einen „Kompromiss ohne Gesichtsverlust“ sah der *Kölner Stadt-Anzeiger* voraus, und die *Aachener Nachrichten* verkündeten: „Laschet lenkt ein“. Vor allem die Kindergartenfinanzierung wurde so umgestellt, dass Kommunen und Verbände damit leben konnten. So wurde das KiBiz nach monatelanger Debatte und massiven Protesten schließlich mit den Stimmen von CDU und FDP doch verabschiedet.

Kurz zuvor war im Landtag – ebenfalls mit den Stimmen der Regierungs- und gegen die der Oppositionsfraktionen – ein weiteres monatelang diskutiertes „Mammutwerk“ verabschiedet worden, dessen Auswirkungen buchstäblich bis ins letzte Dorf zu spüren waren: die Novellierung der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung. Umstrittenster Punkt des Gesetzes: Es schränkte die wirtschaftliche Betätigung der Städte und Gemeinden ein; kommunale Unternehmen und Stadtwerke dürfen seit Inkrafttreten der Neuordnung

nur noch dann wirtschaftlich aktiv werden, wenn ein dringender öffentlicher Zweck vorliegt. Allerdings gilt ein „dynamischer Bestandsschutz“ für Tätigkeiten kommunaler Firmen.

Während CDU und FDP die Beschränkung der Stadtwerke auf die notwendige Daseinsvorsorge wie öffentlicher Nahverkehr, Telekommunikation, Wasser- und Energieversorgung als überfällig verteidigten, sahen SPD und GRÜNE den „Tod auf Raten“ für die Stadtwerke voraus. Das Gesetz werde zu schlechteren Dienstleistungen in den Kommunen führen, warnte der SPD-Abgeordnete Hans-Willi Körfges. Innenminister Wolf (FDP) kritisierte diese „Kassandarufe“ der Opposition: schließlich bleibe der Bereich der Daseinsvorsorge unangetastet.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Novelle war die Entkoppelung der Wahlen von Stadt- bzw. Gemeinderäten und Bürgermeistern; sie sollten 2009 zum letzten Mal gemeinsam stattfinden. Dazu wurde die Wahlzeit für Bürgermeister um ein Jahr auf sechs Jahre verlängert, während Stadt- und Gemeinderäte weiter alle fünf Jahre gewählt werden. Außerdem entfällt seit der Neuordnung die Stichentscheidung bei Bürgermeister- und Landratswahlen: Ein Kandidat ist nunmehr bereits im ersten Wahlgang auch dann gewählt, wenn er weniger als 50 Prozent der Stimmen erhalten hat.

Im November, ein Jahr nach dem Mord in der Justizvollzugsanstalt Siegburg, verabschiedete der Landtag ein neues Jugendstrafvollzugsgesetz. Die Koalition versprach mehr Platz, mehr Bildung und mehr Personal – die Opposition hielt dies für leere Versprechen und bezeichnete den geplanten Neuanfang im Jugendstrafvollzug als verfehlt.

In der Halbzeit seiner Regierungszeit seit 2005 stellte der Ministerpräsident in einer Regierungserklärung am 14. November 2007 vor den Abgeordneten des Landtags fest: „Nordrhein-Westfalen kommt wieder. Mit mehr Arbeit, mehr Bildung, mehr Wohlstand, weniger Bürokratie und weniger Schulden.“ 4.500 Lehrerstellen seien zusätzlich geschaffen worden, das Wirtschaftswachstum liege über dem Bundesdurchschnitt, die Neuverschuldung sei so niedrig wie zuletzt vor 30 Jahren und Bürokratie werde abgebaut. Seit dem Regierungswechsel im Jahr 2005 hätten rund 200.000 Menschen in NRW wieder einen Arbeitsplatz gefunden. In der Verwaltung

Von der Landtagswahl 2005 bis zum Wahlkampf 2010

habe man 124 Behörden abgeschafft, kommunalisiert oder zusammengelegt. Die Landesregierung arbeite dafür, dass der Aufschwung weitergehe.

Hannelore Kraft, Vorsitzende der SPD-Fraktion, dagegen konstatierte einen falschen Kurs für NRW. Rüttgers betreibe Symbolpolitik und Inszenierung – bei gleichzeitiger Abschottung vor der Wirklichkeit. Er stehe wie kein anderer für die „Durchökonomisierung aller Politikbereiche“. Nicht der Mensch, sondern der Markt stehe im Mittelpunkt. Die Politik der schwarz-gelben Regierung gehe zu Lasten von Familien, Arbeitnehmern und Gemeinden, sagte die Oppositionsführerin.



Landtagsdebatte über die Halbzeitbilanz der Regierung Rüttgers: Ministerpräsident Jürgen Rüttgers und SPD-Fraktionsvorsitzende Hannelore Kraft am Rednerpult

„Von Finanzpolitik haben Sie null Ahnung“, warf ihr CDU-Fraktionschef Helmut Stahl vor. Kernaufgabe der Opposition sei das Aufzeigen von Alternativen – und da sei sie nahezu substanzlos. Und der FDP-Fraktionsvorsitzende Gerhard Papke resümierte, die „Koalition der Erneuerung“ sei angetreten, „um Nordrhein-Westfalen zum Land der neuen Chancen zu machen. Wir haben das Land in gut zwei Jahren stärker verändert als die Vorgängerregierung in zwanzig Jahren.“ Aus dem früheren „Land der Bremser und Blockierer“ sei wieder ein „Land des Aufbruchs“ geworden. Das sah Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, völlig anders: In der Schulpolitik stehe Schwarz-Gelb vor einem Scherbenhaufen. Die Regierungserklärung sei keine angemessene Halbzeitbilanz. Die Politik der Koalition habe so viel Protest und Widerstand hervorge-





CDU-Fraktionsvorsitzender  
Helmut Stahl



FDP-Fraktionsvorsitzender  
Gerhard Papke



GRÜNE-Fraktionsvorsitzende  
Sylvia Löhrmann

rufen, dass „ein bisschen Selbstkritik und die Überlegung, ob man alles richtig macht“, zu erwarten gewesen wäre.

Am Ende des Jahres 2007 gab sich Ministerpräsident Rüttgers zufrieden: „Die Menschen sehen, dass es aufwärts geht.“ Auf seinem Schreibtisch, so ließ er wissen, türmten sich bereits Einladungen bis 2011, also bis ein Jahr nach der nächsten Landtagswahl. Der Regierungschef sah darin ein Anzeichen dafür, dass kaum jemand mit einem Regierungswechsel im Jahr 2010 rechne. Die gerade ins Präsidium der Bundespartei aufgerückte SPD-Chefin Hannelore Kraft und GRÜNEN-Fraktionschefin Sylvia Löhrmann spekulierten trotzdem: Sie sahen „Scharmützel“ zwischen CDU und FDP, ja sogar eine beginnende Eiszeit in der Koalition voraus, was die Liberalen entschieden zurückwiesen. Einige unabhängige Beobachter sahen es aber ebenfalls leicht kriseln auf der Düsseldorfer Regierungsbank. „Seit Wochen“, schrieb die *Kölnische Rundschau*, werde die „Koalition der Harmonie“ durch gezielte Querschüsse aus der FDP belastet, namentlich durch den Stellvertretenden Bundesvorsitzenden der FDP, Innovationsminister Andreas Pinkwart. „Mit dem Verteilen sozialer Wohltaten werden die Reibereien zwischen Rüttgers und Pinkwart 2008 zunehmen. Beide wollen Profil zeigen für kommende Wahlen.“

Die wichtigste kommende Wahl war aber die Bundestagswahl von 2009. Und mehrere Spitzenpolitiker des Landes hatten auch in ihrer jeweiligen Bundespartei hohe Positionen, mussten also im Land die Partei bekämpfen, mit der sie im Bund koalitierten – oder umgekehrt. Das machte die Verhältnisse nicht gerade leichter, die Politik aber umso spannender.

## 4. Das Krisenjahr 2008

Krisenbewältigung war das Thema, das die Düsseldorfer Landespolitik im Jahr 2008 am meisten beschäftigte. Dabei ging es vor allem um Fortbestand oder Ende großer nordrhein-westfälischer Industriebetriebe und um die Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Gesamtwirtschaft, aber auch um die Finanzwelt, deren weltweite Erschütterung ihre Vorboten auch nach Nordrhein-Westfalen aussandte.

Die erste große Krise ereilte das Land schon zwei Wochen nach Neujahr: Am 15. Januar kündigte der finnische Mobiltelefonhersteller Nokia die Schließung seines Werks in Bochum an. Mehr als 2300 Nokia-Mitarbeiter standen vor der Kündigung, 2000 weitere Stellen bei Zulieferern waren ebenfalls in Gefahr; vierstellig war auch die Zahl der Mitbetroffenen – von den Familienangehörigen bis zum Kioskbesitzer, der seine Kundschaft zu verlieren fürchtete: Allein für DHL, die Logistik-Tochter der Deutschen Post, arbeiteten etwa 200 Menschen in Bochum direkt mit Nokia zusammen.

„Entsetzen über Nokia“ schrieb die WAZ über ihren Artikel und berichtete: „Sie gingen am Morgen zur Arbeit, ohne zu ahnen, dass sie bald keine mehr haben: Die Angestellten wussten nichts von den Schließungsplänen. ‚Keine Sorge‘, hatte man ihnen noch im September gesagt und ihnen zu Weihnachten Sonderschichten aufgebrummt“.

Das Werk in Bochum, sagten die Nokia-Verantwortlichen, sei nicht wettbewerbsfähig. Sie wollten die Produktion in die Billiglohnländer Ungarn und Rumänien verlagern.

Die Landespolitiker teilten das Entsetzen: Mit rund 88 Millionen Euro war der Nokia-Standort Bochum zwischen 1995 und 2007 subventioniert worden. 60 Millionen davon waren aus der Landeskasse gekommen. Wirtschaftsministerin Thoben (CDU) ließ deshalb prüfen, ob Nokia zur Rückzahlung von 17 Millionen Euro gezwungen werden könne. Die waren 1999 unter der Bedingung geflossen, dass mindestens 2856 Bochumer Arbeitsplätze sichergestellt wurden. Doch diese Verpflichtung war 2006 ausgelaufen. SPD-Landeschefin Kraft nannte die betroffenen Arbeitnehmer „Opfer einer globalen Unternehmensstrategie“.

Am Tag nach dem Bekanntwerden der Massenkündigung fuhr Ministerpräsident Rüttgers mit Wirtschaftsministerin Thoben und Arbeitsminister Laumann nach Bochum, um im Nokia-Werk mit dem Betriebsrat zu sprechen. „Ich glaube nicht, dass die Rumänen produktiver, anständiger und fleißiger sind als die, die das Werk hier in Bochum mit aufgebaut haben“, sagte der Regierungschef aus Düsseldorf, als er zu der Menschenmenge sprach, die die Zufahrten zum Werk blockierte. Der Vorgang sei „keine Sache, um zur Tagesordnung überzugehen“. Und er sah „Heuschrecken“ am Werk.

Betriebsratschefin Achenbach erklärte: „Wir brauchen die Politiker in unserem Kampf!“ Und schon gab es erste Boykottaufrufe: „Den Nokia-Konzern kann man nur an einer Stelle treffen: indem man seine Produkte nicht mehr kauft“, meinte CDU-Fraktionsvize Christian Weisbrich. SPD-Fraktionschefin Kraft sagte, „dass es jedem schwerfällt, jetzt noch ein Nokia-Handy in die Hand zu nehmen“. Selbst Bundeskanzlerin Merkel (CDU) äußerte über den Sprecher der Bundesregierung Verständnis für Boykottaufrufe, etwa aus dem Kreis der Bochumer Beschäftigten. Der Bundesfinanzminister und vormalige NRW-Regierungschef Peer Steinbrück (SPD) interpretierte die Vorgehensweise Nokias als „Karawanen-Kapitalismus“.

FDP-Landeschef und Innovationsminister Pinkwart forderte, NRW müsse seine Subventionspolitik überprüfen. Sein Parteifreund Rainer Brüderle, der – was noch niemand ahnen konnte – einige Monate später Bundeswirtschaftsminister wurde, warf Rüttgers Stimmungsmache vor: Mit Kraftmeier-Politik rette man keine Arbeitsplätze, sagte er dem *Handelsblatt*. Der *Kölner Stadt-Anzeiger* überschrieb seinen Artikel zu den Boykottaufrufen mit „Das Ritual der Ohnmächtigen“.

Einen Tag später meldete die *NRZ*: „Nokia lässt Rüttgers abblitzen“. Eine Sprecherin des finnischen Konzerns hatte das Gesprächsangebot des Ministerpräsidenten, der über eine Rettung des Standorts Bochum verhandeln wollte, zurückgewiesen – mit der Begründung: „Die Entscheidung zur Schließung ist genau durchdacht“. Besonders bitter war die Nokia-Entscheidung für 30 Mitarbeiter, die rund ein Jahr zuvor durch die Insolvenz des Mobiltelefonherstellers BenQ bereits ihre Arbeitsplätze in Kamp-Lintfort verloren hatten.

Fünf Tage nach der Hiobsbotschaft aus Finnland wurde bekannt, dass auch in einem anderen Bereich der nordrhein-westfälischen Wirtschaft 2000 Arbeitsplätze verloren gehen sollten: Die Eigentümer der WestLB – also Land, Landschafts- und Sparkassenverbände – trafen in Köln zu einem Krisengipfel zusammen und berieten ein Maßnahmenbündel zur Rettung der Bank, das eine Kapitalspritze von 2 Milliarden Euro sowie den kurzfristigen Abbau von etwa 2000 Stellen vorsah; das entsprach einem Drittel der Belegschaft. Grund dafür, so war in der *Frankfurter Allgemeinen* zu lesen, waren „die Fehlspekulationen“ und „die Belastungen aus der im Sommer offenkundig gewordenen Finanzmarktkrise“, die zu einem Bilanzverlust von 1,2 Milliarden Euro geführt hätten. WestLB-Chef Stuhlmann dementierte zwar in einem Brief an seine Mitarbeiter den Stellenabbauplan, doch niemand bezweifelte, dass es scharfe Einschnitte geben würde.

Thema Nr. 1 der nordrhein-westfälischen Medien blieb jedoch Nokia. Eine Woche nach Ankündigung der Werksschließung fand in Bochum eine Großdemonstration mit 15.000 Teilnehmern statt. „Massenprotest – aber Nokia bleibt hart“, meldete die *NRZ*. In der Tat: die Nokia-Manager wollten lediglich über einen Sozialplan verhandeln.



Entsetzen über Nokia

Eine Woche lang schien es, als stimmten Regierung und Opposition in Nordrhein-Westfalen vollkommen überein in ihrer Kritik an Nokia und in der Forderung nach Erhalt des Nokia-Standorts Bochum. Doch dann debattierte der Landtag über die wirtschaftliche Lage des Landes, und es kam zu Kontroversen auch über Nokia und die WestLB:

SPD-Chefin Kraft warf der Regierung Konzeptionslosigkeit vor. Das Land verfüge über kein „Frühwarnsystem“. Obwohl Nokia der größte Subventionsempfänger sei, habe die Regierung nicht mit dem Unternehmen geredet. Hannelore Kraft verknüpfte die Themen Nokia und WestLB und sprach höhnisch von Rüttgers' „Doppellrolle als Chefbanker und Sozialschauspieler“. GRÜNEN-Fraktionschefin Löhrmann stieß ins gleiche Horn und hielt dem Ministerpräsidenten vor, während er in Bochum „den Arbeiterführer gibt“, spiele Finanzminister Linssen in Sachen WestLB „den knallharten Sanierer“ und fordere Opfer der Beschäftigten ein. Der Ministerpräsident beschuldigte die Opposition, den Standort NRW systematisch schlechtzureden: „Sie haben Lust an der Krise“. Für die FDP erinnerte Gerhard Papke daran, dass Rot-Grün Nokia Millionenbeträge habe zukommen lassen, während Schwarz-Gelb sich auf die kleinen und mittleren Unternehmen konzentriere, „die zu ihrer Heimat stehen“.

Probleme der Ökonomie standen im Brennpunkt der Landespolitik in diesem Krisenjahr 2008. Gleichwohl befasste sich das Parlament schon im Januar auch wieder mit Fragen der Ökologie: Erst wies die Landtagsmehrheit in namentlicher Abstimmung einen Antrag zurück, eine umstrittene Kohlenmonoxid-Pipeline des Chemieriesen Bayer von Dormagen nach Uerdingen wegen möglicher Gefahren für die Bevölkerung nicht in Betrieb zu nehmen. Sodann wurde Umweltminister Uhlenberg (CDU) in einer Aktuellen Stunde vorgeworfen, Daten über die PFT-Verseuchung an der Ruhr „geschönt“ zu haben – was dieser zurückwies. Weiter debattierten die Abgeordneten über die Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage zum Klimaschutz in NRW – nicht zum letzten Mal in dieser Wahlperiode. Im Februar ging es im Parlament um den Plan der Landesregierung, aus Rücksicht auf Pendler und Wirtschaft im Ruhrgebiet statt einer einzigen großen und zusammenhängenden Zone mehrere kleine, separate Umweltzonen einzurichten.

Im März protestierte die Opposition gegen die Absicht der Regierung Rüttgers, im Juni 2009 die Kommunalwahlen zusammen mit der Europawahl durchführen zu lassen. Die Koalition wollte damit nicht nur Termine bündeln, sondern auch die Attraktivität der Kommunalwahlen erhöhen – schließlich beklagten viele Menschen im Lande immer wieder die steigende Politikverdrossenheit und befürchteten niedrige Wahlbeteiligungen. SPD und GRÜNE sahen negative Folgen für die gewählten Mandatsträger voraus und unterstellten CDU und FDP, sie befürchteten nur ein schlechtes Abschneiden.

Im April wurden der Presse die Ergebnisse einer vom Landtag auf Antrag der GRÜNEN eingesetzten Enquete-Kommission zu den „Auswirkungen längerfristiger steigender Preise von Öl- und Gasimporten auf die Wirtschaft und die Verbraucherinnen und Verbraucher in NRW“ vorgestellt. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass Privathaushalte – insbesondere die von Kleinverdienern – sowie Kommunen unter den Preissteigerungen erheblich stärker litten als die Wirtschaft. Der Abschlussbericht der Kommission enthielt jedoch zwei unterschiedliche Voten: CDU und FDP sahen keinen Anlass zu „Untergangsszenarien“ und der Forderung „nach einem totalen Ökostaat“ – SPD und GRÜNE setzten dagegen auf Energieeinsparung und den Ersatz teurer Importenergie durch regenerative Lösungen. Uneinig waren sich die Koalition und Opposition auch über die Frage, wie lange die Öl- und Gasvorräte noch reichen würden: SPD und GRÜNE sahen den Höhepunkt der Förderung erreicht; CDU und FDP waren für die Erschließung neuer Öl- und Gasfelder in den nächsten Jahren und warnten vor Panik.

Im Mai billigte das Landesparlament in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN einen Nachtragshaushalt für 2008. Dabei ging es vor allem um eine Landesbürgschaft in Höhe von 5 Milliarden Euro für die WestLB, nachdem alle Fusionsversuche gescheitert waren. Mit diesem „Risikoschirm“ sollte dem angeschlagenen Geldinstitut ermöglicht werden, sich umzustrukturieren und ein tragfähiges Geschäftsmodell zu entwickeln. Die Opposition kritisierte, die Regierung habe damit ein unverantwortlich hohes Risiko auf die Steuerzahler abgewälzt. Finanzminister Linssen hielt den sozialdemokratischen und grünen Abgeordneten vor, sie verweigerten der Bank aus parteipolitischen Motiven Hilfe: „Das ist eine zutiefst schändliche Haltung“.

Im Juni legte der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Klärung des Mordes in der Justizvollzugsanstalt Siegburg (PUA I) dem Landtag einen Abschlussbericht vor, der im Plenum diskutiert wurde. Die Oppositionsvertreter im Ausschuss forderten in einem Minderheitsvotum den Rücktritt von Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU), denn das drängende Problem der Gewalt unter Jugendgefangenen sei ihr seit ihrem Dienstantritt bekannt gewesen.

Die CDU-FDP-Mehrheit im Ausschuss sah dagegen keine persönliche Schuld der Ministerin am Tod des jungen Häftlings und warf der rot-grünen Vorgängerregierung gravierende Fehler bei der Personalpolitik im Justizbereich vor: Es sei nicht nachzuvollziehen, warum von 2003 bis 2006 trotz höherer Belastung 13 Prozent der Stellen im Allgemeinen Vollzugsdienst eingespart und die Anwärterstellen halbiert worden seien.

Trotz der scharfen Kontroverse beschlossen die vier Landtagsfraktionen gemeinsam die Einsetzung einer Enquete-Kommission, die sich mit dem Themenkomplex Prävention in einem umfassenderen Sinne beschäftigen sollte, als es für einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss möglich ist.

Nach der Enquete-Kommission I zu den „Auswirkungen längerfristig steigender Preise von Öl- und Gasimporten auf die Wirtschaft und die Verbraucherinnen und Verbraucher in NRW“ und einer inzwischen eingesetzten Enquete-Kommission II zu den „Chancen für Kinder-Rahmenbedingungen und Steuerungsmöglichkeiten für ein optimales Betreuungs- und Bildungsangebot in NRW“ nahm somit im Jahr 2008 eine dritte Enquete-Kommission „zur Erarbeitung von Vorschlägen für eine effektive Präventionspolitik in NRW“ ihre Arbeit auf, unter Vorsitz der CDU-Abgeordneten Gabriele Kordowski.

Ende Juni fand der „1. Jugend-Landtag NRW“ statt: 187 Jugendliche setzten sich in Arbeitskreisen und Fraktionssitzungen, Fachausschüssen und einer abschließenden Debatte im Plenum mit Themen auseinander, die auch im Alltag für sie von Bedeutung waren. Am Ende wurden zwei Resolutionen verabschiedet: Das grundsätzliche Verbot wirtschaftlicher Werbung an den Schulen sollte bestehen bleiben; in den Kommunen sollten bei Bedarf Kinder- und Jugendbeiräte eingeführt werden.



Im August, nach der parlamentarischen Sommerpause des Jahres 2008, erörterten die Abgeordneten in erster Lesung den von Finanzminister Linssen unter der Überschrift „Konsolidieren, Modernisieren, Investieren“ vorgelegten 53-Milliarden-Etat für 2009. Von dieser Landtagssitzung an bis zur Landtagswahl im Mai 2010 dominierte der Komplex Wirtschaft und Finanzen die politische Diskussion in Land und Bund, und wegen der weltweit sich auswirkenden Bankenkrise bald auf dem gesamten Globus. Nordrhein-Westfalen als bedeutender Wirtschaftsstandort war davon ganz besonders betroffen, auch wenn Stichworte wie General Motors und Lehman Brothers im Hochsommer 2008 an Rhein und Ruhr noch keinen Alarm auslösten.

In der Landesregierung herrschte sogar noch Optimismus: In seinem Vortrag zur Lage des Landes hob Ministerpräsident Rüttgers am 12. August die aus seiner Sicht hervorragenden Zahlen über das Wirtschaftswachstum hervor, das in NRW im abgelaufenen Jahr mit 2,6 Prozent sogar leicht über dem Bundesdurchschnitt gelegen hatte. Und auch die auf 1,8 Milliarden Euro gesunkene Neuverschuldung fand der Regierungschef erfreulich.



„Nein, ich will kein Konjunkturprogramm, erklärte Rüttgers. „Das verpufft, ich schlage ein Anti-Rezessionsprogramm vor.“ Die Details dazu sollte seiner Meinung nach allerdings der sozialdemokratische Bundesfinanzminister Steinbrück liefern.

„Lavieren statt Regieren“ konstatierten daraufhin die GRÜNEN, die bemängelten, der Ministerpräsident habe wenig über eigene Pläne gesagt und stattdessen Verantwortung auf andere Ebenen abgeschoben. Ähnlich urteilte die SPD und zeigte sich darüber irritiert, dass Rüttgers, der die Rettung der WestLB vor kurzem zur Chefsache erklärt habe, jetzt die Lösung von den Sparkassen fordere. Der Regierungschef wies alle Kritik zurück, vermied aber scharfe Töne: „Nein, der Wahlkampf hat noch nicht begonnen, wir setzen auf Ausgleich statt auf Konfrontation.“

Wenige Wochen später war von Optimismus nicht mehr viel zu spüren: Im Oktober kam der Landtag zu einer Sondersitzung über die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise zusammen. Alle Fraktionen erklärten ihre Unterstützung zu einem 480-Milliarden-Rettungspaket der schwarz-roten Bundesregierung.

Die zweite und dritte Lesung des schon im Sommer eingebrachten Haushalts für 2009 mussten angesichts der Unsicherheiten durch die Finanzkrise auf das kommende Jahr verschoben werden. Was dem Landtag im alten Jahr blieb, war im Dezember eine Plenardebatte über den Dritten Nachtragshaushalt 2008 – Anlass zu einem neuen Schlagabtausch zwischen Koalition und Opposition: SPD und GRÜNE warfen der Regierung vor, trotz hoher Steuermehreinnahmen nicht genug zu sparen und neue Schulden aufzunehmen. Finanzminister Linssen konterte, der überwiegende Teil werde zur Senkung der Neuverschuldung genutzt; 430 Millionen Euro würden eingesetzt, um Risiken abzusichern; 185 Millionen Euro würden dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz des Bundes zugeführt.

Zum Jahresende teilte der Landtag in einer „Jahresbilanz 2008“ der Presse mit, dass das Parlament in 30 Plenarsitzungen über 250 Stunden debatiert und 37 Gesetze verabschiedet hatte. Die Fachausschüsse waren zu 292 Sitzungen zusammengekommen und hatten 41 öffentliche Anhörungen durchgeführt. 241 Anträge hatten die Fraktionen in die parlamentarischen



### Milliardenschwer – der Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen

Beratungen eingebracht. Außerdem hatten die Abgeordneten 770 Kleine und acht Große Anfragen an die Landesregierung gestellt und somit nicht nur ihre Gesetzgebungs-, sondern auch ihre Kontrollfunktion erfüllt.

## 5. Das Superkrisenjahr und Superwahljahr 2009

Wie in jedem Jahr brachten die Medien auch zum Jahreswechsel 2008/2009 zahlreiche Jahresrückblicke und Vorausblicke auf die kommenden zwölf Monate. Fast alle sahen 2008 vor allem als ein Krisenjahr – fürchteten aber zugleich, 2009 könnte noch viel größere Probleme bringen und ein Superkrisenjahr werden. Und in der Tat: Was mit dem Zusammenbruch einiger amerikanischer Banken begonnen hatte, wurde 2009 zu einer globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, die mehrere Nationen an den Rand des Staatskollaps brachte. Um für Deutschland das Schlimmste zu verhindern, beschloss die im Bund regierende Große Koalition mehrere, insgesamt über 50 Milliarden Euro teure Rettungspakete.

Wenngleich die Arbeitslosenzahlen 2009 nicht so stark stiegen wie anfangs befürchtet, kämpften auch in Nordrhein-Westfalen viele Unternehmen um ihr Überleben. Investitionen sollten die Wende bringen. Im Januar diskutierte der Landtag in einer Sondersitzung, wie die Milliarden aus dem zweiten Konjunkturpaket des Bundes in NRW eingesetzt werden sollten – und wie zugleich die hochverschuldeten Kommunen davon profitieren könnten.

Nach wie vor ungelöst war auch die Frage, wie es mit der WestLB weitergehen sollte. Pläne der Landesregierung, die Bank zu deren Rettung in eine zu fusionierende und eine „Bad Bank“ aufzuspalten, wurden von den Oppositionsfraktionen im Plenum des Landtags scharf kritisiert: Sie befürchteten weitere Belastungen für die Steuerzahler.

Erst im Februar verabschiedete das Parlament den Landeshaushalt für 2009 und gab damit den Weg für Ausgaben in Höhe von 52,7 Milliarden Euro frei. SPD und GRÜNE fanden den Etat „mutlos“ in der Krise, CDU und FDP sahen in ihm dagegen das „Fundament für einen neuen Aufschwung“. Im Wirtschaftsausschuss wurde mit Sachverständigen kontrovers über ein Thema diskutiert, das 2009 nicht nur in Nordrhein-Westfalen die Menschen immer wieder besonders erregt hat: Es ging um die „Gier“ mancher Bankmanager, die auf Kosten ihrer Kunden und der Allgemeinheit maßlos für ihre eigenen Einkünfte sorgten, vor allem durch Provisionen und Bonuszahlungen.

Ins Zentrum der Aufmerksamkeit geriet die Warenhauskette Hertie, deren Insolvenz für Hunderte von Mitarbeitern eine ungewisse Zukunft bedeutete. Die Abgeordneten mussten sich nicht nur fragen lassen, ob und wie das Land die Schließung der Hertie-Filialen verhindern konnte, sondern auch, welche Folgen das Kaufhaussterben an Rhein und Ruhr für die Infrastruktur der Städte haben würde.

Ebenfalls im Februar gab es eine Änderung im Kabinett: Verkehrsminister Oliver Wittke trat zurück, nachdem er wegen einer Tempoüberschreitung seinen Führerschein hatte abgeben müssen. Er blieb jedoch Abgeordneter, stellvertretender Landeschef der CDU und Vorsitzender der Ruhr-CDU. Die *Süddeutsche Zeitung* sah „Rüttgers in der Bredouille“ und schrieb: „Nach Wittkes Rücktritt gibt es in NRW Personalprobleme“. Neuer Verkehrsminister wurde der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Lutz Lienenkämper; neuer wirtschaftspolitischer Sprecher wurde Oliver Wittke.

Doch 2009 war nicht nur ein Superkrisenjahr, es war auch ein Superwahljahr für NRW: Kommunal-, Europa- und Bundestagswahl standen bevor – und jede dieser Wahlen wurde natürlich auch unter dem Aspekt betrachtet, welche Hinweise ihre Ergebnisse für die 2010 anstehende Landtagswahl bringen würden.

Im diesem Zusammenhang kam es im März zum politischen Streit im Landtag: Der nordrhein-westfälische Verfassungsgerichtshof erklärte die geplante Zusammenlegung von Kommunal- und Europawahlen für verfassungswidrig. Darauf beschloss das Parlament mit den Stimmen von CDU und FDP, die Kommunalwahlen auf einen eigenen Termin Ende August 2009 zu verlegen. SPD und GRÜNE kritisierten diese Entscheidung, weil sie auf die Kommunen unnötige Kosten in Millionenhöhe zukommen sahen. Ihr Vorschlag, die Kommunalwahlen gleichzeitig mit der Bundestagswahl stattfinden zu lassen, fand jedoch keine Mehrheit, weil dabei nach Ansicht der Koalitionsparteien der kommunale Schwerpunkt zu kurz gekommen wäre. Also blieb es bei drei Wahlterminen im Jahr 2009.

Die Menschen und die Medien im Land aber beschäftigte im März 2009 ein auf den ersten Blick völlig unpolitisches Ereignis: der Einsturz des neben einer U-Bahn-Baustelle gelegenen Kölner Stadtarchivs, bei dem

zwei Anwohner ums Leben kamen. Mitarbeiter der Landtagsverwaltung halfen, die aus den Trümmern geborgenen historischen Dokumente zu restaurieren.

Ein Gesetzentwurf der Landesregierung zur Verbesserung der Lehrerausbildung bot im Schulausschuss Anlass für eine angeregte Debatte, zu der mehr als 100 Sachverständige eingeladen waren. In einer anderen Anhörung kamen Geschädigte zu Wort, die als Anleger den Ratschlägen ihrer Banken vertraut und dadurch große Summen verloren hatten.



Die WestLB – Gegenstand zahlreicher Landtagsdebatten

Im gleichen Monat beschäftigten sich Parlament und Medien in NRW erneut mit dem landespolitischen Dauerbrenner WestLB. Denn nachdem die von der Landesregierung angestrebte Fusion der WestLB mit einer anderen Landesbank, der hessisch-thüringischen Helaba, immer noch nicht zustande gekommen war, drohte ein Notverkauf der WestLB an meistbietende Privatinvestoren. Der „WestLB droht die Zerschlagung“, fürchtete die *Rheinische Post*. Das Nachrichtenmagazin *Focus* konstatierte einen „Ausverkauf in Düsseldorf“. In einer Aktuellen Stunde des Landtags

zeichneten Finanzminister Linssen und CDU-Wirtschaftsexperte Weisbrich dennoch ein optimistisches Bild: „Die Bank steht wesentlich besser da als noch vor einem Jahr,“ meinte Weisbrich. FDP-Fraktionschef Papke schob dem sozialdemokratischen Bundesfinanzminister Steinbrück die Schuld an der Misere zu und erklärte, die SPD unter Steinbrücks Führung lasse „die WestLB eiskalt vor die Wand fahren, um bei den bevorstehenden Wahlen daraus Kapital zu schlagen“. SPD-Fraktionschefin Kraft erwiderte, die Konsolidierung der Landesbanken scheitere nicht am Bundesfinanzminister, sondern an den Egoismen der CDU-Ministerpräsidenten.

Im April wollte die Landesregierung mit einem ersten Nachtragshaushalt einen Risikoschild über die WestLB spannen, die schwächelnde Wirtschaft stärken und dafür neue Schulden in Höhe von 2,6 Milliarden Euro aufnehmen. Die Opposition warf den Regierungsparteien vor, den Schuldenstand des Landes damit auf einen neuen Rekordwert zu treiben. Im Mai billigte die EU-Kommission die Milliarden-Garantien für die WestLB, machte aber gravierende Auflagen: Das Geldinstitut sollte vier Standorte schließen und spätestens 2011 verkauft werden – jedoch nicht zwingend an Privatinvestoren. Der *Kölner Stadt-Anzeiger* sah darin eine „Schrumpfkur für die WestLB“.

Wenige Tage danach kam die Bank erneut in die Schlagzeilen: Vorstandschef Hilgert gab sein Amt mit sofortiger Wirkung auf, aus Verärgerung über mangelnde Unterstützung der Eigentümer, vor allem der Sparkassen. „WestLB-Chef tritt zurück – Rüttgers ratlos“ lautete die Überschrift in der *Rheinischen Post*, und das *Handelsblatt* meinte: „WestLB stürzt ins Führungs-Chaos“.

Ebenfalls im Mai setzten die Landtagsabgeordneten mit einer fraktionsübergreifenden Initiative ein wichtiges Zeichen: Als erstes deutsches Parlament sprach sich der Landtag gegen eine Legalisierung von Sterbehilfe und für eine menschenwürdige Behandlung unheilbar Kranker aus.

Auf der Tagesordnung des Landtags stand im Mai aber auch ein ganz anderes Thema, das die Menschen in den folgenden Monaten nicht nur in Nordrhein-Westfalen in Atem halten sollte: Die Düsseldorfer Parlamentarier diskutierten kontrovers über die Frage, wie sich die Landesregierung in

den Verhandlungen des Bundes mit möglichen Opel-Investoren verhalten sollte. Ministerpräsident Rüttgers sah im Plenum dennoch Gemeinsamkeiten: Allen Fraktionen sei daran gelegen, den Opel-Standort Bochum zu erhalten, unterstrich er.

Auch wenn Wirtschaftsprobleme 2009 im Mittelpunkt der Landespolitik standen, vernachlässigten die Parlamentarier nicht die Umweltfragen. So fand im Juni in Mönchengladbach eine Konferenz von Landtag und Europäischer Kommission zu den Bedrohungen des Klimawandels statt. Auf der Fachtagung suchten Sachverständige nach Wegen aus den Klimaproblemen in Zeiten der Wirtschaftskrise.

Im gleichen Monat gab es ein Vorspiel zu den anstehenden Bundestagswahlen: Nachdem die Union ihr Regierungsprogramm vorgelegt hatte, entbrannte eine heftige Debatte über die Frage, mit welchem Partner CDU und CSU im Bund ihr Programm verwirklichen würden. FDP-Landeschef Pinkwart warf der CDU Annäherungsversuche an die GRÜNEN vor, sah aber als Ergebnis, dass die Union damit zum Steigbügelhalter für ein Linksbündnis aus SPD, GRÜNEN und LINKE in Deutschland werde. Der gerade mit großer Mehrheit als Vorsitzender des CDU-Arbeitnehmerflügels wiedergewählte NRW-Arbeitsminister Laumann griff seinerseits die FDP-Spitze scharf an: „Die beiden größten Vorsitzenden von populistischen Parteien in Deutschland heißen Oskar Lafontaine (Linke) und Guido Westerwelle (FDP)“.

Kurz nach der Europawahl, bei der die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen ebenso wie im restlichen Deutschland erhebliche Verluste einstecken mussten, fanden im August 2009 die nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen statt. Bei einer Wahlbeteiligung von nur 52,3% blieb die CDU mit 38,6% zwar stärkste Partei, doch waren dies 4,8 Prozentpunkte weniger als bei der vorherigen Kommunalwahl und 6,2 Prozentpunkte weniger als bei der Landtagswahl von 2005. Auch die SPD musste Federn lassen und landete bei bescheidenen 29,4%: 2,3 Prozentpunkte weniger als beim letzten Mal und sogar 7,7 Prozentpunkte unter dem Landtagswahlergebnis. Die kleineren im Parlament vertretenen Parteien dagegen legten zu: Die FDP kam auf 9,2% (+ 2,4%), die GRÜNEN erreichten 12,0% (+ 2,4%). DIE LINKE schaffte 4,4% (bei der Landtagswahl 2005 hatten PDS

und WASG zusammen 3,1% der Stimmen erhalten) und wurde damit auch für die NRW-Landespolitik ein ernstzunehmender Faktor.

„Herbe Schlappe für die CDU“ schrieb die *Westfälische Rundschau* über ihren Kommentar zu den Kommunalwahlergebnissen. „Ernüchternd“ fanden die *Westfälischen Nachrichten* „das Abschneiden für die SPD“. Und die WZ analysierte: „Die CDU behauptet sich in der Fläche, die SPD holt sich große Städte zurück“. Die in Essen erscheinende WAZ druckte auf ihrer Titelseite die Schlagzeile „Das Revier wählt Rot“. Der Vorsitzende der Ruhr-CDU, Ex-Landesverkehrsminister Oliver Wittke, verwies dagegen auf Verluste der SPD auch im Revier und beharrte: „Das Ruhrgebiet ist längst nicht wieder rot“.

Auch außerhalb von NRW wurden die Wahlen aufmerksam verfolgt. So fasste die *Süddeutsche Zeitung* unter der Überschrift „Die schwarze Revolution fällt aus“ die Ergebnisse mit den Sätzen zusammen: „Jürgen Rüttgers und seiner CDU in Nordrhein-Westfalen gelingt es nicht, von der Schwäche der SPD zu profitieren“ und „Grüne und Liberale sind die Sieger der Kommunalwahl“.

SPD-Landeschefin Kraft gab sich kämpferisch und zuversichtlich: „Wir haben uns in einer schwierigen Zeit behauptet. Das gibt uns Mut für die kommenden Auseinandersetzungen.“ Ministerpräsident Rüttgers betonte, es sei „ein sehr, sehr großer Erfolg“, dass die CDU stärkste Partei geblieben sei. Die NRZ sah „Verlierer im Siegestaumel“, und der Kölner Stadt-Anzeiger meinte: „Jubel hört sich anders an“.

Die Gewinner – FDP, GRÜNE und LINKE – glaubten, in den Kommunalwahlergebnissen einen Trend für die bevorstehenden Bundestags- und Landtagswahlen zu erkennen. „Kleine strotzen vor Selbstbewusstsein“ titelte die *Neue Westfälische*. CDU-Chef Rüttgers unterstrich dagegen: „Das ist keine Testwahl für Bund oder Land“. Der WZ-Kommentator sah das, wie viele seiner Kollegen, etwas anders. „Auswirkungen auf die Landtagswahl wird sie wohl haben“, schrieb er unter der Überschrift „Der Kampf ums Revier“ über die Kommunalwahl. „Wenn der Satz noch stimmt, dass NRW-Wahlen im Revier gewonnen oder verloren werden, ist es für die CDU jetzt ein gutes Stück schwerer geworden. In den Gemeinden wird das schwarze Spitzenpersonal im Frühlings-Wahlkampf künftig von Roten begrüßt.“ Und die *Neue*



*Westfälische* sah bereits Vorboten dieses Frühlings: „Parteien in Nordrhein-Westfalen bereiten sich schon auf den Landtagswahlkampf vor“.

Tatsächlich war zu dieser Zeit ein anderer Wahlkampf längst entbrannt: der zur Bundestagswahl Ende September, also nur vier Wochen nach der Kommunalwahl. Und bei der Bundestagswahl ging es vor allem um die Frage, ob es der Union und den Liberalen im Bund gelingen würde, die Große Koalition von CDU/CSU und SPD zu beenden und eine schwarz-gelbe Bundesregierung zu bilden – analog zur Landesregierung in Düsseldorf.

Die *Rheinische Post* sah NRW als „Zentrum des Wahlkampfes“. In der Tat fand die offizielle Auftaktveranstaltung der CDU in Düsseldorf statt, mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und CSU-Chef Horst Seehofer neben Ministerpräsident Jürgen Rüttgers. SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier startete seinen Wahlkampf mit einem Besuch der Arbeiterwohlfahrt in Dortmund. Der FDP-Bundesvorsitzende Guido Westerwelle warb auf fünf Veranstaltungen in NRW für seine Partei.

Im Ruhrgebiet wurde besonders aufmerksam registriert, was die Wahlkämpfer zum Thema Opel zu sagen hatten: Sowohl Bundeskanzlerin Merkel als auch ihr Herausforderer, Außenminister Steinmeier, hätten sich gern mit der Rettung des Autobauers und vor allem seines Bochumer Zweigwerks geschmückt – doch die ließ weiter auf sich warten.

Die nordrhein-westfälischen Landespolitiker mischten natürlich kräftig mit im Bundestagswahlkampf, und nicht alles lief dabei zu ihrer Zufriedenheit. So sah sich



Die Bundestagswahl 2009: Spannung ein dreiviertel Jahr vor der Wahl zum Landtag NRW

Ministerpräsident Rüttgers Anfang September mit im Internet verbreiteten Videoaufnahmen einer Wahlkampfveranstaltung in Duisburg konfrontiert, auf der er sich abträglich über Rumänen und Chinesen geäußert hatte. Nicht nur von den Oppositionsparteien fielen harte Worte, sondern auch in verschiedenen Medien wurde er heftig kritisiert: „Rüttgers rüpelte wieder“ überschrieb die *Westfälische Rundschau* ihren Kommentar. Die *Neue Westfälische* stellte fest: „Rüttgers beleidigt Ausländer“. Der Ministerpräsident entschuldigte sich – seine politischen Gegner aber hatten eine Steilvorlage erhalten und nutzten sie zu heftigen Verbalattacken.

Dass der SPD-Nachwuchs den Rüttgers-Auftritt gefilmt hatte, war nur der Auftakt für einen wochenlangen Videostreit. Denn auch SPD-Chefin Kraft war während des Wahlkampfes gefilmt worden – und zwar systematisch durch die nordrhein-westfälische CDU, die diese besondere Art der Dokumentation allerdings nach heftiger Kritik einstellte.

Noch bildeten Union und SPD in Berlin gemeinsam die Bundesregierung, von gegenseitiger Rücksichtnahme war im Wahlkampf aber kaum noch etwas zu spüren. Auch die Kanzlerin, berichtete die *Westfalenpost*, zog zum Wahlkampfauftakt im Düsseldorfer Eishockey-Palast „die Samthandschuhe aus“, warnte vor der „rot-roten Gefahr“ und nannte die SPD „zerrissen und unglaubwürdig“. Das Auftauchen der LINKEN und das Schreckgespenst einer „rot-rot-grünen Koalition“ war ein Hauptthema der Unionspolitiker in Bund und Ländern geworden und sollte es bis zur NRW-Landtagswahl am 9. Mai 2010 bleiben – trotz aller Beteuerungen von Sozialdemokraten und GRÜNEN, dass sie mit der LINKEN ebenso wenig regieren wollten wie diese mit ihnen. Beobachter konstatierten bundesweit mehr und mehr einen Lagerwahlkampf, in dem das „bürgerliche Lager“ von Union und FDP dem „rot-grünen“ oder gar „rot-rot-grünen Lager“ aus SPD, GRÜNEN und eventuell der LINKEN gegenüberstand.

Im Endspurt des Bundestagswahlkampfes bemühten sich die großen Parteien besonders um die zahlreichen noch immer unentschlossenen Wahlberechtigten und setzten dabei auf soziale Themen. SPD-Landeschefin Hannelore Kraft warnte vor der „sozialen Kälte“ einer CDU-FDP-Regierung im Bund. Ministerpräsident Rüttgers betonte, er werde in Berliner Koalitionsverhandlungen darauf achten, „dass das Soziale nicht zu kurz kommt“.

Nur in einem waren sich alle Wahlkämpfer einig: Die Große Koalition im Bund sollte nicht fortgesetzt werden. Die Wähler waren der gleichen Meinung: Sie sorgten für eine deutliche schwarz-gelbe Mehrheit im Deutschen Bundestag. Die Sozialdemokraten mussten eine herbe Niederlage einstecken, in Nordrhein-Westfalen war sie besonders bitter: Erstmals nach 26 Jahren war die SPD dort bei einer Bundestagswahl mit nur 28,5 Prozent der Stimmen (nach 40,0 Prozent bei der Bundestagswahl 2005) auf dem zweiten Platz hinter der CDU gelandet. Die musste mit einem Stimmenanteil von 33,1 Prozent (nach 34,4 Prozent bei der Bundestagswahl 2005 und 44,8 Prozent bei der Landtagswahl 2005) allerdings ebenfalls deutlich zurückstecken. Dafür bekam ihr Wunschartner FDP in NRW diesmal 14,9 Prozent (nach 10,0 Prozent bei der Bundestagswahl 2005 und 6,2 Prozent bei der Landtagswahl 2005). Optimistisch sein konnten auch die anderen der kleineren Parteien: Die GRÜNEN erreichten in NRW 10,1 Prozent, DIE LINKE kam auf 8,4 Prozent.

Siebeneinhalb Monate vor der Landtagswahl hatte die SPD Nordrhein-Westfalen ihr historisch schlechtestes Ergebnis erreicht. Bundesweit sah es für sie kaum besser aus. Als Konsequenz erklärte der SPD-Bundesvorsitzende Franz Müntefering seinen Rücktritt. An die Spitze der Bundes-SPD rückten zwei Minister aus der Großen Koalition: Der bisherige Außenminister Steinmeier wurde Chef der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion; der bisherige Bundesumweltminister Sigmar Gabriel Bundesvorsitzender.

In Berlin begannen Koalitionsverhandlungen zwischen Union und FDP, unter Beteiligung des NRW-Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers und seines liberalen Stellvertreters Andreas Pinkwart, denen angesichts der bevorstehenden Landtagswahl an einem guten Start der schwarz-gelben Bundesregierung besonders gelegen sein musste. Union und FDP im Bund waren nicht minder daran interessiert, denn mit der schwarz-gelben Landesregierung in Düsseldorf würde auch die Bundesratsmehrheit des „bürgerlichen Lagers“ fallen.

Zwei Wochen nach der Bundestagswahl beschäftigten sich nicht nur die nordrhein-westfälischen Zeitungen mit denkwürdigen Farbenspielen im Hinblick auf die anstehende Landtagswahl in NRW. Anlass zu den Überlegungen bot vor allem die Entwicklung im Saarland, wo die Landtagswahl

im August die LINKE mit mehr als 20 Prozent zur drittstärksten Kraft gemacht hatte und wo nun CDU, FDP und GRÜNE eine „Jamaika“-Koalition vereinbarten. Kaum weniger ungewöhnlich war die Entwicklung in einem anderen Bundesland: In Hamburg bildeten CDU und GRÜNE die neue Regierung. Sollte Ähnliches auch in NRW möglich sein?

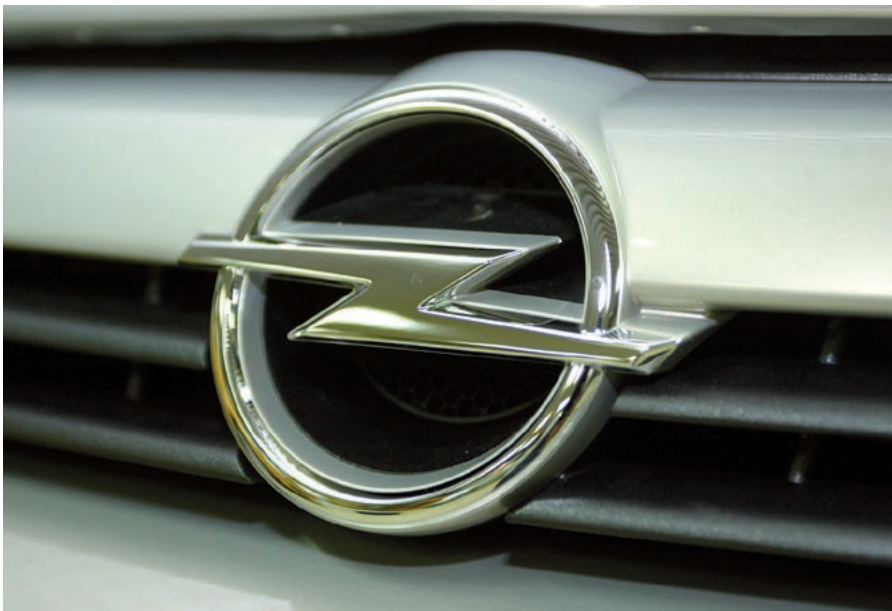
Ein „Jamaika am Rhein“ wurde von den verantwortlichen Landespolitikern der CDU, der FDP und der GRÜNEN nicht grundsätzlich ausgeschlossen, doch machten alle Befragten massive Vorbehalte geltend. Hendrik Wüst, Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU, betonte die großen Unterschiede zwischen CDU und GRÜNEN insbesondere in der Energie- und Bildungspolitik und unterstrich: „Wir wollen nicht mit den GRÜNEN koalieren. Wir kämpfen für eine bürgerliche Mehrheit.“ Auch FDP-Landeschef Pinkwart erklärte die Absicht seiner Partei zur Fortsetzung der „sehr erfolgreichen“ Koalition mit der Union. Die NRW-GRÜNEN betonten vor allem ihre Differenzen mit der FDP in der Bildungs- und Klimapolitik, doch sei ihr Landesverband „grundsätzlich mit allen im Bundestag vertretenen Parteien gesprächsbereit“. Die *FAZ* fasste zusammen: „Dass in Nordrhein-Westfalen nach der Landtagswahl ‚Jamaika‘ ausprobiert wird, scheint ausgeschlossen. Bemerkenswert hingegen sind die schwarz-grünen Lockerungsübungen.“

Anfang November schienen die Fronten wieder klar zu sein: Der Landtag debattierte über die Steuerpläne der neuen Bundesregierung, die den nordrhein-westfälischen Landeshaushalt 2010 nach den Worten von NRW-Finanzminister Linssen mit gut 400 Millionen Euro belasten würden. Diese neue Belastung könne der Etat aber „locker verkraften“. CDU-Fraktionschef Helmut Stahl unterstrich, der in Berlin ausgehandelte schwarz-gelbe Koalitionsvertrag nutze auch NRW. Insbesondere schlage er eine Brücke zwischen Kommunen, Ländern und Bund.

Die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Gisela Walsken, kritisierte die Unterstützung der Landesregierung für den Berliner Koalitionsvertrag und forderte sie auf: „Gehen Sie endlich nach vorne und sagen: Diese Verantwortung können die Länderhaushalte nicht übernehmen.“ GRÜNEN-Fraktionschefin Sylvia Löhrmann bemängelte, dass niemand aus den Reihen von CDU und FDP sage, „wo das Geld herkommen soll“.

Ministerpräsident Rüttgers stellte sich hinter die FDP-Forderung nach einer umfassenden Steuerreform, attackierte seine sozialdemokratische Herausforderin Hannelore Kraft und sagte ihr voraus, sie werde bei der Wahl 2010 „auf die Nase fallen“. Ebenso aggressiv konterte die SPD-Landeschefin, es sei Rüttgers gewesen, der für die Entsolidarisierung der Gesellschaft Mitverantwortung trage. Die von Schwarz-Gelb im Bund beschlossenen Steuererleichterungen kämen vor allem den Besserverdienenden und Reichen zugute, während die kleinen Einkommensbezieher draufzahlten.

Die *Rheinische Post* begann ihren Bericht über die Landtagsdebatte mit dem Satz: „Der NRW-Wahlkampf hat begonnen.“



#### Sorgen um die Arbeitsplätze bei Opel

Die scharfen Töne der Debatte waren kaum verhallt, da zeigten sich die vier Landtagsfraktionen in einem Punkte einig: Empört reagierten sie auf die überraschende Nachricht aus Detroit, dass der insolvente Autokonzern General Motors seine europäische Tochter Opel nun doch nicht verkaufen wollte. An diesem Verkauf war nach jahrelangen Bemühungen der

Spitzenpolitiker, auch des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten, nicht mehr gezweifelt worden. Nun gab es wieder Unsicherheit über den Bestand des Opelwerks in Bochum und damit über den Erhalt Tausender von Arbeitsplätzen. „Dieses Verhalten von General Motors zeigt das hässliche Gesicht des Turbokapitalismus. Es ist unseriös, menschenverachtend und rücksichtslos,“ äußerte Jürgen Rüttgers. SPD-Landeschefin Hannelore Kraft meinte: „Monatelange gezielte Verzögerungen, Taktiererei und eine bewusste Hinhaltetaktik aus Detroit – so geht man nicht mit seinen Mitarbeitern und politischen Entscheidungsträgern um.“

Bei der Frage staatlicher Finanzspritzen für Opel waren sich die Politiker weit weniger einig. Vor allem Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) war strikt gegen Hilfe des Bundes. Ende November versprach General Motors zwar, dass der Standort Bochum erhalten bleiben sollte, forderte aber eine grundlegende Sanierung, die 1800 Stellen kosten würde. „Kein Ende der Zitterpartie“ schrieb der *Kölner Stadt-Anzeiger*, und die *Rheinische Post* meldete: „Der Opel-Jubel fällt aus“.

Erfreulicher waren da die Schlagzeilen, die Ende November über die WestLB zu lesen waren: „WestLB ist gerettet“ titelten gleich mehrere Zeitungen, nachdem der Bankenrettungsfonds Soffin drei Milliarden Euro für die nordrhein-westfälische Landesbank locker gemacht hatte. Nun konnte die WestLB in eine gute und eine „Bad Bank“ aufgespalten werden – und vielleicht doch noch mit einer anderen Landesbank fusionieren.

Am Ende des parlamentarischen Jahres 2009 stand Mitte Dezember die traditionelle Haushaltsdebatte auf der Tagesordnung des Landtags, und auch in diesem Jahr bot sie den Fraktionen Anlass zu einem kraftvollen Meinungsaustausch. Der von der Regierung vorgelegte Etat für 2010 hatte ein Gesamtvolumen von 53,1 Milliarden Euro – 2,2 Milliarden Euro weniger als 2009. Geplant war aber eine Neuverschuldung von 6,6 Milliarden Euro, was Ende 2010 zu einer Gesamtverschuldung des Landes auf rund 130 Milliarden Euro führen würde. „NRW tief in roten Zahlen“ schrieb der *Westfälische Anzeiger* über seinen Bericht.

„Ich weiß, dass wir noch einige harte Monate bekommen werden,“ erklärte Ministerpräsident Rüttgers in der Debatte. Für 2010 rechne er mit einem

Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die Landesregierung werde deshalb alle Anstrengungen unternehmen, kleinen und mittleren Betrieben zu helfen, die Mitarbeiter weiterhin in den Unternehmen zu halten.

SPD-Fraktionschefin Kraft nutzte die Debatte zur Generalabrechnung mit der Landesregierung. Die habe „drei richtig fette Jahre“ gehabt, aber nichts daraus gemacht. Obwohl Schwarz-Gelb seit 2005 durch den zwischenzeitlichen Wirtschaftsaufschwung mehr als 20 Milliarden Euro zusätzliche Steuern eingenommen habe, habe sie 22 Milliarden Euro neue Schulden gemacht.

Auch GRÜNEN-Fraktionschefin Löhrmann, inzwischen von ihrer Partei zur Spitzenkandidatin für die Landtagswahl gewählt, ging scharf mit der Landesregierung ins Gericht und hielt ihr „Alles Schau, keine Substanz“ vor: „Sie haben keinen Zukunftsentwurf für dieses Land.“

Das provozierte den Ministerpräsidenten zu einer Koalitionsaussage. Spekulationen um ein mögliches schwarz-grünes Bündnis nach der Landtagswahl erteilte er eine Absage und meinte zu Frau Löhrmann: „Eher schaue ich mir über Weihnachten Ochs und Esel in der Krippe an, als dass ich mir Illusionen über Sie mache.“ „Der letzte Schlagabtausch zum Haushalt gerät zur Krawalldebatte“, meldete die *Westfalenpost*, und die *WAZ* sah in der Debatte „einen Vorgeschmack auf die NRW-Landtagswahl“.

Mit den Stimmen von CDU und FDP wurde der Haushalt dann gebilligt. Das Jahr 2009 ging zu Ende, alle beschäftigten sich schon mit dem entscheidenden Jahr 2010 und seiner für Nordrhein-Westfalen so wichtigen Wahl.

## II. Der Landtagswahlkampf

Anfang 2010 hätten CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen wie im Bund eigentlich zufrieden und optimistisch der Landtagswahl vom 9. Mai entgegensehen können, denn durch die Bundestagswahl vom vergangenen Herbst hatten sie das Ziel erreicht, das die Bundeskanzlerin und CDU-Bundesvorsitzende Angela Merkel als „Durchregieren“ bezeichnet hatte: Schwarz-Gelb war an der Macht im Bund, in Düsseldorf und in vielen weiteren Landeshauptstädten, so dass kein blockierendes Votum im Bundesrat die gemeinsame schwarz-gelbe Linie mehr stören konnte.

Doch zu Optimismus war wenig Anlass, denn alle Umfragen zeigten, dass die Mehrheit der Bundesbürger keineswegs begeistert über Schwarz-Gelb war. Ihre Kritik richtete sich vor allem gegen die wenig überzeugende Krisenpolitik der neuen Bundesregierung, insbesondere gegen ein – auch durch das Ja von NRW im Bundesrat ermöglichte – Maßnahmenpaket, das Länder und Kommunen belastete, eine kleine Gruppe, nämlich die der Hoteliers jedoch entlastete. Die steuerliche Entlastung für Hotels entwickelte sich zu einem Symbolthema für die Bevorzugung bestimmter Klientelgruppen durch die Bundesregierung. Und auch die großen landespolitischen Probleme Nordrhein-Westfalens waren keineswegs gelöst: Weder die Zukunft der WestLB, noch die des Bochumer Opelwerkes und die der großen Kaufhausketten waren gesichert.

Zwar stand die SPD in den nordrhein-westfälischen Umfragen noch immer um sechs Prozentpunkte schlechter da als die CDU, doch schien es äußerst ungewiss, ob Schwarz-Gelb im Mai 2010 noch einmal die zur Regierungsbildung erforderliche Mandatszahl erreichen würde. Dies wurde vor allem dann bezweifelt, wenn es der LINKEN gelingen würde, in den Landtag NRW einzuziehen. Deshalb wurde bereits spekuliert, welche anderen Mehrheiten in Düsseldorf möglich werden könnten: Während im „bürgerlichen Lager“ vor einer rot-rot-grünen Koalition aus SPD, GRÜNEN und LINKE gewarnt wurde, wogen zahlreiche Medien die Chancen für eine schwarz-grüne Landesregierung wie in Hamburg, eine „Ampel“ (rot-gelb-grün) aus SPD, FDP und GRÜNEN oder ein „Jamaika“-Bündnis von CDU, FDP und GRÜNEN wie seit 2009 im Saarland ab.



Fast alle Kommentatoren erwarteten, dass CDU und FDP in NRW für ihre enttäuschende Regierungsarbeit im Bund abgestraft würden. Entsprechend groß war das Interesse an der politischen Entwicklung an Rhein und Ruhr auch außerhalb Nordrhein-Westfalens. Nicht nur nordrhein-westfälische Medien widmeten dem Thema ausführliche Beiträge. So befragte der Bremer *Weser-Kurier* Anfang Januar den nordrhein-westfälischen FDP-Chef und stellvertretenden Ministerpräsidenten Andreas Pinkwart nach dessen Einschätzung und erhielt zur Antwort: „Einen Ausschluss anderer Koalitionen halte ich zwischen den demokratischen Parteien grundsätzlich für falsch.“ Und dem Magazin *Focus* sagte der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende Pinkwart in der gleichen Woche, Frau Merkel müsse als Parteichefin ihre Richtlinienkompetenz in den eigenen Reihen nutzen, um Schwarz-Gelb als Zukunftsprojekt mehr herauszustellen.

Ende Januar rief NRW-Ministerpräsident Rüttgers seine Parteifreunde beim kleinen CDU-Parteitag in Berlin dazu auf, den Streit in der Koalition zu beenden. Umso überraschender kam wenige Tage später ein von Rüttgers unterstützter Vorstoß seines Stellvertreters Pinkwart, die kaum in Kraft getretene Steuerermäßigung für Hoteliers rückgängig zu machen. „Das Verhalten Pinkwarts und die unterstützenden Worte seines Chefs im NRW-Kabinett, Jürgen Rüttgers, sind ... ein Beispiel für fehlende Stetigkeit von Politik“, schrieb der Kommentator des Bonner *General-Anzeiger*. „Heute hü, morgen hot – erst ein Gesetz beschließen und vier Wochen später wieder in Frage zu stellen – das fördert Politikverdrossenheit. Vor allem dann, wenn man Pinkwart Wahltaktik als wichtigen Grund für seinen Sinneswandel unterstellen darf. Denn die Umfragewerte für die FDP in Bund und Land gehen zurück, was zur Folge hat, dass die schwarz-gelbe Koalition in NRW im Hinblick auf die Landtagswahl am 9. Mai gefährdet ist.“

So ähnlich sah es die *Financial Times Deutschland*: „Pinkwarts Richtungswechsel offenbart die wachsende Nervosität der Liberalen vor der wichtigen Landtagswahl am 9. Mai – dem ersten Stimmungstest für Schwarz-Gelb im Bund.“ Und die in Karlsruhe erscheinende Tageszeitung *Badische Neueste Nachrichten* kommentierte: „Was Pinkwart treibt, ist ... die Hoffnung, bei der nahen Landtagswahl aus einer Neid-Debatte Honig zu saugen – selbst um den Preis, FDP-Parteifreunde in der Bundesregierung und in den Ländern der Unglaubwürdigkeit preiszugeben.“

## Der Landtagswahlkampf

Den Gegenwind aus Berlin verstärkte die NRW-CDU noch mit eigenen Zutaten. So stellte sich heraus, dass CDU-Generalsekretär Hendrik Wüst zu hohe Zuschüsse zur Krankenversicherung entgegengenommen hatte. Landtagspräsidentin Regina van Dinter geriet unter Beschuss, weil sie als Vorsitzende des RAG-Regionalbeirats pro Jahr 30.000 Euro erhalten hatte. Viele bezweifelten dabei, dass Salär und Gegenleistung in einem angemessenen Verhältnis zueinander stünden. Die Kritik richtete sich auch gegen Landtagsvizepräsident Edgar Moron von der SPD, der als stellvertretender Vorsitzender des RAG-Regionalbeirats noch 22.500 Euro erhalten hatte. Außerdem wurde der Landtagspräsidentin vorgeworfen, jahrelang keine Mitgliedsbeiträge an ihre Partei gezahlt zu haben. Den gesamten Wahlkampf hindurch wurden in der „E-Mail-Affäre“ interne Mails zwischen Staatskanzlei und CDU-Zentrale gezielt an Journalisten lanciert. Das Presseecho war unangenehm für die CDU und sorgte für anhaltende Unruhe in der Partei.

Und im Februar gerieten die CDU und Ministerpräsident Rüttgers vollends in die Defensive. Ein regelrechtes mediales Unwetter brach über sie herein: „CDU wollte Rüttgers vermieten“ lautete die Schlagzeile auf Seite 1 der *NRZ* vom 22. Februar. „Rüttgers in Erklärungsnot“ stand am Tag darauf vierspaltig auf der Titelseite der als konservativ geltenden Berliner Zeitung *Der Tagesspiegel*. Und die anderen Medien gingen kaum milder mit Jürgen Rüttgers und seiner Partei um. Denn es war bekanntgeworden, dass die nordrhein-westfälische CDU den Sponsoren von Parteiveranstaltungen nicht nur die üblichen Informationsstände angeboten hatte, sondern auch Gespräche und Fotos mit Rüttgers am Stand – gegen Entgelt in vier- bis fünfstelliger Höhe.

Da konnte der Ministerpräsident noch so nachdrücklich erklären, dies sei ohne sein Wissen geschehen – 80 Prozent der Bürger glaubten ihm nicht, wie eine Umfrage ergab. Als Konsequenz des Vorgangs, der von Bundestagspräsident Lammert, selbst Mitglied des NRW-Landesverbands der CDU, als „selten dämlich“ bezeichnet wurde, schied der Generalsekretär der Landespartei, Hendrik Wüst, aus dem Amt. Sein Nachfolger wurde der bisherige Europaminister Andreas Krautscheid. Er sollte nun den bevorstehenden Wahlkampf managen.

Für die Opposition waren diese Ereignisse natürlich ein Thema, das sie auszuschlachten gedachte: SPD und GRÜNE setzten eine Sondersitzung des Landtags-Hauptausschusses zur „möglichen Verquickung“ von Regierungs- und Parteifunktionen durch. „Die nordrhein-westfälische CDU steckt tief im Schlamassel“, kommentierte die *Rheinische Post*. Und die *Westfalenpost* meinte: „Sponsoren-Affäre wird zur Schlammschlacht“. Die *Süddeutsche Zeitung* wählte die Überschrift: „Rüttgers bringt die Union in Not“.

Es schien, dass der Wahlkampf begonnen hatte, bevor alle formalen Voraussetzungen dafür geschaffen waren. Die SPD etwa hatte noch gar nicht über ihre Spitzenkandidatur entschieden. Dies geschah Ende Februar auf einem Landesparteitag in Dortmund, der Hannelore Kraft einstimmig zur Spitzenkandidatin wählte, – ein „Traumergebnis“, meinte der *Westfälische Anzeiger*. Ebenso einstimmig wurde das Wahlprogramm der Sozialdemokraten verabschiedet. Im Mittelpunkt des Programms standen die Stärkung der finanzschwachen Kommunen, die Reform des Bildungssystems und die Gesundheitspolitik. Vor allem die auch zwischen Union und Liberalen umstrittenen Pläne der Bundesregierung für eine Gesundheitsreform sollten zu einem zentralen Wahlkampfthema werden.



## Der Landtagswahlkampf

In einer kämpferischen Parteitage-rede sprach sich der neue SPD-Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel für eine Neuauflage der der rot-grünen Koalition in NRW aus und forderte eine persönliche Entschuldigung des Ministerpräsidenten für die Sponsoren-Affäre. Schwerpunkt seiner bejubelten Rede waren aber Angriffe auf die Regierung Merkel-Westerwelle, deren Schicksal er mit der Landtagswahl verknüpfte: Die SPD werde am 9. Mai in NRW dafür sorgen, dass mit dem Regierungswechsel und der Ablösung von Rüttgers auch im Bundesrat ein „Stoppschild“ gesetzt werde für die Politik in Berlin. „Gabriel reißt die Genossen mit“, schrieben die *Aachener Nachrichten* über ihren Bericht. Und die *WZ* kommentierte: „Die Partei stellt Geschlossenheit zur Schau, wenn es darauf ankommt. Doch bei allem Jubel: Die vage Chance, im Mai zu gewinnen, ist nicht Resultat einer neu gewonnenen Stärke der SPD – sondern der Schwäche der anderen.“



Anfang März fanden SPD und GRÜNE zusammen bei den nordrhein-westfälischen Wahlberechtigten erstmals seit Jahren wieder mehr Zustimmung als CDU und FDP zusammen. Eine repräsentative Umfrage von infratest dimap für die ARD sah die CDU bei 35 Prozent, die SPD bei 33 Prozent, die GRÜNEN bei 13 Prozent, die FDP bei 10 Prozent und die LINKE bei 6 Prozent. Schwarz-Gelb hatte also zwei Monate vor der Wahl keine

Mehrheit mehr. Aber auch Rot-Grün hatte trotz der besseren Zahlen keine regierungsfähige Mehrheit erzielt, sondern wäre zur Machtübernahme auf die Stimmen der LINKEN angewiesen gewesen – wenn diese tatsächlich die 5-Prozent-Hürde überwinden sollte.

Eine Forsa-Umfrage für den „Stern“ kam zu ähnlichen Ergebnissen, sah die CDU allerdings bei 38 Prozent, die FDP dagegen auf karge 6 Prozent geschrumpft. Doch noch war die Zahl der Unentschlossenen so groß, dass beide Lager bangen mussten. „In NRW ist alles drin“, resümierte die *Rheinische Post*.

Wenige Tage später war der Name Hannelore Kraft erneut auf den Titelseiten der Zeitungen zu lesen, doch diesmal waren die Berichte und Kommentare für die SPD-Landeschefin weit unerfreulicher. Die Spitzenkandidatin hatte sich in die Hartz-IV-Debatte eingeschaltet und gemeinnützige Jobs für Langzeitarbeitslose vorgeschlagen: „Sie können zum Beispiel in Altenheimen Senioren Bücher vorlesen, in Sportvereinen helfen oder Straßen sauber halten.“ Der Vorstoß irritierte politische Gegner ebenso wie Freunde, hatte doch gerade erst der FDP-Bundesvorsitzende Westerwelle heftige Kritik für einen auf den ersten Blick ähnlichen Vorschlag geerntet. Der Vizekanzler wollte Nichtarbeitswillige z.B. zu Schneeschippen verpflichten. Da half es wenig, dass Hannelore Kraft immer wieder betonte, im Gegensatz zu Westerwelle ginge es ihr ja nicht um eine Arbeitspflicht, sondern um ein Angebot zur freiwilligen gemeinnützigen Tätigkeit, an Menschen ohne sonstige Aussichten auf irgendeine Beschäftigung. Der Vorschlag wurde überwiegend negativ beurteilt, am schärfsten ging Ministerpräsident Rüttgers mit seiner politischen Gegnerin ins Gericht. Er nannte ihren Vorschlag „zynisch“ und „menschenverachtend“, weil er die Betroffenen abstempeln und auf Dauer ins Abseits schiebe. Lob kam dagegen ausgerechnet von der FDP, mit der die SPD auf dem Gebiet der Sozialpolitik eigentlich so gut wie keine Gemeinsamkeit hatte, und – ebenso überraschend – von der *BILD-Zeitung*, die ihren Kommentar „Richtig so, Frau Kraft!“ überschrieb.

Eine halbe Woche später waren die Fronten wieder klar: In einer Aktuellen Stunde zur „Sponsoren-Affäre“ der Landes-CDU sparten SPD und GRÜNE nicht mit Kritik an der CDU und am Ministerpräsidenten. Der lehnte es ab, Schriftverkehr und Verträge seiner Partei mit Sponsoren offenzulegen, denn es habe zwar – ohne sein Wissen – zu beanstandende Werbefriefe, doch niemals Gespräche gegen Geld gegeben. Der Opposition warf er vor, einen „Schmutzwahlkampf“ zu führen.

In einer Landtagsdebatte am darauffolgenden Tag wurde Hannelore Kraft von den Regierungsparteien CDU und FDP mit heftigsten Angriffen bombardiert. Thema war wieder die angeblich drohende rot-rot-grüne Gefahr, da SPD und GRÜNE insgeheim eine Koalition mit der LINKEN vorbereiten würden. „Der Konsens, nicht mit extremistischen Parteien koalieren zu wollen, ist weich geworden“, warf CDU-Fraktionschef

## Der Landtagswahlkampf

Helmut Stahl der SPD vor und sprach von einem „durchtriebenen unanständigen Spiel“. Und FDP-Fraktionschef Gerd Papke sah NRW bereits in eine „sozialistische Staatswirtschaft abdriften“.

Als aus den Reihen von CDU und FDP die Worte „feige, feige“ gerufen wurden, ergriff die SPD-Chefin das Wort. Sie wolle die LINKE, die „zur Zeit weder koalitions- noch regierungsfähig“ sei, gar nicht im Landtag haben, betonte Kraft. Sie werde ohne diese „das Land verantwortungsvoll regieren“ und dafür sorgen, dass „NRW wieder das soziale Gewissen Deutschlands wird“. Darauf warf Jürgen Rüttgers seiner Kontrahentin vor, im Umgang mit der LINKEN noch immer nicht für Klarheit gesorgt zu haben: „Sie sind eine Derzeit-Politikerin und haben nicht die Statur, Ministerpräsidentin zu werden in diesem Land.“ Doch so sehr sie sich auch von der LINKEN distanzierte: Hannelore Kraft vermied auch in dieser Debatte, ein Zusammengehen mit der LINKEN nach der Wahl definitiv auszuschließen.

Ähnlich scharf wie CDU und SPD griffen FDP und GRÜNE einander an. „Blanke Nerven vor der Landtagswahl“ konstatierte die *Westfalenpost*, und ihr Kommentator meinte: „Die Luft ist bleihaltig. Für die Parteien geht es an Rhein und Ruhr um Alles oder Nichts. Da wird mit harten Bandagen um jede Stimme gerungen. Schon jetzt ist klar: Der Wahlkampf gerät zu einer derben Schlammschlacht, in der Skandale, Affären und Ausrutscher die Schlagzahl bestimmen.“

Aber die politischen Beobachter registrierten nicht nur Skandale, Affären und Ausrutscher, sondern vermerkten akribisch jede Äußerung, die als Annäherung oder Distanzierung einer Partei an eine andere bzw. von einer anderen Partei gedeutet werden konnte. So geriet FDP-Chef Pinkwart Mitte März in die Schlagzeilen, als er in einem Interview mit der WAZ erklärte: „Mit Blick auf die nächste Legislaturperiode müssen wir uns fragen, ob die Hauptschule, wie wir sie heute kennen, noch eine Zukunft haben kann.“ Pinkwart forderte eine „Regionale Mittelschule“ als Haupt-, Real- und Gesamtschulen als zweite, mehr berufsorientierte Säule neben dem Gymnasium, und unterstrich: „Die FDP ist fest entschlossen, das durchzusetzen“, falls es nach der Wahl erneut zu Koalitionsgesprächen mit der CDU käme.

Damit setzte sich der liberale Innovationsminister deutlich von der Linie der CDU ab, die bis dahin als gemeinsame Linie der Koalitionsparteien gesehen worden war. Denn eine wesentliche Forderung der nordrhein-westfälischen CDU im Landtagswahlkampf 2010 war der Erhalt des dreigliedrigen Schulsystems aus Hauptschule, Realschule und Gymnasium – während SPD und GRÜNE die drei Schulformen unter dem Dach einer Gesamtschule zusammenführen wollten. Weitere bildungspolitische Gegensätze bestanden in der Frage der Grundschuldauer – CDU und FDP waren für die Beibehaltung der vierjährigen, SPD und GRÜNE für eine sechsjährige Grundschulzeit – und bei den erst kürzlich eingeführten Studiengebühren – CDU und FDP wollten sie beibehalten, SPD und GRÜNE schleunigst wieder abschaffen.



Alle Parteien stellten Bildungs-, vor allem Schulfragen ins Zentrum des Wahlkampfes. Umfragen machten klar, dass auch die Bürgerinnen und Bürger diesem Bereich höchste Priorität einräumten: „Schulpolitik wird in Zukunft viele Wahlen entscheiden“, kommentierte die *Westfälische Rundschau*.

Pinkwärts WAZ-Interview erschien unmittelbar vor einem Landesparteitag der FDP, zu dem nicht nur Delegierte und Spitzenpolitiker der Bundespartei nach Siegen kamen, sondern auch eine so große Anzahl von Medienvertretern wie kaum jemals zuvor in Südwestfalen. Ihr Interesse galt aber weniger der Landespolitik als dem FDP-Bundesvorsitzenden Guido Westerwelle, der gerade erneut in die Kritik geraten war – diesmal, weil er auf seine Dienstreisen als Bundesaußenminister Personen mitgenommen hatte, die ihm persönlich oder als Spender der FDP nahestanden. Westerwelle wies diese Kritik in Siegen als „unanständig“ zurück und bezeichnete sie als „Verleumdungskampagne“ von Opposition und Medien. Sämtliche Attacken auf seine Person seien nur Teil des NRW-Wahlkampfes und hätten das Ziel, eine linke Mehrheit vorzubereiten.

## Der Landtagswahlkampf

FDP-Landeschef Pinkwart unterstützte den Bundesvorsitzenden und fügte hinzu: „Wir werden nicht zusehen, dass die Enkel Erich Honeckers in NRW an die Macht kommen.“ Die Delegierten stellten sich hinter Pinkwart und wählten ihn mit 95,5 % ihrer Stimmen erneut zum Landesvorsitzenden.

In der zweiten Märzhälfte wurde die bildungspolitische Auseinandersetzung zwischen CDU und SPD schärfer, nachdem vor mehreren Gymnasien CDU-Plakate angebracht worden waren, auf denen zu lesen war: „Diese Schule wird geschlossen, wenn Rot-Rot regiert“. Michael Groschek, Generalsekretär der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten, sah darin eine „hilflose Kampagne der CDU“, die „vor allem von den eigenen gravierenden Versäumnissen und Fehlern in der Schulpolitik ablenken“ solle.

Das Presseecho auf die CDU-Aktion war für ihre Urheber überwiegend negativ: „Dieses Horrorszenario, das die CDU auf großflächigen Wahlplakaten zeichnet und vor Schulen aufstellt, ist grober Unfug“, schrieb die *Westfälische Rundschau*. „Es ist schon bitter, mit welcher Inhaltsleere in der Bildungspolitik die CDU Wahlkampf macht. Und erbärmlich, wie sie bei Lehrern, Eltern und Schülern Ängste schürt, um Stimmen abzufischen.“ Andreas Krautscheid, der neue Generalsekretär der NRW-CDU, verteidigte die Kampagne und warnte vor schlimmen Folgen der sozialdemokratischen Gesamtschul-Pläne: „Die Einheitsschule bedeutet das Aus für mindestens 1860 Gymnasien, Real- und Hauptschulen in NRW. Über eine Million Schüler wären davon betroffen.“

Im Landtag kam es unterdessen zu einem seltsamen Vorgang, der von der neuen Partei DIE LINKE ausging, obwohl diese ja erst noch darum kämpfte, erstmals ins Landesparlament einziehen zu können: Der Abgeordnete Rüdiger Sagel stellte einen – aussichtslosen – Antrag, in dem die Parteien aufgefordert wurden, nach der Wahl nicht mit der FDP zu koalieren, da sie eine „extremistische Partei“ sei. Sagel war 2000 und erneut 2005 für die GRÜNEN in den Landtag eingezogen, dann aber bei den GRÜNEN ausgetreten, und gehörte nun als fraktionsloser Abgeordneter und Mitglied der LINKEN dem Parlament an. FDP-Fraktionschef Papke erklärte, Sagels Vorgehen kennzeichne „einen Tiefpunkt der politischen Kultur“ in Nordrhein-Westfalen.



## Zahlen der Wahlperiode

149	Plenarsitzungen
1.299	Sitzungen der 21 Ausschüsse und Unterausschüsse
50	Sitzungen der beiden Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse
87	Sitzungen der drei Enquetekommissionen
244	Gesetzesentwürfe, davon 207 verabschiedet
3.899	Kleine Anfragen
44	Große Anfrage
377	Mündliche Anfragen

Vor dem Landesparteitag der CDU, der in Münster stattfand, gab sich Ministerpräsident Rüttgers optimistisch. Trotz weiterhin schlechter Umfragewerte, die der schwarz-gelben Koalition nun schon seit Wochen keine Mehrheit mehr versprochen, sah er Licht am Ende des Tunnels: „Es geht aufwärts“, meinte er bei der Präsentation des Wahlprogramms seiner Partei, denn mit 37 % liege die CDU in NRW über dem Bundesdurchschnitt der Union.

In der Tat war die schwarz-gelbe Bundesregierung bei den Bürgern noch unbeliebter als die gleichfarbige Düsseldorfer Landesregierung; selbst die Sympathiewerte der bis dahin noch überaus populären Bundeskanzlerin und CDU-Bundesvorsitzenden Angela Merkel waren erheblich gesunken. Ihr Auftritt beim Landesparteitag wurde deshalb von den zahlreichen nach Münster angereisten Journalisten aufmerksam verfolgt. Wie zuvor der Ministerpräsident warnte auch die Kanzlerin vor einem rot-rot-grünen Bündnis und erinnerte an die hessische Landtagswahl von 2008: Damals habe die SPD versichert, nie mit der LINKEN zu kooperieren, es dann aber doch versucht. Frau Kraft sage nur, im Augenblick sehe sie keine Grundlage für Rot-Rot-Grün, aber „was glauben Sie, was die nach der Wahl machen?“

Auffällig war, dass Jürgen Rüttgers in seiner Rede vor den etwa 600 Delegierten auf Distanz zum Koalitionspartner FDP ging: „Ich stehe für eine andere Politik

## Der Landtagswahlkampf

als die FDP. Die CDU macht Politik für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen, nicht nur für zehn Prozent.“ Der Parteitag machte deutlich, dass die nordrhein-westfälische CDU das Bündnis mit den Liberalen in Düsseldorf dennoch fortsetzen wollte, machte aber keine formale Koalitionsaussage.

In der letzten Plenarwoche vor der Wahl kam es Ende März im Landtag noch einmal zu einer hitzigen Debatte um die Schul- und Hochschulpolitik, in der die vier Fraktionen erneut alle Register zogen. SPD und GRÜNE warfen der Regierung Versagen und „Stellen-Arithmetik“ vor: In den Schulen fehlten Tausende von Lehrern und es falle jede Menge Unterricht aus, kritisierte die frühere Schulministerin Ute Schäfer (SPD) und empörte sich über einen „Angstwahlkampf“ der CDU. Mit dem Turbo-Abitur habe Schwarz-Gelb das Bildungssystem „grob fahrlässig beschädigt“. GRÜNEN-Fraktionschefin Sylvia Löhrmann bezeichnete die von der CDU durchgeführte Plakat- und Postkartenaktion mit der Aussage „Diese Schule wird geschlossen, wenn Rot-Rot regiert“ als „politische Brandstiftung“.

Der CDU-Abgeordnete Bernhard Recker verteidigte das gegliederte Schulsystem und wandte sich scharf gegen die „Einheitschule“, die das Elternrecht „mit Füßen“ trete. Schulministerin Barbara Sommer (CDU) betonte, das Land setze „auf Vielfalt statt auf Vielfalt“. Die FDP griff vor allem die GRÜNEN an, gegen deren Schulpläne sie eigene



Anke Brunn



Edgar Moron



Helmut Linssen



Helmut Stahl

Aufkleber drucken ließ. „Die GRÜNEN ruinieren unser Land“, äußerte der FDP-Abgeordnete Ralf Witzel. Kurz vor der Sitzung hatte die FDP in leichter Abwandlung der CDU-Kampagne eine Plakataktion mit dem Text „Diese Schule wird geschlossen, wenn die Grünen mitregieren“ vorgestellt.

Der letzte Sitzungstag bedeutete für mindestens 35 der Abgeordneten den Abschied vom parlamentarischen Leben, denn sie traten nicht erneut an. Zu ihnen gehörte CDU-Fraktionschef Helmut Stahl und das dienstälteste Mitglied seiner Fraktion: Finanzminister Helmut Linssen, der auf ein 30-jährige Arbeit als Abgeordneter zurückblicken konnte. Die SPD verlor ihren ehemaligen Fraktionschef, den stellvertretenden Parlamentspräsidenten Edgar Moron, sowie mit der früheren Wissenschaftsministerin Anke Brunn die Abgeordnete mit der längsten Dienstzeit: 1970 war sie erstmals in den Landtag eingezogen.

In der gleichen Woche meldete sich DIE LINKE zu Wort: Ihr Parteichef Oskar Lafontaine sprach sich in einem Interview mit der *Neuen Westfälischen* für eine rot-rot-grüne Koalition aus: „Sie ist notwendig, um über den Bundesrat Sozialabbau zu verhindern.“ Die Spitzenkandidatin der LINKEN in NRW, Bärbel Beuermann, bekannte dagegen in einem Interview mit den *Ruhr Nachrichten*, sie persönlich würde sich nach der Wahl besser in der Opposition aufgehoben fühlen. So oder so werde man aber „immer wieder den Finger in die Wunde legen“.



Anfang April präsentierte Hannelore Kraft den Mann, der in der von ihr angestrebten Regierung Arbeits- und Sozialminister werden sollte. Es war der Landesvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Guntram Schneider. Er kündigte an, dass er bis zur Wahl keine öffentlichen Auftritte mehr für den DGB absolvieren werde. CDU und FDP reagierten dennoch empört. „Damit hat in Nordrhein-Westfalen die heiße Wahlkampfphase begonnen“, schrieb die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.

## Der Landtagswahlkampf

Diese heiße Phase bestand aus den üblichen Großveranstaltungen mit Prominenz aus der Bundespolitik, Plakatierungen, Fernsehspots, Informationsständen in den Fußgängerzonen und unzähligen Interviews. Neue politische Inhalte brachte sie kaum: CDU und FDP erklärten, sie wollten weiter koalieren – SPD und GRÜNE, sie wollten zusammen eine neue Regierung bilden. Doch die Umfragen gaben weiterhin weder der einen noch der anderen Gruppierung eine zur Regierungsbildung ausreichende Mehrheit, denn es schien sicher, dass die LINKE die Fünf-Prozent-Hürde überspringen und in den neuen Landtag einziehen würde. Also wurde weiter kräftig spekuliert, ob Rot-Rot-Grün, Schwarz-Grün, Ampel oder Jamaika eine Chance hätten. Die *BILD-Zeitung* rechnete aus, dass eigentlich nur eine Große Koalition aus CDU und SPD übrig blieb, da alle anderen Konstellationen von mindestens einem Beteiligten abgelehnt worden war: Jürgen Rüttgers hatte erklärt, er wolle nicht mit den GRÜNEN, Hannelore Kraft, sie könne nicht mit der LINKEN, Sylvia Löhrmann, sie werde nicht mit der FDP koalieren.

Überlagert wurde der Wahlkampf bis zum Schluss von der Diskussion um die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung, die mehr und mehr an Popularität einbüßte. Würden die Wähler in Nordrhein-Westfalen Rüttgers und Pinkwart abstrafen, weil sie mit Merkel und Westerwelle unzufrieden waren? Selbst im Ausland interessierten sich die Medien für den Ausgang „der ‚kleinen Bundestagswahl‘ in Nordrhein-Westfalen“ – so die *Neue Zürcher Zeitung*, die fragte, ob es eine „Schwarz-gelbe Götterdämmerung am Niederrhein“ geben werde. Ministerpräsident Rüttgers sprach von einer „Schicksalswahl“.

Ende April trafen Jürgen Rüttgers und Hannelore Kraft in einem Studio des Westdeutschen Rundfunks zu ihrem ersten und einzigen Fernsehduell zusammen. Das 60-minütige Streitgespräch wurde live ausgestrahlt, zur besten Sendezeit um 20.15 Uhr, und wurde wegen der vielen noch immer unentschiedenen Wahlberechtigten als möglicherweise ausschlaggebend für den Wahlausgang betrachtet. Einen klaren Sieger brachte es aber ebenso wenig wie eine klare Siegerin: Der *Kölner Stadt-Anzeiger* sah nach der Sendung „Rüttgers und Kraft Kopf an Kopf“, und die Kommentatoren kamen überwiegend zu einem ähnlichen Ergebnis. Die meisten stellten fest, dass das Duell „fast ohne Schärfe“ (*WAZ*), „mit stumpfer Klinge“ (*Aachener Nachrichten*) und „ohne echten Schlagabtausch“ (*Westfalen-Blatt*) geführt

worden war: Die Kontrahenten tauschten die bekannten Argumente aus, schienen sich aber gegenseitig weitgehend zu schonen, so als ahnten sie, dass sie schon bald über eine Große Koalition würden sprechen müssen.

Zwei Tage nach ihrem „Duell“ kamen Rüttgers und Kraft erneut zu einer Diskussion vor WDR-Kameras zusammen, diesmal aber nahmen

auch die Spitzenkandidaten von FDP und GRÜNEN, Pinkwart und Löhrmann, teil, ebenso wie der Sprecher der LINKEN, Wolfgang Zimmermann. Und die Debatte fand vor einem – im Wortsinn – erlesenen Publikum statt, denn der WDR hatte durch das Wahlforschungsinstitut infratest dimap 160 Personen aussuchen lassen, die zusammen exakt die wahlberechtigte Bevölkerung Nordrhein-Westfalens widerspiegeln und somit tatsächlich repräsentativ für das Land waren.

Vor diesem Publikum und mit den drei zusätzlichen Diskussionsteilnehmern wurde die Sendung sehr viel munterer als das 48 Stunden zuvor ausgestrahlte Duell. Die *NRZ* sprach von „einer lebhaften, zuweilen schrillen WDR-Fernsehdebatte der fünf Spitzenkräfte der NRW-Parteien“, die *Rheinische Post* wählte die Überschrift „Flotter Fünfkampf im Fernsehen“, „Munterer Schlagabtausch vor der Landtagswahl“ titelte der *Westfälische Anzeiger*, und der *Kölner Stadt-Anzeiger* fasste zusammen: „In der Form lebhaft, von den Inhalten her bekannt“.

In diesem Wahlkampf versicherten alle Parteien immer wieder nachdrücklich, wie sehr ihnen die Zukunft der Jugend des Landes am Herzen liege. Doch gerade bei dem Teil der 13,5 Millionen Wahlberechtigten, der 2010 zum ersten Mal einen Landtag mitwählen durfte, kam der Wahlkampf überhaupt nicht gut an. Zehn Tage vor der Wahl wurden die Ergebnisse einer dimap-Umfrage unter den 930.000 nordrhein-westfälischen Erstwählern bekannt. Danach hatten die 18- bis 23-jährigen zwar großes Interesse an Politik: 84 Prozent von ihnen war die Möglichkeit wichtig, an der Wahl



## Der Landtagswahlkampf



teilzunehmen, 69 Prozent wollten auch tatsächlich wählen gehen. Vom Wahlkampf aber fühlten die jungen Leute sich nicht angesprochen. Mehr als jeder zweite von ihnen verfolgte den Wahlkampf entweder gar nicht oder doch nur mit geringem Interesse.

Mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten hatte sich auch eine Woche vor der Wahl noch nicht für

eine Partei entschieden. Diesen Unentschlossenen galt jetzt das besondere Interesse der Wahlkämpfer. SPD und FDP warben deshalb gezielt für ein Stimmen-Splitting, also für die – 2010 erstmals auch bei einer NRW-Landtagswahl gegebene – Möglichkeit, mit der Erststimme anders zu wählen als mit der Zweitstimme. Die NRW-Bürger, die bei den zurückliegenden Landtagswahlen nur eine einzige Stimme gehabt hatten, kannten das Splitten von den Bundestagswahlen her – nun bekam es eine wichtige landespolitische Bedeutung. Denn in 30 Wahlkreisen wurde ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen CDU und SPD um das Direktmandat erwartet. Deshalb warben die Sozialdemokraten gezielt bei Anhängern der GRÜNEN um die Erststimme für den SPD-Kandidaten. Die FDP dagegen zielte auf die Zweitstimme von CDU-Wählern, weil dies aus ihrer Sicht das beste Mittel war, eine Fortsetzung von Schwarz-Gelb in NRW zu erreichen – schließlich sahen jüngste Umfragen die Liberalen in bedenklicher Nähe zur Fünf-Prozent-Grenze.

Während die Parteien ihre Abschlusskundgebungen vorbereiteten, konnten die Briefwähler bereits ihre Stimmzettel studieren. Auf ihnen fanden sie 25 Parteien zur Auswahl, von denen 15 bereits 2005 zur Wahl gestanden hatten. Zehn Parteien bewarben sich zum ersten Mal um Sitze im Landtag, von der Partei Bibeltreuer Christen bis zur Piratenpartei. Insgesamt standen 208 Bewerberinnen und 538 Bewerber auf den Landeslisten. Den höchsten Frauenanteil hatte dabei die Tierschutzpartei mit 87,5 %, gefolgt von GRÜNEN und LINKEN mit jeweils 50 %. Von den 915 Direktkandidaten standen 487 auch auf den Landeslisten. Insgesamt konnten die Wahlberechtigten mit ihren beiden Stimmen unter 1174 Kandidaten wählen.

### III. Die Wahl

#### 1. Ergebnisse und Analysen

Welche Bedeutung der Wahl beigemessen wurde, ließ sich an der Menge der Medienvertreter ablesen: Rund 1300 Mitarbeiter von Presse, Rundfunk und Fernsehen waren für den Wahlabend angemeldet; sogar das chinesische Zentralfernsehen CCTV schickte seine Korrespondenten nach Düsseldorf, ebenso taten dies 26 weitere Sendeanstalten. Das Landtagsgebäude wurde zu einem gigantischen Pressezentrum umfunktioniert. Das ZDF machte den Plenarsaal zu seinem Studio und ließ dazu zwei Drittel der 187 Abgeordnetensitze abschrauben. Die große Bürgerhalle wurde für die ARD-Sender reserviert. Außer den Medienleuten meldeten sich etwa 2000 Politiker und Gäste für den Wahlabend im Landtag an.

Das Ergebnis der Wahl stand aber erst spät am Abend fest. Zunächst hatten die Hochrechnungen die SPD knapp vor der CDU gesehen und ihr ein 68. Mandat in Aussicht gestellt, das Hannelore Kraft auf den Ministerpräsi-



Hannelore Kraft am Wahlabend des 9. Mai 2010 im Landtag NRW

## Die Wahl



Fernsehunde der Spitzenkandidaten (von links): Wolfgang Zimmermann (Die LINKE), Andreas Pinkwart (FDP), Moderatorin, Hannelore Kraft (SPD), Jürgen Rüttgers (CDU), Moderatorin, Sylvia Löhrmann (Bündnis 90/Die GRÜNEN).

dentensessel gehoben hätte. Entsprechend euphorisch waren zunächst die Reaktionen von Sozialdemokraten und GRÜNEN – entsprechend betreten die Reaktionen bei CDU und FDP, die einräumen mussten, dass sie ihr Hauptwahlziel verfehlt hatten. Auch der Ministerpräsident trat schon früh am Wahlabend vor die Kameras und gestand seine Enttäuschung ein. Wenig später wurde kolportiert, Rüttgers habe dem CDU-Landesvorstand seinen Rücktritt angeboten. Das Gerücht erschien glaubhaft, denn der Ministerpräsident ließ sich bei weiteren Diskussionsrunden der Spitzenkandidaten von Integrationsminister Laschet bzw. CDU-Generalsekretär Krautscheid vertreten. Die aber verkündeten, der Landesvorstand habe Rüttgers soeben einstimmig aufgefordert, an der Spitze zu bleiben.

Alle Berichte und Kommentare konzentrierten sich jetzt auf die Frage, wie es angesichts dieser Ergebnisse in NRW weitergehen könnte: Schwarz-Gelb konnte nicht weiterregieren, Rot-Grün hatte ebenfalls keine Mehrheit – und alle anderen rechnerisch möglichen Kombinationen waren von mindestens einem Beteiligten als unerwünscht, wenn nicht sogar als ausgeschlossen bezeichnet worden.



Die Zeitungüberschriften am Montag nach der Wahl brachten auf den Punkt, was die Journalisten für die wichtigste Nachricht hielten:

- Kraft rasiert Rüttgers (*BILD*)
- CDU stürzt ab, SPD wieder da (*Rheinische Post*)
- Rot-grüne Frauen besiegen Rüttgers (*NRZ*)
- Schwarz-Gelb am Ende (*Westfälische Rundschau*)
- Schwarz-Gelb wurde brutal abgestraft (*Westfalenpost*)
- Denkkzettel – für Bund und Land (*Neue Westfälische*)



Schlagzeilen nach der Wahl

Die *Financial Times Deutschland* stellte die Konsequenzen in den Mittelpunkt, die das Wahlergebnis und die aus ihm resultierenden Folgen für die Bundesratsmehrheit haben würde, und titelte: „Rüttgers entmacht Merkel“. *Die Welt* sah bundespolitische Ursachen und wählte die Überschrift „Merkels Schuld“.

Bei dieser Wahl waren 13.270.933 Bürgerinnen und Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen zur Stimmabgabe berechtigt, rund 40.600 mehr als 2005. Wie in fast allen Bundesländern, in denen in den letzten Jahren gewählt wurde, sank die Wahlbeteiligung auch in NRW von 63,0% im Jahr 2005 auf 59,3% am 9. Mai 2010.

Die Wahl

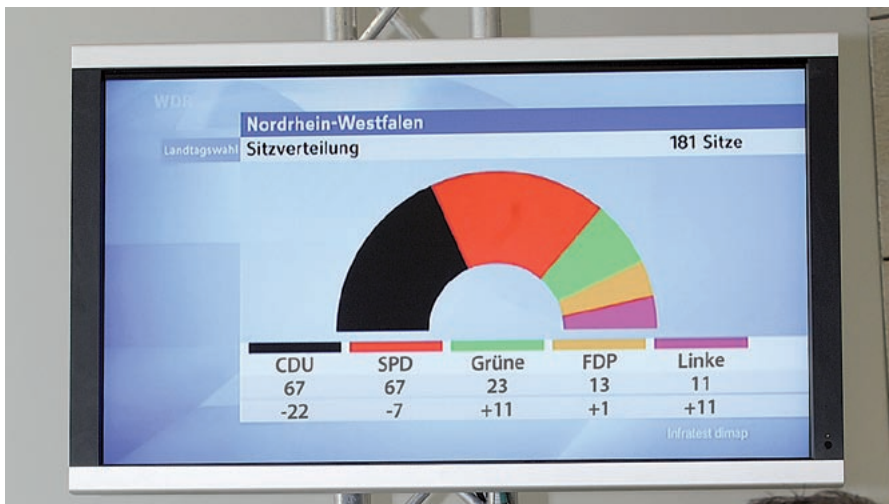
Nachdem die Wählerinnen und Wähler in NRW bisher nur eine Stimme bei der Landtagswahl hatten, waren jetzt erstmals zwei Kreuze möglich: In 128 Wahlkreisen konnten die Wahlberechtigten per Erststimme über den Direktkandidaten entscheiden. Mit der Zweitstimme wurde die Landesliste einer Partei gewählt.



Die Spannung vor dieser Wahl war besonders hoch, denn die Meinungsumfragen in den Wochen zuvor hatten signalisiert, dass die schwarz-gelbe Landesregierung möglicherweise ihre Arbeit nicht würde fortsetzen können. Bundespolitisch stand die erste Bewährungsprobe nach Beginn der Koalition in Berlin ins Haus: Sollte es in Düsseldorf nicht reichen für eine Neuauflage von CDU und FDP, würde die Bundesregierung im Bundesrat ihre Mehrheit verlieren. Die nach Schließung der Wahllokale von ARD und ZDF veröffentlichten Prognosen bestätigten diesen Trend:

Hohe Verluste der CDU und nur geringe Zuwächse für die FDP bedeuteten, dass Schwarz-Gelb im Landtag keine Mehrheit hatte. Die SPD verlor leicht. Gewinner waren einmal mehr die kleineren Parteien, die in der Summe so stark wurden, wie seit über einem halben Jahrhundert nicht mehr. Die Grünen holten ihr bestes Resultat in NRW überhaupt, die Linke schaffte erstmals den Sprung in den Düsseldorfer Landtag.

Das tatsächliche Ergebnis wich nur noch geringfügig von den 18-Uhr-Prognosen ab. Die CDU fiel nach Rekordeinbußen von über 10 Prozentpunkten mit 34,6% auf ihr schlechtestes Ergebnis in NRW. Die SPD erreichte mit 34,5% ihr schwächstes Ergebnis seit 1954. Die CDU erhielt 5.882 Zweit-

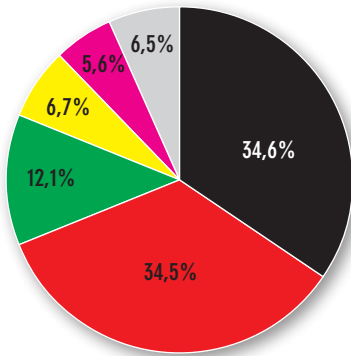


Monitor mit den Wahlergebnissen vom 9. Mai 2010

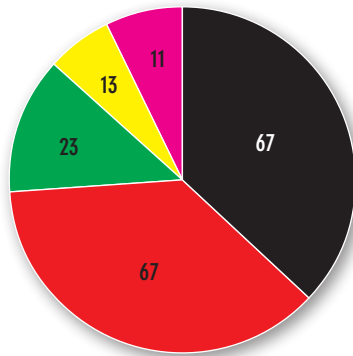
Die Wahl

stimmen mehr als die SPD und blieb damit trotz der großen Verluste – über eine Million Stimmen – stärkste Partei. Die FDP schaffte 6,7%, 0,5 Prozentpunkte mehr als 2005. Dass die Liberalen zulegen konnten, lag bei den starken Verlusten der CDU auch an den Austauschbeziehungen im schwarz-gelben Lager. Die Grünen konnten ihr Ergebnis von vor fünf Jahren nahezu verdoppeln, 2005 bekamen sie 6,2, 2010 waren es 12,1%. Die Linke zog mit 5,6% erstmals in den Landtag ein. Die sonstigen Parteien erreichten zusammen 6,5%.

Landtagswahlen in Nordrhein Westfalen 2010



Amtliches Ergebnis der Landtagswahl



Verteilung der Mandate (Gesamtzahl 181)

Interessant ist der Vergleich der Wähleranteile in absoluten Zahlen. Die CDU hat im Vergleich zu 2005 1.014.806 Stimmen weniger erhalten, aber auch die SPD konnte nicht zulegen und verzeichnete ein Minus von 383.170 Stimmen. Für die FDP haben 13.963 Wählerinnen und Wähler mehr gestimmt als vor fünf Jahren. Eindeutige Gewinner sind die Grünen mit einem Plus von 431.869 Stimmen und die Linke, die 435.627 Stimmen erreichen konnte.

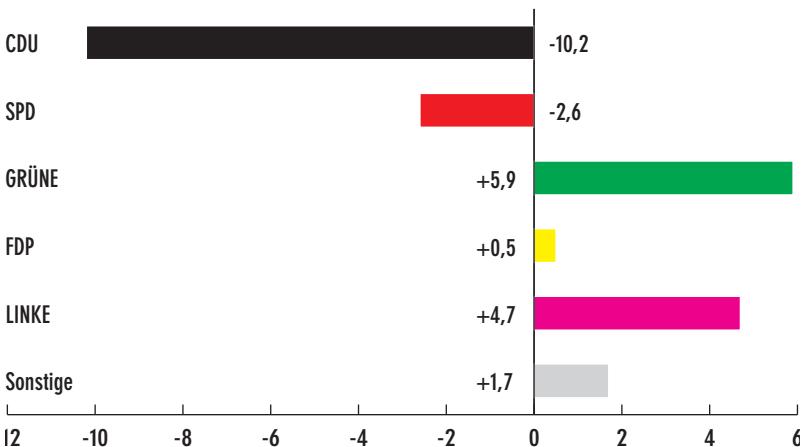
## Landtagswahl 2010

### Endgültiges Ergebnis – Zweitstimmen

Wahlberechtigte	Prozent	Differenz 2010-2005	Absolute Zahlen 13.267.052	Differenz 2010-2005 + 36.686
Wähler/-innen	59,3	- 3,7	7.870.412	- 462.951
Gültige Stimmen			7.760.546	- 483.468
Ungültige Stimmen			109.866	+ 20.517
<b>Parteianteile</b>				
CDU	34,6	- 10,2	2.681.700	- 1.014.806
SPD	34,5	- 2,6	2.675.818	- 383.170
Grüne	12,1	+ 5,9	941.162	+ 431.869
FDP	6,7	+ 0,5	522.229	+ 13.963
Die Linke*	5,6	+ 4,7	435.627	+ 362.638
Sonstige	6,5	+ 1,7	504.010	+ 320.739

Mit dem Erfolg der Linken gibt es im Düsseldorfer Landtag erstmals seit 1954 wieder fünf Fraktionen, wobei die Linke mit elf Mandaten die kleinste stellt. Die Liberalen haben 13 und die Grünen 23 Sitze. SPD und CDU stellen jeweils 67 Abgeordnete.

### Gewinne/Verluste in Prozenpunkten 2010 gegenüber 2005



\* Die Partei „Die Linke“ gab es bei der Landtagswahl 2005 noch nicht. Die Differenzangabe bezieht sich auf das Abschneiden der PDS, die 0,9% der Stimmen erhielt.

## Die Wahl

Darüber hinaus ist es interessant anzusehen, wie Gewinne und Verluste für die einzelnen Parteien zustande gekommen sind.

Die Ursachen für das Wahlergebnis sind in erster Linie im Land selbst zu suchen, aber auch die Unzufriedenheit mit der schwarz-gelben Bundesregierung spielte eine Rolle. Bei ihrer Wahlentscheidung war für 55% der Wählerinnen und Wähler die Politik in NRW wichtiger, aber immerhin 41% nannten in diesem Zusammenhang die Bundespolitik.

Unter landespolitischen Aspekten spielten zunächst die Kompetenzverluste der CDU bei beherrschenden Themen eine Rolle. Im Bereich Arbeitsmarkt lagen CDU mit 31% (minus 7 Prozentpunkte) und SPD mit 27% (plus 9 Prozentpunkte) fast auf einem Niveau, in der Schul- und Bildungspolitik hatte die CDU mit nur noch 27% (minus 14 Prozentpunkte) ihren Kompetenzvorsprung aus 2005 klar an die SPD mit 34% (plus 6 Prozentpunkte) verloren.

Und während die Regierungsparteien in NRW ähnlich bewertet wurden wie 2005 vor der Wahl, konnten SPD und Grüne ihr Image in der schwarz-gelben Regierungszeit deutlich verbessern. 2005 war die SPD auf der Plus/Minus 5/ Skala mit 0.7 bewertet worden, 2010 erzielte sie einen Wert von 1.4. Die Grünen lagen 2005 (minus 0.5) noch im Minusbereich, 2010 wurden sie mit 0.8 spürbar besser eingestuft. Die CDU erreichte fast unverändert 1.0 (2005: 0.9) und die FDP minus 0.5 (2005: minus 0.3). Die Linke wurde mit minus 2.5 besonders schlecht bewertet.

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers konnte diese Defizite seiner Partei nicht kompensieren und er traf auf eine Herausforderin, die sich in kurzer Zeit ein sehr positives Image erarbeiten konnte. Bei der Popularität erreichte Jürgen Rüttgers einen Wert von 1.2, Hannelore Kraft einen Wert von 1.6. Bei der „Direktwahlfrage“ wollten 40% lieber Jürgen Rüttgers als Ministerpräsidenten, 43% präferierten Hannelore Kraft als zukünftige Regierungschefin – ein im Duell Amtsinhaber gegen Herausforderin eher ungewöhnlicher Befund, der veranschaulichte, dass Jürgen Rüttgers keinen Amtsbonus für sich verbuchen konnte.

## 2. Wer wählte wen?

Die CDU hat in fast allen Berufsgruppen massive Einbrüche zu verzeichnen, besonders dramatisch fallen sie bei den 18- bis 29-Jährigen (minus 21), den 44- bis 59-Jährigen (minus 12) und den Arbeitern (minus 12) aus. Sie blieb aber bei den „Älteren“ stärker als die SPD. Die Sozialdemokraten erzielten bei den 18- bis 39-Jährigen (minus 6) und den 30- bis 44-jährigen (minus 6) unterdurchschnittliches Ergebnis. Lediglich bei den über 60-Jährigen konnte die SPD etwas besser abschneiden (plus 2). Die Grünen kamen in allen Altersgruppen unter 60 Jahren zu zweistelligen Ergebnissen. Kaum altersspezifische Unterschiede gab es bei der FDP, ein ähnliches Bild ergab sich für die Linke.

In allen Berufsgruppen bleibt die CDU die stärkste Partei, mit Ausnahme der Arbeiter. Dort kam sie auf 26% und lag damit weit (minus 12) unter ihrem Resultat aus dem Jahr 2005. Bei den Arbeitern erzielte die SPD ein viel besseres Ergebnis als auf Landesebene und hatte im Vergleich zur letzten Landtagswahl kaum Verluste (minus 1) zu verzeichnen. Auch die Linke war bei den Arbeitern mit 8% erfolgreicher als auf Landesebene.

### Wahlentscheidung in sozialen Gruppen

	CDU	SPD	Grüne	FDP	Linke
<b>Gesamt</b>	34,6 (- 10,3)	34,5 (- 2,6)	12,1 (- 5,9)	6,7 (- 0,6)	5,6 (+ 2,5)
<b>Altersgruppen</b>					
18 – 29	24 (- 12)	29 (- 6)	17 (+ 8)	7 (- 2)	6 (+ 2)
30 – 44	31 (- 11)	29 (- 6)	17 (+ 7)	8 (+ 2)	6 (+ 3)
45 – 59	29 (- 12)	36 (- 4)	15 (+ 8)	7 (+ 1)	8 (+ 4)
60 und älter	44 (- 8)	39 (+ 2)	6 (+ 4)	5 (0)	4 (+ 1)
<b>Berufsgruppen</b>					
Arbeiter	26 (- 12)	44 (- 1)	8 (+ 5)	4 (0)	8 (+ 3)
Angestellte	35 (- 8)	34 (- 4)	14 (+ 6)	7 (0)	5 (+ 2)
Beamte	39 (- 10)	32 (+ 1)	15 (+ 5)	6 (0)	4 (+ 3)
Selbständige	43 (- 11)	18 (- 6)	15 (+ 9)	13 (+ 2)	5 (+ 2)

## Die Wahl

Ein etwas anderes Bild zeigte sich bei den Beamten. Die CDU (39%) und die Grünen (15%) erzielten hier ein besseres Ergebnis als insgesamt bei durchschnittlichen Verlusten für die CDU bzw. Gewinnen für die Grünen. Die SPD lag leicht unter ihrem Gesamtergebnis (32%), kann aber entgegen dem Trend 1 Prozentpunkt hinzugewinnen. Die FDP und die Linke konnten bei der Gruppe der Beamten ihr Landesergebnis fast erreichen.

Bei den Selbständigen erzielte die CDU trotz hoher Verluste (minus 11) noch 43% der Zweitstimmen und lag mit weitem Abstand vor der SPD, die bei überdurchschnittlichen Verlusten (minus 6) 18% erreichte, dicht gefolgt von den Grünen (15%) und der FDP (13%). Damit konnten die Grünen ihren Stimmenanteil mehr als verdoppeln (plus 9). Die FDP hatte bei den Selbständigen leichte Zugewinne von 2 Prozentpunkten.

Das berufsspezifische Wahlverhalten wurde bislang bei vielen Wahlen durch den Faktor Gewerkschaftszugehörigkeit noch verstärkt. Dieser Effekt war auch in NRW festzustellen. Unter Gewerkschaftsmitgliedern kam die SPD auf 50% bei durchschnittlichen Verlusten (minus 3), für die CDU entschied sich jedes fünfte Gewerkschaftsmitglied (20%). Die Linke wurde mit 9% stärker als die FDP (4%), die Grünen kamen fast auf ihr Landesergebnis (11%).

Bei gewerkschaftlich organisierten Arbeitern fiel die Zustimmung zur SPD mit 58% nochmals höher aus. Für die CDU entschieden sich in dieser Gruppe lediglich 15%. Die Linke kam auf 9% (plus 4). Hohe Verluste verzeichnete die SPD hingegen bei gewerkschaftlich organisierten Angestellten (minus 8), war aber mit 48% stärkste Partei. Demgegenüber steigerten sich die Grünen auf 15% (plus 7).

## Wahlentscheidung in sozialen Gruppen

	CDU	SPD	Grüne	FDP	Linke
Gewerkschafts-mitglieder	20 (-12)	50 (- 1)	11 (+ 5)	4 ( 0)	9 (+ 3)
Gewerkschafts-mitglieder Arbeiter	16 (-9)	58 (- 3)	6 (+ 3)	3 (- 1)	9 (+ 4)
Gewerkschafts-mitglieder Angestellte	21 (-3)	48 (- 8)	16 (+ 7)	3 (+ 1)	8 (+ 1)



Auch der Erwerbstatus der Wählerinnen und Wähler gab neben der Unterteilung in Berufsgruppen Aufschluss über das unterschiedliche Wahlverhalten. Bei den Berufstätigen lagen CDU (31%) und SPD (32%) nahezu gleichauf. Bei jeweils höheren Einbußen als auf Landesebene konnten sie ihr Gesamtergebnis nicht ganz erreichen. Demgegenüber etwas erfolgreicher waren FDP und Linke; die Grünen schnitten mit 16% bei den Berufstätigen mit überdurchschnittlichen Gewinnen ab (plus 7).

In der Gruppe der Rentner lagen die CDU (42%) und die SPD (40%) ebenfalls nah beieinander, bei unterdurchschnittlichen Verlusten waren beide Parteien erfolgreicher als bei allen Wählern. Die Grünen blieben mit 5% schwach, und auch FDP und Linke kamen nicht auf ihr Gesamtergebnis.

Bei den Arbeitslosen legte die SPD leicht zu (37%), die CDU verlor hingegen 17 Prozentpunkte und kam nur noch auf 18%, knapp gefolgt von der Linken (17%).

### Wahlentscheidung in sozialen Gruppen

	CDU	SPD	Grüne	FDP	Linke
Berufstätige	31 (- 12)	32 (- 4)	16 (+ 7)	8 (+ 1)	7 (+ 3)
Rentner	42 (- 8)	40 ( 0)	6 (+ 5)	5 (+ 1)	4 (+ 2)
Arbeitslose	18 (- 17)	37 (+ 1)	11 (+ 3)	4 (- 3)	7 (+ 7)

### 3. Allgemeine Entwicklungen

Insgesamt hat die nordrhein-westfälische Landtagswahl 2010 Entwicklungen bestätigt, die bei Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland seit einiger Zeit zu beobachten sind.

- So hat die Bindung christlich orientierter Wählerinnen und Wähler zur CDU und gewerkschaftlich orientierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur SPD spürbar abgenommen.
- Die generelle Abschwächung der Parteibindung führt dazu, dass Wählerinnen und Wähler heute viel eher als früher bereit sind, von einer Wahl zur anderen die Partei zu wechseln.
- Damit wiederum hängt zusammen, dass sich eine wachsende Zahl von Wählerinnen und Wähler mit ihrer Entscheidung Zeit lassen und diese oftmals erst kurz vor dem Wahltag treffen. Auf diese Weise kann es zu einem „last-minute-swing“ kommen.
- Das Zweitstimmenrecht gibt den Wählerinnen und Wählern die Möglichkeit einer taktischen Wahlentscheidung. Das Stimmensplitting war 2010 erstmals bei einer Landtagswahl in NRW möglich. Ein Vergleich von Erst- und Zweitstimmen belegt, dass die Wählerinnen und Wähler davon Gebrauch gemacht haben.
- Die niedrige Wahlbeteiligung muss nicht unbedingt ein Beleg für sinkendes politisches Interesse sein. Sie ist in jedem Fall jedoch ein deutlicher Hinweis dafür, dass es den Parteien immer schwerer fällt, die Wahlberechtigten von der Richtigkeit ihrer Programme und Vorschläge zu überzeugen.
- Die Folgen des veränderten Wahlverhaltens zeigen sich insbesondere im Bedeutungsverlust der beiden Volksparteien CDU und SPD. Bei der Landtagswahl 1980 entfielen noch über 90 Prozent der Wählerstimmen auf die beiden Parteien. Bei der Landtagswahl 2010 blieben CDU und SPD unter 70 Prozent der Wählerstimmen.

## 4. Verhandlungen, Wahl des Präsidiums, Regierungsbildung

Am Morgen nach der Wahlnacht machten sich die Landesparteivorsitzenden Rüttgers, Pinkwart und Kraft, die zugleich stellvertretende Vorsitzende ihrer jeweiligen Bundespartei waren, auf nach Berlin, um dort das Wahlergebnis und das weitere Procedere zu erörtern – und nach und nach wichen Euphorie der Gewinner und Resignation der Verlierer der nüchternen Erkenntnis, dass keine der im künftigen Landtag vertretenen Parteien ihr Wahlziel und ihre Wahlversprechen uneingeschränkt würde verwirklichen können.

Gleichwohl unterstrichen SPD-Landeschefin Kraft und CDU-Landeschef Rüttgers ihren Anspruch auf Führung der neuen Landesregierung: Hannelore Kraft, weil sie nur so den Wählerwillen respektiert sah; Jürgen Rüttgers, weil seine Partei – wenn auch äußerst knapp und mit gewaltigen Verlusten – die meisten Wählerstimmen bekommen hatte.

Allen Beobachtern war klar, dass eine neue Landesregierung unter diesen Umständen nicht so einfach und nicht so bald ihre Arbeit aufnehmen würde. CDU und FDP konnten dies relativ gelassen hinnehmen: Bis zur Vereidigung einer neuen Regierung blieb die alte geschäftsführend im Amt, zwar ohne Mehrheit im Landtag, doch mit uneingeschränktem Stimmrecht im Bundesrat – was bedeutete: es gab dort weiterhin eine schwarz-gelbe Mehrheit.

Für Verhandlungen der Landesparteien über eine neue Regierung war es nach Meinung der meisten Beteiligten noch zu früh. In Düsseldorf begann deshalb zunächst eine Zeit der Sondierungen. SPD-Chefin Kraft wollte zunächst mit den GRÜNEN, sodann mit der FDP und erst danach gegebenenfalls mit der LINKEN sprechen. FDP-Chef Pinkwart erklärte sich jetzt zwar grundsätzlich bereit zu Gesprächen über eine rot-gelb-grüne „Ampel“-Regierung, doch seien SPD und GRÜNE für die FDP keine Gesprächspartner, solange sie sich eine Koalition mit der LINKEN offenhielten.

SPD und GRÜNE waren sich hierauf schnell einig, gemeinsam ein Sondierungsgespräch mit der LINKEN zu führen. Die nahm das Angebot an; das Treffen fand am 20. Mai in einem Düsseldorfer Hotel statt – und wurde

## Die Wahl

schon nach fünf Stunden beendet: Danach teilte Hannelore Kraft der Presse mit, eine Fortsetzung der Gespräche habe keinen Sinn, und begründete dies u. a. mit Zweifeln am Demokratieverständnis und an der Verfassungsfestigkeit der LINKEN wegen relativierender Äußerungen zur DDR-Vergangenheit. Deshalb wolle die SPD nunmehr mit der CDU reden.

Auch das erste Sondierungsgespräch zwischen SPD und CDU fand in einem Düsseldorfer Hotel statt. CDU-Chef Rüttgers bezeichnete es anschließend als offen und sachlich, ein Ergebnis konnte es aber schon deshalb nicht bringen, da Problemthemen wie Schule und Personalfragen noch ausgeklammert waren. Die zweite Sondierungsrunde über eine mögliche Große Koalition trat am 1. Juni zusammen, und nun stand auch das Thema Bildung auf der Tagesordnung. Diesmal sprach Jürgen Rüttgers von einem „schwierigen Prozess“ wegen „neuer Vorbedingungen“, die die SPD zwischenzeitlich gestellt habe.

Eine neue Lage ergab sich zugleich durch einen Strategiewechsel der FDP, die jetzt doch Gespräche über eine „Ampel“ führen wollte. „In der Pokerpartie in Düsseldorf sitzt die FDP wieder mit am Tisch“, kommentierte die Westfalenpost.

Am Ende der schwarz-roten Sondierungen betonte die CDU die Gemeinsamkeiten, während die SPD die Differenzen hervorhob. Der Bonner *General-Anzeiger* wählte die Überschrift „Große Koalition immer unwahrscheinlicher“, die *WZ* „Gespräche zwischen SPD und CDU sind gescheitert“. So weit aber wollten die Gesprächspartner selbst nicht gehen: Rüttgers bot der SPD neue Gespräche an. Er blieb aber dabei, dass er wieder Ministerpräsident werden wolle, während Hannelore Kraft erklärte, ein glaubwürdiger Neuanfang in NRW müsse auch mit einem personellen Neuanfang verbunden sein.

Zunächst standen jetzt aber die Sondierungsgespräche von SPD und GRÜNEN mit der FDP an. Auch sie verliefen nach Aussage aller Beteiligten offen, sachlich und in guter Atmosphäre, endeten aber am 11. Juni ebenso ergebnislos wie die Treffen mit der CDU und der LINKEN: Es gebe keine tragfähige Grundlage für Koalitionsverhandlungen, erklärte FDP-Chef Pinkwart.



Der 15. Landtag Nordrhein-Westfalen konstituiert sich.

Zwei Tage zuvor, am 9. Juni 2010, war der neue Landtag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten, geleitet von Regina van Dinter, der noch amtierenden Präsidentin des alten Landtags. In ihrer Ansprache wies sie darauf hin, dass diese konstituierende Sitzung sich von allen anderen in über 60 Jahren nordrhein-westfälischer Landesgeschichte unterscheide. Es gebe nicht nur bislang keine Vereinbarung über eine Regierungsbildung, „und es gibt – und das ist wirklich neu – auch noch keine Verabredung der Fraktionen, wie das neue Landtagspräsidium formiert werden soll.“ Auch wenn das alte Landtagspräsidium entsprechend der nordrhein-westfälischen Verfassung die Amtsgeschäfte so lange weiter führe, bis ein neues Präsidium gewählt sei, werde sie, so Regina van Dinter, ihre Amtszeit als Landtagspräsidentin mit dem heutigen Tag beenden. Noch dringender als eine neue Regierung brauchte Nordrhein-Westfalen jetzt also erst einmal einen neuen Landtagspräsidenten. Das Parlament vertagte sich auf Mitte Juli. Die Amtsgeschäfte der Präsidentin übernahm ihr bisheriger Vize, der ehemalige Abgeordnete Edgar Moron von der SPD.

CDU-Chef Rüttgers bot der SPD an, erneut über eine Große Koalition zu reden, doch SPD-Chefin Kraft erteilte ihm eine Absage. Die Bildung einer

## Die Wahl

neuen Landesregierung schien damit in weite Ferne gerückt, und schon wurde in den Medien über Neuwahlen spekuliert. Die aber lehnten CDU und SPD entschieden ab; FDP und LINKE waren ohnehin dagegen: Zu nah bewegten sich beide Parteien in der Nähe der 5-Prozent-Grenze.

Gut einen Monat nach der Landtagswahl schien die nordrhein-westfälische Landespolitik damit in eine Sackgasse geraten zu sein, und die Kontrahenten erweckten den Eindruck, als wollten sie sich auf längere Zeit darauf einrichten: Jürgen Rüttgers ließ erkennen, er werde mit seinen geschäftsführenden schwarz-gelben Ministern bis auf weiteres weitermachen: „Wir werden unser Land gut regieren,“ sagte er der *Rheinischen Post*. Und Hannelore Kraft kündigte an, die SPD werde nun zunächst aus der Opposition heraus die Landespolitik verändern: Einer parlamentarischen Mehrheit etwa zur Abschaffung der Studiengebühren konnte sie schließlich sicher sein.

Besonders unzufrieden mit der Situation zeigten sich die GRÜNEN. Sie drängten die SPD, mit ihnen eine Minderheitsregierung zu versuchen. Bei Stimmenthaltung nur eines einzigen nicht rot-grünen Abgeordneten bestand diese Möglichkeit schließlich. Eine schwarz-gelb-grüne „Jamaika“-Koalition, die letzte noch nicht ausgelotete Möglichkeit der Regierungsbil-



Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann verkünden ihre Bereitschaft, eine Minderheitsregierung zu bilden.

derung, wurde von den GRÜNEN nach wie vor strikt abgelehnt, während die FDP sich jetzt für dieses Experiment nach saarländischem Vorbild aufgeschlossen zeigte.

Neununddreißig Tage nach der Landtagswahl verkündete die SPD-Chefin überraschend, sie sei nun doch für eine rot-grüne Minderheitsregierung. Die CDU erklärte, sie werde keinen Gegenkandidaten aufstellen, wenn Frau Kraft sich zur Wahl für das Ministerpräsidentenamt stelle. Die LINKE erklärte, sie wolle Hannelore Kraft keine Steine in den Weg legen. Damit schien klar, dass Jürgen Rüttgers nur noch bis Mitte Juli im Amt sein würde. Eine Rückkehr des CDU-Chefs in die Rolle des Oppositionsführers kam für ihn nicht in Frage. Er strebe kein neues politisches Amt an, erklärte er. Damit stand nunmehr sein Abschied aus der Landes- und auch aus der Bundespolitik bevor.

Am 22. Juni nominierte die CDU-Fraktion den geschäftsführenden Umweltminister Eckhard Uhlenberg für das vakante Amt des Landtagspräsidenten. Als Partei mit den meisten Wählerstimmen erhob die CDU gemäß einer parlamentarischen Tradition Anspruch auf diesen Posten.

Am 22. Juni begannen auch die Koalitionsverhandlungen von SPD und GRÜNEN. Obwohl beide Parteien sich über die Grundzüge einer gemeinsamen Regierungspolitik seit langem einig waren, ließen sie sich bei der Vorbereitung des umfangreichen Koalitionsvertrags genügend Zeit für die Detailarbeit: Erst am 6. Juli einigten sie sich auf das 88 Seiten starke Regierungsprogramm und über die Aufteilung der Kabinettsposten. Außer dem Namen der designierten sozialdemokratischen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft wurden aber zunächst nur die Namen der den GRÜNEN zugeordneten Minister veröffentlicht: Schulministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin sollte die bisherige Fraktionschefin Sylvia Löhrmann werden, Gesundheitsministerin Löhrmanns bisherige Vertreterin Barbara Steffens, Umweltminister der bisherige parlamentarische Geschäftsführer Johannes Rimmel. Wie die SPD die restlichen Ressorts (Finanzen, Inneres, Justiz, Wirtschaft, Wissenschaft, Arbeit und Integration sowie Familie, Jugend und Kultur) besetzen würde, blieb noch offen.

Als Schwerpunkte nannten Kraft und Löhrmann bei der Vorstellung des Vertrags:

## Die Wahl

- mehr Investitionen in Bildung mit weitgehender Gebührenbefreiung vom Kindergarten bis zum Studium;
- Landeshilfe in Milliardenhöhe zur Entlastung hoch verschuldeter Kommunen;
- ein Programm „Soziale Arbeitsmarktpolitik“ zur dauerhaften Beschäftigung von Menschen, die sonst keinen Job finden würden;
- ein eigenes Klimaschutzgesetz für NRW, das erneuerbaren Energien den Vorrang gibt.

Nachdem Parteitage der rot-grünen Koalitionspartner den Vertrag bei nur zwei grünen Gegenstimmen gebilligt hatten und dieser von beiden Seiten unterzeichnet war, wurde auch die letzte Hürde für die Wahl Hannelore Krafts zur neuen Regierungschefin genommen: Die LINKE beschloss, sich bei der Ministerpräsidentenwahl im Landtag zu enthalten. Bei der Stimmverteilung im Landtag NRW – SPD und GRÜNE zusammen 90, CDU und FDP zusammen 80, bei 11 Stimmen der LINKEN – war deshalb davon auszugehen, dass Hannelore Kraft mehr Ja- als Nein-Stimmen erhalten würde. Sie würde damit die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreichen



Das Präsidium des Landtags Nordrhein-Westfalen (von links): Gunhild Böh, 4. Vizepräsidentin (Die LINKE); Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg (CDU), Carina Gödecke, 1. Vizepräsidentin (SPD), Oliver Keymis, 2. Vizepräsident (GRÜNE), Angela Freimuth, 3. Vizepräsidentin (FDP)



und wäre nach den Bestimmungen der Landesverfassung im 2. Wahlgang gewählt. Im 1. Wahlgang hingegen würden die 90 Stimmen von SPD und GRÜNEN nicht ausreichen, da in diesem die absolute Mehrheit der Abgeordneten erforderlich ist. Für den 15. Landtag NRW mit 181 Abgeordneten bedeutet das eine Mindeststimmenzahl von 91.

Am 13. Juli wurde Eckhard Uhlenberg von 87,3 % der Abgeordneten zum neuen Landtagspräsidenten gewählt. Neun der 181 Parlamentarier stimmten gegen ihn, 14 enthielten sich der Stimme. Zu den ersten drei Stellvertretern Uhlenbergs wählte der Landtag Carina Gödecke (SPD), Oliver Leymis (GRÜNE) und Angela Freimuth (FDP). Die Kandidatin der LINKEN, Gunhild Böth, wurde erst im zweiten Anlauf zur vierten stellvertretenden Präsidentin gewählt.

Am Tag darauf leitete der neue Präsident die historische Plenarsitzung, in der ein nordrhein-westfälischer Landtag mit Hannelore Kraft erstmals eine Frau an die Spitze der Landesregierung wählte. Sie erhielt erwartungsgemäß im zweiten Wahlgang die 90 Stimmen – vermutlich von ihren neuen Regierungsfractionen; es gab 11 Enthaltungen (offenbar der LINKEN) und 80 Gegenstimmen (wohl von CDU und FDP). Alle Landtagsmitglieder hatten bei der geheimen Wahl offensichtlich so abgestimmt, wie sie es angekündigt hatten – was keine Selbstverständlichkeit war, wie sich in Hessen und Schleswig-Holstein gezeigt hatte.

Die frisch gewählte und von Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg vereidigte Ministerpräsidentin dankte ihrem Vorgänger Jürgen Rüttgers für seinen Einsatz für Nordrhein-Westfalen und überreichte



Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg vereidigt Ministerpräsidentin Hannelore Kraft.

## Die Wahl



Das Kabinett Kraft (von links): Justizminister Thomas Kutschaty; Minister für Inneres und Kommunales Ralf Jäger; Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport Ute Schäfer; Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter Barbara Steffens; Ministerin für Schule und Weiterbildung Sylvia Löhrmann; Ministerpräsidentin Hannelore Kraft; Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung Svenja Schulze; Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz Johannes Remmel; Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr Harry Kurt Voigtberger; Minister für Arbeit, Integration und Soziales Guntram Schneider; Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien Dr. Angelica Schwall-Düren; Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans.

ihm einen Blumenstrauß. „Mit jetzt fünf Fraktionen im Landtag wird Mehrheitsbildung schwieriger werden,“ sagte die neue Regierungschefin und lud alle Fraktionen ein, sich bei der Erarbeitung und Verabschiedung von Gesetzen zu beteiligen.

Tags darauf wurden die Ministerinnen und Minister vereidigt, und die Öffentlichkeit erfuhr nun auch die Namen der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder: Finanzminister wurde der Kölner Wirtschaftsdezernent Norbert Walter-Borjans, Arbeits- und Integrationsminister der bisherige DGB-Landeschef Guntram Schneider. Angelica Schwall-Düren, bisher stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, wurde Ministerin für Medien, Bundesangelegenheiten und Europa. Das Innenministerium übernahm der bisherige Landtagsfraktionsvize Ralf Jäger, das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bau und Verkehr Harry Kurt Voigtberger, bisher Direktor des Landschaftsverbands Rheinland. Justizminister wurde

der Landtagsabgeordnete Thomas Kutschaty, das Ressort Wissenschaft und Forschung ging an die Landtagsabgeordnete Svenja Schulze. Der Bildungspolitikerin Ute Schäfer wurde der Bereich Familie, Kultur und Sport übertragen.

Damit stehen mit Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann erstmals zwei Frauen an der Spitze der Landesregierung. Ungewöhnlich ist auch, dass ein deutsches Kabinett zur Hälfte aus Frauen besteht. „Kraft achtet streng auf Proporz“ lautete die Überschrift im *Kölner Stadt-Anzeiger*. Der Bonner *General-Anzeiger* sah „Frauen an der Macht“. Und die *taz* berichtete über „Krafts Quotenkabinett“.

Gespannt blicken nicht nur die Menschen in Nordrhein-Westfalen nach Düsseldorf: Eine Koalition, der genau eine Stimme im Parlament zur Mehrheit fehlt, steht einer gespaltenen Opposition aus bürgerlichem Lager und LINKEN gegenüber, die zusammen genau eine Stimme mehr als SPD und GRÜNE haben. Würde sich so überhaupt regieren lassen? SPD und GRÜNE waren dazu entschlossen – die anderen Parteien zeigten sich ebenso entschlossen, es der Regierung nicht leicht zu machen. Dem Land steht wohl keine einfache, aber eine politisch hochinteressante Zeit bevor.



Die Abgeordneten des 15. Landtags Nordrhein-Westfalen bei einer Abstimmung

## IV. Dokumentation

### 1. Rückblick auf die Wahlperiode 2005 bis 2010

#### Jahresrückblick 2005 (aus Landtag intern)

Alles neu macht der Mai! Die Wahl war sicher das einschneidenste Ereignis im politischen Landeskalendar des Jahres 2005. Aber auch sonst dürften die letzten zwölf Monate als die wohl seit langem spannendsten in die Geschichte des Landtages eingehen. Ein paar Schlaglichter.

#### Januar

Halbmast vor dem Parlament: Der Landtag trauert mit den Opfern der Tsunami-Katastrophe in Südostasien. Und zeigt sich beeindruckt von der Hilfsbereitschaft der Menschen in Nordrhein-Westfalen. „Bewahren Sie dieses Mitgefühl auch für die, die nicht im Rampenlicht stehen“, appelliert Landtagspräsident Ulrich Schmidt bei einer Gedenkminute im Plenum. Dort geht es auch um die Folgen, die für den heimischen Katastrophenschutz zu ziehen sind.

Ganz bescheiden, „wohltuend unpräzise“ kommt Bundespräsident Professor Dr. Horst Köhler zum Antrittsbesuch in den Landtag – zu Fuß. Dabei hat der erste Mann im Staate deutliche Worte im Gepäck: Über den beispielhaften Aufbruchgeist der „Malocher der Kohle- und Stahlzeit“, aber auch die Bedeutung der Landesparlamente und die Krise der Glaubwürdigkeit von Politik.

#### Februar

Modellprojekt NRW – in erster Lesung diskutiert das Parlament ein neues Abgeordnetengesetz. Strengere Regeln für Nebenjobs und mehr Kontrolle durch das Präsidium; verbunden mit einer neuen Struktur bei den Diäten und deren Steuerpflicht wollen die Abgeordneten bundesweit ein Beispiel geben. Manchem geht die Regelung jedoch noch nicht weit genug: Die Grünen fordern die vollständige Offenlegung aller Einkünfte der Volksvertreter.

60 Jahre Befreiung des Konzentrationslager Auschwitz – in Düsseldorf Anlass für einen kritischen Blick auf Gegenwart und Zukunft. Der ehema-

lige israelische Botschafter Avi Primor lobt bei der Landtags-Gedenkstunde die deutsche Erinnerungskultur.

Mit 117 zu 110 Stimmen verabschiedet der Landtag das neue Schulgesetz. Damit werden in NRW das Abitur nach zwölf Jahren, zentrale Prüfungen und Verbundschulen Realität. Für Aufregung sorgen Pläne der Landesregierung für eine neue Struktur der Polizei.

### **März**

Erstmals sind in NRW mehr als eine Million Menschen arbeitslos. In einer Sondersitzung diskutiert das Parlament über Ursachen und notwendige Konsequenzen. Während SPD-Fraktionschef Edgar Moron auf die Wirkungen von Agenda 2010 und Hartz-Gesetzen setzt, wirft Oppositionsführer Jürgen Rüttgers (CDU) der Landesregierung Wirklichkeitsverlust vor.

Nach einer vom Vorwahlkampf bestimmten Debatte verabschiedet der Landtag den Nachtragshaushalt. Der Ausschuss für Städtebau setzt sich in einer Sondersitzung mit den Korruptionsvorgängen in der landeseigenen LEG auseinander. Und im Plenum sorgen bildungspolitische Themen wie Studiengebühren und Studienkonto für heftige Diskussionen, ebenso wie die Absicht, das Halbjahreszeugnis der dritten Klasse abzuschaffen.

### **April**

„Die Pflege darf nicht zum Pflegefall werden.“ Nach drei Jahren Arbeit stellt die Enquetekommission „Zukunft der Pflege“ ihren Abschlussbericht vor. Über 160 Handlungsempfehlungen hat das Expertengremium erarbeitet. Derzeit sind 495.000 Menschen in NRW pflegebedürftig, 2040 werden es trotz sinkender Gesamtbevölkerungszahl schätzungsweise 659.000 sein.

Begeistert sind Politiker aller Fraktionen vom Erfolg der Stadt Essen: Stellvertretend für das Ruhrgebiet hat Essen es in die Finalrunde „Kulturhauptstadt 2010“ geschafft. „Ein Riesengewinn für das Ruhrgebiet.“

### **Mai**

NRW wählt den Wechsel – und leitet gleichzeitig den Regierungswechsel in Berlin ein. 1.400 Journalisten aus aller Welt berichten am 22. Mai über einen Wahlabend der Superlative aus der Volksvertretung am Rheinufer.

## Dokumentation

44,8 Prozent der Wahlberechtigten sprechen der CDU das Vertrauen aus. Die SPD von Ministerpräsident Peer Steinbrück kommt auf 37,1 Prozent, Grüne und FDP erhalten am Ende je 6,2 Prozent. Die Nachricht des Abends kommt dann aus Berlin: SPD-Chef Franz Müntefering kündigt völlig überraschend vorgezogene Bundestagswahlen an.

Mit der Legislatur endet auch die Arbeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu „Missständen in Landesgesellschaften“. Während die scheidende Koalition von „außer Spesen nichts gewesen“ spricht, sehen CDU und FDP ihre Vorwürfe bestätigt.

**Juni**

„Wir sind gewählt, nicht erwählt“, gibt Regina van Dinter in der konstituierenden Sitzung einem auf 187 Abgeordnete verkleinerten Parlament mit auf den Weg. Die Hattinger Christdemokratin ist die neue Landtagspräsidentin. Ihren Eid leistet sie getreu der Landesverfassung, die in diesem Monat übrigens 55 Jahre alt wird. Stellvertreter der Präsidentin in der neuen Wahlperiode sind Angela Freimuth (FDP), Edgar Moron (SPD) und Dr. Michael Vesper (GRÜNE).

Tage später spricht Jürgen Rüttgers (CDU) inmitten der Abgeordneten den Amtseid. 300 Ehrengäste und ein Dutzend Kamerateams werden Zeuge, wie nach 39 Jahren ein CDU-Politiker wieder Ministerpräsident in NRW wird. Der empfindet angesichts des besonderen Momentes „Freude, Dankbarkeit und Demut“. Zu den ersten Gratulanten nach der Wahl gehört sein Amtsvorgänger Peer Steinbrück.

**Juli**

„Ein Land der neuen Chancen“ – so umreißt der frisch gekürte Ministerpräsident Vorstellungen und Ziele seiner Regierungsarbeit. Und spricht von einem anstrengenden Weg, der Opfer kosten werde – „und jeder wird es merken“. Oppositionsführerin Hannelore Kraft (SPD) hingegen redet von einem „Dokument der Enttäuschung“, wirft dem neuen Ministerpräsidenten vor, schon kurz nach der Wahl die gegebenen Wahlversprechen nicht einhalten zu können.

In Schweigeminuten trauert das Parlament um die Opfer der Anschläge von London.

Im Landtag nehmen 18 neu gebildete Ausschüsse ihre Arbeit auf. Die Debatte um eine Erhöhung der Mehrwertsteuer gibt einen ersten Vorge-schmack auf den Bundestagswahlkampf.

### **August**

Die Jugend der Welt kommt nach Nordrhein-Westfalen. Und auch der Landtag öffnet zum Weltjugendtag seine Pforten. Zwei Tage lang diskutieren Politiker und Kirchenvertreter mit den jungen Menschen. Im Namen aller Abgeordneten begrüßt Regina van Dinther Papst Benedikt XVI. bei seiner Ankunft in Köln, dem Ziel seiner ersten Auslandsreise. Beeindruckende Abschlussfeier auf dem Marienfeld.

### **September**

Mit Spannung blickt man in NRW auf das, was der Wähler der Bundespolitik beschert hat. Während sich in Berlin die ersten zaghaften Sondierungsgespräche beginnen, stellen in Düsseldorf die Minister in den Fach-ausschüssen ihr Arbeitsprogramm vor.

Die Verkaufspläne der LEG sorgen im Plenum für ebenso heiße Debatten wie fehlende Lehrerstellen und der Nachtragshaushalt. Während Finanzminister Linssen von der Schlussbilanz der alten Regierung, dem Ende von Schattenhaushalten und finanziellen Schlaglöchern spricht, kritisiert die Opposition „stille Reserven“ für Nachwahlgeschenke und 91 neue Stellen in den Ministerien.

### **Oktober**

100 Tage Schwarz-Gelb, die übliche Schonfrist ist vorbei. Im Plenum ziehen die Parteien erste Bilanz der neuen Regierung Rüttgers. Für Verwirrung sorgen kurzzeitig widersprüchliche Aussagen des Ministerpräsidenten rund um drohende Schulschließungen.

Im Bauausschuss demonstrieren drei Dutzend Bürger gegen befürchtete Abstriche beim Mieterschutz. Der Gesundheitsausschuss muss sich Mitte des Monats mit unerfreulichen Themen wie Vogelgrippe, Schweinepest und Fleischskandal beschäftigen.

## Dokumentation

**November**

Nicht nur die raketengleich gestiegenen Spritpreise sind Grund für mehrere Debatten rund um das Thema Verkehrspolitik. Einmütig sprechen sich die Fraktionen gegen die Pkw-Maut aus. Keine Mehrheit bekommt im Verkehrsausschuss ein Antrag der Grünen, gegen Maut-Ausweichverkehr vorzugehen. Mit einer Kampagne will das Land die Treibstoffalternative Erdgas fördern.

Während die Debatte um den Nachtragshaushalt in die nächste Runde geht, das Thema Kopftuchverbot den Landtag beschäftigt, wird es im Plenarsaal harmonisch: Die Vereinigung ehemaliger Landtagsabgeordneter feiert ihren 25. Geburtstag.

**Dezember**

Der Skandal um verdorbenes Fleisch verfolgt die Landespolitik bis in die Weihnachtszeit. Dabei geht es auch um die Kontrollstrukturen auf Landesebene, die nach Meinung des zuständigen Ministers grundsätzlich funktioniert haben.

Schneechaos im Münsterland und die Nachwirkungen des tagelangen Stromausfalls im Plenum und den Ausschüssen: Wer trägt die Verantwortung, wer ersetzt die Schäden und wer kontrolliert künftig die Sicherheit der Netze, lauten wichtige Fragen.

In der Sache einig, aber uneinig über den richtigen Weg, präsentierte sich das Parlament im Kampf gegen die Immunschwäche HIV. Zum Welt-Aidstag debattiert der Landtag konkurrierende Anträge von Koalition und Opposition. Einig sind sich die Fraktionen, dass gegen die wachsende Zahl von Neuinfektionen dringend etwas getan werden muss.

**Jahresrückblick 2006 (aus Landtag intern)**

60 Jahre und kein Stück leise: Für das nordrhein-westfälische Landesparlament trifft das allemal zu – zum Glück! Dazu beigetragen haben nicht zuletzt die Regionalabende, bei denen sich sieben Regionen des Landes im Rahmen einer Leistungsschau im Parlament vorgestellt haben. Doch auch



sonst neigt sich für die Volksvertretung ein ereignisreiches Jahr dem Ende zu. Einige Schlaglichter:

### **Januar**

Mit Trauer und Bestürzung reagiert der Landtag auf die Nachricht vom Tode von Johannes Rau. Dieser war wenige Tage nach Vollendung seines 75. Lebensjahrs verstorben. „Mit Johannes Rau verliert die Bundesrepublik und das Land NRW eine große und über alle Grenzen geliebte Persönlichkeit“, so Landtagspräsidentin Regina van Dinkerhoff. Später nehmen Landtag und Landesregierung in einem bewegenden Staatsakt in der Düsseldorfer Tonhalle Abschied von Johannes Rau. 2.000 Gäste erheben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen und verweilen im stillen Gedenken.

Familienpolitik boomt: Vorschläge aus Berlin zu Elterngeld, kostenlosen Kindergartenplätzen und steuerlicher Absetzbarkeit von Haushaltshilfen erreichen auch den Landtag. In einer Aktuellen Stunde debattiert das Parlament über die Zukunft der Familienpolitik in NRW. Zudem gibt Familienminister Armin Laschet (CDU) im Ausschuss den Startschuss für ein Pilotprojekt bekannt: Kindertageseinrichtungen sollen zu Familienzentren weiterentwickelt werden. Die Opposition spricht von einer „Mogelpackung“.

Für Zuversicht sorgt ein Bericht des Rheinisch- Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI): Mit der NRW-Wirtschaft gehe es bergauf. Koalition und Opposition erklären jeweils die eigene Politik dafür verantwortlich.

### **Februar**

Selten herrscht im Landtag so viel Eintracht: Dreigestirne und Prinzenpaare aus ganz NRW folgen der Einladung der Landtagspräsidentin und verwandeln das Parlamentsgebäude fraktionsübergreifend in eine Karnevalshochburg.

Doch die Eintracht ist nicht von langer Dauer: In einer emotionsgeladenen Debatte diskutiert der Landtag über die von der Landesregierung angekündigte Reform der Gemeindeordnung. Insbesondere eine Amtszeitverlängerung der Bürgermeister auf acht Jahre stößt bei der Opposition auf Ablehnung.

## Dokumentation

„Eine Kultur des Verzichts“ fordert Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU), als er dem Landtag den ersten schwarz-gelben Etatentwurf für das laufende Jahr vorstellt. Die Opposition kritisiert Kürzungen im Jugendbereich.

**März**

Die Angst vor der Vogelgrippe erreicht den Landtag: Wenige Tage nach der Hiobsbotschaft von erkrankten Tieren auf der Insel Rügen geht das Parlament der Frage nach, ob NRW im Fall einer Ausweitung der Seuche ausreichend vorbereitet ist. Die Aussprache ist sachlich und fernab aller politischen Lagerkämpfe.

Nach langem Ringen verabschiedet der Landtag in dritter Lesung das „Gesetz zur Sicherung der Finanzierungsgerechtigkeit im Hochschulwesen“. Im Klartext: Ab Wintersemester 2006/2007 können die NRW-Hochschulen von Studienanfängern bis zu 500 Euro Semestergebühren verlangen. Das Geld soll den Hochschulen zufließen und zur Verbesserung der Studienbedingungen beitragen.

Ein Hauch von „Jamaika-Koalition“: CDU, FDP und GRÜNE bringen gemeinsamen einen Eilantrag ein, in dem sie detaillierte Angaben zu den Kosten eines möglichen Ausstiegs aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau fordern. Die SPD stimmt gegen den Antrag.

**April**

Mit dem Tod von Paul Spiegel, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, verliert das Land NRW eine weitere große Persönlichkeit in diesem Jahr. In einer bewegenden Gedenkfeier nimmt der Landtag Abschied. „Er war ein Freund Nordrhein-Westfalens, sein Rat war uns immer willkommen“, so die Präsidentin.

Die Vorfälle an der Berliner Rütli-Schule veranlassen den Landtag, das Thema Gewalt an Schulen in einer Aktuellen Stunde zu behandeln. Unter der Überschrift „Perspektiven für alle Schüler schaffen – Hauptschulen stärken“ diskutieren die Abgeordneten über die Zukunft der Hauptschulen in NRW.

2006

## Mai

Nach einem Redemarathon zur zweiten Lesung sowie nach heftigen Auseinandersetzungen und Geschäftsordnungsdebatten verabschiedet der Landtag den Haushalt für das laufende Jahr in dritter Lesung. Die Opposition kann sich mit Änderungsanträgen nicht durchsetzen.

An einem Stück Stoff scheiden sich die Geister: Nach langen Debatten, Ausschussberatungen und Anhörungen verabschiedet der Landtag das so genannte „Kopftuchverbot“ für muslimische Lehrerinnen an NRW-Schulen – gegen die Stimmen der Opposition. Diese spricht von „fehlgeleiteter Integrationspolitik“.

Der Landtag im WM-Rausch: Getreu dem Motto „Die Welt zu Gast bei Freunden“ lädt das Parlament zu einem bunten WM-Abend in den Landtag ein. Rund 700 Gäste, darunter Fußballer und Funktionäre, folgen der Einladung. Gleichzeitig nimmt das Parlament die WM zum Anlass, um sein Nein zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu bekräftigen.

## Juni

Eine weitere Schlacht ist geschlagen: Trotz erbitterten Widerstands der Opposition bringt der Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP ein neues Schulgesetz auf den Weg.

Immer neue Funde von „Gammelfleisch“ lassen den Ruf nach härteren Strafen laut werden. Der Umweltausschuss lädt Experten in den Landtag, um Fragen zu staatlichen Kontrollmaßnahmen, zur Strafverfolgung und zur Transparenz in der Branche zu klären.

Eine Streitschrift des RWI zum Thema Steinkohlesubventionen erhitzt die Gemüter im Landtag: Während CDU und FDP von einer wissenschaftlich fundierten Studie sprechen, mutmaßt die SPD, dass es sich um ein „Gefälligkeitsgutachten“ handelt. Kontroverse Debatte.

## Juli

Parlamentsferien, doch von Ruhe keine Spur: Die Bürgerhalle des Landtags ist eine Großbaustelle. Grund ist eine undichte Sprinkleranlage. Immer wieder tropfte Wasser durch die Foyerdecke. Darüber hinaus erhält der

Dokumentation

2006

Landtag einen neuen Zugangsbereich. Dieser entspricht neuesten Sicherheitsstandards und ist deutlich bürgerfreundlicher.

**August**

Ein Volksfest im besten Sinne: Anlässlich des 60. Jubiläums von Landtag und Land strömen Jung und Alt in Scharen zur Bürgermeile entlang des Düsseldorfer Rheinufer. Weit über 60.000 Besucher nehmen an diesem Wochenende auch die Volksvertretung voller Interesse und Neugier unter die Lupe: Neuer Besucherrekord!

„Geld für Begehrlichkeiten“ habe er nicht zu verteilen, so die Ansage des Finanzministers, als er den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2007 in erster Lesung einbringt. CDU und FDP räumen dem Konsolidierungskurs weiterhin oberste Priorität ein. Die Opposition kritisiert Kürzungen im Sozialbereich.

Um der Bedrohung durch so genannte „home-grown terrorists“ besser begegnen zu können, plant die Landesregierung, die Befugnisse des Verfassungsschutzes auszuweiten und stellt dem Landtag in erster Lesung den Entwurf eines geänderten Verfassungsschutzgesetzes vor. Während CDU und FDP den Entwurf grundsätzlich begrüßen, fürchtet die Opposition zu weitreichende Eingriffe in die Bürgerrechte.

**September**

Geschmacklos, geruchlos, krebserregend: Die Rede ist von PFT, einer Industriechemikalie, die in Teilen Nordrhein- Westfalens in erhöhter Konzentration im Trinkwasser auftritt. Auch der Landtag beschäftigt sich in zahlreichen Plenar- und Ausschusssitzungen mit dem Umweltskandal und fordert schnelle Aufklärung und Maßnahmen zur Eindämmung der Verunreinigung.

Ein Gütesiegel für Schulen, die sich intensiv um die individuelle Förderung der Schüler bemühen: Das Für und Wider dieser Idee der Schulministerin Barbara Sommer (CDU) erörtert der Landtag in einer Aktuellen Stunde. Die Regierung setze damit auf Auslese statt auf den flächendeckenden Ausbau der individuellen Förderung, kritisieren SPD und GRÜNE.

Politik auf einen Klick: Die Parlamentszeitschrift „Landtag intern“ startet mit einem neuen Onlineportal. Artikel der aktuellen wie auch früherer Ausgaben lassen sich bequem und einfach über das Artikel-Archiv im Internet abrufen. Die Adresse: [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de)

### **Oktober**

Verbesserung oder Rückschritt? Darüber streiten die Abgeordneten im Düsseldorfer Parlament bis zuletzt. Schließlich verabschiedet der Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP das Hochschulfreiheitsgesetz. Damit können die Hochschulen in NRW als Körperschaften öffentlichen Rechts künftig eigenständig Finanz-, Personal- und Organisationsentscheidungen treffen. Die Opposition will, dass der Staat hier die Verantwortung behält.

In lebhafter Debatte beschäftigt sich der Landtag mit dem von der Landesregierung geplanten Verkauf der LEG-Wohnungen an einen Großinvestor. Die Koalition weist die Sorge der Opposition, die Mieterrechte blieben bei dem Verkauf auf der Strecke, als unbegründet zurück.

Festlicher Höhepunkt im runden Geburtstagsjahr von Land und Landtag: Unter der imposanten Kuppel der Tonhalle kommen Spitzen des Landes, Gäste der Bundespolitik und „ganz einfache Leute“ zu einem Festakt zusammen. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesfinanzminister Peer Steinbrück zählen zu den Festrednern.

### **November**

Als zweites Bundesland nach Berlin gibt NRW die Ladenöffnungszeiten an Werktagen vollkommen frei. Der Landtag verabschiedet das Ladenöffnungsgesetz in dritter Lesung. Befürworter sprechen von einer längst überfälligen Liberalisierung, während Gegner Nachteile für die Arbeitnehmer fürchten.

Die grausame Ermordung eines 21-jährigen Häftlings durch Mithäftlinge in der JVA Siegburg beschäftigt den Rechtsausschuss in mehreren Sitzungen und Sondersitzungen. Während die Justizministerin eine lückenlose Aufklärung des Verbrechens ankündigt, fordert die Opposition den Rücktritt der Ministerin.

In einer Schweigeminute gedenkt das Parlament des ehemaligen Landtagspräsidenten John van Nes Ziegler, der am 14. November im Alter von 85

Dokumentation

Jahren in seiner Heimatstadt Köln verstorben ist. Die Landtagspräsidentin erinnert in ihrer Ansprache an das große Lebenswerk des Politikers.

Auch bei der Debatte über das Nachtragshaushaltsgesetz 2006 bleibt die Landesregierung ihrem Konsolidierungskurs treu – trotz sprudelnder Steuereinnahmen. Die Regierung spare an den falschen Stellen, lautet der Vorwurf der Opposition.

### **Dezember**

Die Zukunft der Steinkohle in NRW ist und bleibt ein heftig diskutiertes Thema im Landtag: Im Rahmen einer Aktuellen Stunde geht die Debatte in eine weitere Runde. Während die SPD für das Land einen bleibenden Sockelbergbau fordert, lehnen die Regierungsfractionen sowie die Grünen den dauerhaften heimischen Steinkohlenabbau mit Blick auf die hohen Subventionszahlungen ab.

Erwartungsgemäß hoch her geht es bei der Debatte zur zweiten Lesung des Haushaltsgesetzes 2007. Die dritte Lesung ist im Januar 2007.

### **Jahresrückblick 2007 (aus Landtag intern)**

Für die 187 Abgeordneten sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und der Landtagsverwaltung neigt sich ein ereignisreiches Jahr dem Ende zu. „Landtag intern“ nennt ein paar Schlaglichter:

#### **Januar**

Der Landtag verabschiedet den Haushalt 2007: Während die Regierungsfractionen die Tilgung des Schuldenbergs zum vorrangigen Ziel ihrer Haushaltspolitik erklären, lehnen die Oppositionsfractionen den Etat als unsozial ab und fordern Umschichtungen.

„Giftig“ geht es auch im Umweltausschuss zu: Die geplante Entsorgung von 11.000 Tonnen australischen Giftmülls in Verbrennungsanlagen in NRW sorgt bei Abgeordneten und Öffentlichkeit für Unmut. Allerdings scheinen die Möglichkeiten der Politik begrenzt, solche Müllimporte künftig verhindern zu können.

Mit „Kyrill“ zieht einer der schlimmsten Orkane seit Jahrzehnten durch NRW und hinterlässt eine Spur der Verwüstung. Wenige Tage nach dem Unwetter zieht das Parlament Bilanz. Diese fällt verheerend aus: Sechs Tote, 150 Verletzte, 25 Millionen umgeknickte Bäume – ein Milliarden Schaden. Abgeordnete aller Fraktionen danken den Helfern für ihren selbstlosen Einsatz und fordern schnelle und unbürokratische Hilfe für die Geschädigten.

### **Februar**

Zwei Tage im Zeichen der Steinkohle: Während in Berlin Politiker aus Land und Bund, Gewerkschaft und Unternehmensvertreter zum „Kohlegipfel“ zusammentreffen, debattiert der Landtag unter dem Titel „Neue Chancen für NRW – Ende des Steinkohlenbergbaus in Deutschland“. Einen Tag später stehen die Ergebnisse des Gipfeltreffens fest und der Landtag tritt erneut zu einer Sondersitzung zusammen. Ergebnis des Treffens in Berlin: NRW wird den subventionierten Steinkohlenbergbau Ende 2014 einstellen, 2018 folgt der Bund. Während CDU, FDP und GRÜNE von einer „historischen Stunde für NRW“ sprechen, wirft die SPD der Landesregierung vor, die Tür zu den heimischen Lagerstätten ein für alle Mal zu verschließen.

Der Bericht des Klimarats der Vereinten Nationen zum Klimawandel schreckt die Menschen auch hierzulande auf. Die GRÜNE-Fraktion fordert daraufhin die Landesregierung in einer Aktuelle Stunde auf, darzulegen, wie sie künftig auf die Herausforderungen des Klimaschutzes reagieren wolle.

### **März**

Die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik 2006 – kurz PKS – sorgt für Zündstoff im Landtag: Für den in manchen Bereichen zu verzeichnenden Rückgang von Straftaten und eine gestiegene Aufklärungsquote machen CDU und FDP die Politik der Landesregierung verantwortlich. SPD und GRÜNE teilen diese Einschätzung nicht. Man dürfe sich nicht nur die Rosinen der PKS herauspicken. Schließlich sei die Zahl der Mordfälle um mehr als neun Prozent gestiegen.

Die SPD-Fraktion wagt einen Vorstoß gegen Tabakqualm und bringt einen eigenen Gesetzentwurf zum Passivraucherschutz in den Landtag ein. Dieser sorgt für ein hitziges Wortgefecht. Zentraler Streitpunkt ist die Regelung

## Dokumentation

für Kneipen und Gaststätten. Während die Oppositionsfraktionen auf ein ausnahmsloses Rauchverbot pochen, warnen die Liberalen vor „Überregulierung“.

Nach dem Willen der Landesregierung haben die Wählerinnen und Wähler ab der kommenden Landtagswahl zwei Stimmen – eine für den Wahlkreis-kandidaten, die andere für eine Partei. Das bringe „ein Mehr an Demokratie“, sind sich CDU, FDP und GRÜNE einig. Anders sieht das die SPD: Wenn schon ein Mehr an Teilhabe angestrebt werde, warum dann nicht das Wahlalter auf 16 Jahre herabsetzen?

### April

So mancher Raucher hofft auf einen Aprilscherz – vergebens: Um die Nicht-raucher zu schützen, herrscht im Hohen Haus seit 1. April Rauchverbot. Für diejenigen, die es partout nicht lassen können, werden im Gebäude drei Raucherkabinen aufgestellt, die den Zigarettenrauch absaugen und schädliche Stoffe herausfiltern.

Die krisenerprobte WestLB gerät erneut in die Schlagzeilen: Die Affäre um fehlgeschlagene Aktienspekulationen und Millionenverluste der Bank rufen den Finanzausschuss auf den Plan. In der Hoffnung, neue Details aus erster Hand zu erfahren, lädt der Ausschuss den WestLB-Chef Dr. Thomas Fischer in die Sitzung ein. Ihm und dem gesamten Vorstand werden gravierende Fehler bei der Risikokontrolle vorgeworfen. Drei Monate später wird er aufgrund dieser Fehler entlassen.

### Mai

Sechs Monate nach dem Foltermord an einem 20-jährigen Häftling der JVA Siegburg durch drei Mithäftlinge tritt der von der SPD-Fraktion beantragte Parlamentarische Untersuchungsausschuss erstmalig zusammen. Der Ausschuss soll die Umstände, die zum Tod des jungen Mannes führten, sowie die Situation im Strafvollzug im Allgemeinen aufklären.

An den Ergebnissen der Sprachstandserhebungen für Vierjährige scheiden sich die Geister: Ziel der Tests sei es, Kinder mit Sprachdefiziten so früh wie möglich zu fördern, so die Regierung. Die Opposition hingegen erhebt den Vorwurf, ein ganzer Jahrgang von Vierjährigen sei als Versuchskaninchen



missbraucht worden. Die Sprachstandserhebung sei weniger ein Sprach- als viel mehr ein „Stresstest“ für die Kinder.

Das Land plant Personalabbau im öffentlichen Dienst: Rund 12.000 Stellen will die Regierung über ein „Personaleinsatzmanagement“ künftig einsparen. In einer gemeinsamen Anhörung des Haushalts- und des Innenausschusses holt sich der Landtag die Meinungen von Sachverständigen aus NRW, Berlin sowie aus Hessen und Mecklenburg-Vorpommern ein.

## Juni

Kurz vor Ferienbeginn bringt die Landesregierung ihren Entwurf eines Kinderbildungsgesetzes in den Landtag ein – vielen besser bekannt als „KiBiz“. Kaum ein anderer Gesetzentwurf ruft so kontroverse und langwierige Debatten in und außerhalb des Landtags hervor. Während die Regierung eine grundlegende Reform und Ausweitung des vorschulischen Bildungs- und Betreuungsangebots in Aussicht stellt, spricht die Opposition von einer „Mogelpackung“. Das Gesetz werde den pädagogischen Ansprüchen nicht gerecht und führe zu einer reinen Verwahrung nach dem Motto: sauber, satt, trocken.

Die gemeinsame Sorge um das Klima veranlasst alle Fraktionen im Landtag dazu, Anträge für eine Aktuelle Stunde zu stellen. Bei der Debatte steht eine Frage im Zentrum: Wie vertragen sich die ehrgeizigen Klimaschutzziele der EU mit den Neubauplänen für Braunkohlekraftwerke in NRW? Gar nicht, meinen die Grünen. Die Braunkohlevorkommen seien nun mal einer der wenigen Bodenschätze des Landes, kontert die FDP.

Angst vor Luftverschmutzung ganz andere Art beschäftigt den Landtag wenig später: Der Bau einer 70 Kilometer langen Kohlenmonoxid-Pipeline des Bayer-Konzerns von Dormagen nach Krefeld-Uerdingen bereitet vielen Abgeordneten Bauschmerzen. Bürgerinnen und Bürger fürchten im Unglücks- oder Anschlagfall um ihr Leben. Erste Stimmen nach einem Baustopp werden laut.

Ohne Jugend ist kein Staat zu machen – diesem Grundsatz folgend kommen die Spitzen der Landesparlamente, des Bundestags sowie der österreichischen und des Südtiroler Landtags in Düsseldorf zusammen. Am

## Dokumentation

Ende der dreitägigen Präsidentenkonferenz zieht Gastgeberin Regina van Dinter ein positives Fazit: Mit Aktionen zum Thema „Jugend und Parlament“ wollen die Parlamente das Interesse von jungen Menschen an Politik wecken. Der Landtag NRW geht mit seinen Schulbesuchen mit gutem Beispiel voran.

**Juli**

Sommerpause: Während viele Abgeordnete sich in den Erholungsurlaub verabschieden, werden die Handwerker im Landtagsgebäude aktiv. Die Sitzungsfreie Zeit wird für diverse Instandhaltungsarbeiten im und am Haus genutzt. Unter anderem wird ein Gerüst im Plenarsaal aufgebaut, um die Lichtenanlage zu warten.

**August**

600.000 Menschen besuchen bei strahlendem Sonnenschein den „NRW-Tag“ in Paderborn. Erstmals wird der Landesgeburtstag außerhalb der Hauptstadt Düsseldorf gefeiert.

Das Ringen um den Haushalt 2008 wird mit einem heftigen Schlagabtausch bei der ersten Lesung eingeläutet. Während Schwarz-Gelb erklärt, an ihrem Konsolidierungskurs weiter festhalten zu wollen, lässt Rot-Grün kein gutes Haar an dem Etatentwurf der Landesregierung.

Die „Duisburger Mafiamorde“, bei denen sechs Italiener zwischen 16 und 38 Jahren vor einer Duisburger Pizzeria erschossen werden, beschäftigt wenige Tage später auch den Innenausschuss. In einer Sondersitzung geht der Ausschuss unter anderem folgender Frage nach: Hat es in der Zusammenarbeit zwischen deutscher und italienischer Polizei gehakt und hätte die Bluttat andernfalls verhindert werden können? Das Innenministerium weist diese Vorwürfe als haltlos zurück.

Schule – ein Dauerbrenner im Landtag: Zum einen streiten die Abgeordneten über künftige Schulformen. Während die Koalition am dreigliedrigen Schulsystem festhalten möchte, spricht sich die Opposition für die Gemeinschaftsschule aus. Ein weiterer Streitpunkt ist die von CDU und FDP geforderte Wiedereinführung des Samstagsunterrichts. SPD und GRÜNE lehnen das strikt ab.

## September

Ein wichtiger Monat aus Sicht der Koalition: Trotz vehementer Proteste der Oppositionsfraktionen sowie vieler Betroffener verabschiedet der Landtag das Landespersonalvertretungsgesetz sowie die Novelle der Gemeindeordnung – beide erst in dritter Lesung.

Die Festnahme von drei islamistischen Terrorverdächtigen im Sauerland nimmt der Innenminister zum Anlass, den Landtag über die allgemeine Sicherheitslage in NRW zu unterrichten. Dabei weist er Forderungen nach schärferen Anti-Terror-Gesetzen zurück. Politiker aller Fraktionen loben den Einsatz der Sicherheitsbehörden, durch den mögliche Anschläge vereitelt werden konnten.

## Oktober

Schwere Geburt: Nach monatelangen Debatten ist der Weg frei für das KiBiz. In dritter Lesung verabschiedet der Landtag das Gesetz mit der Mehrheit der Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und GRÜNE.

Über 300 Zuschauer verfolgen eine Mammut-Anhörung im Umweltausschuss. Thema: erneut die Kohlenmonoxid-Pipeline des Bayer-Konzerns. Trotz sechsständiger Debatte bleiben die Fronten zwischen den Sachverständigen verhärtet.

Abgeordnete aller Fraktionen reagieren mit harscher Kritik auf die angekündigte Preiserhöhungsrunde der Stromanbieter: Auf Antrag der Grünen berät das Parlament über politische Maßnahmen, die Preisspirale zu stoppen.

## November

Ein Jahr nach dem Mord in der JVA Siegburg verabschiedet der Landtag das neue Jugendstrafvollzugsgesetz. Die Koalition verspricht mehr Platz, mehr Bildung und mehr Personal. Die Opposition hat ihre Zweifel und hält den geplanten Neuanfang im Jugendstrafvollzug für verfehlt.

Halbzeitpiff: Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zur Zwischenbilanz seiner Regierungsarbeit zieht einen hitzigen Schlagabtausch

## Dokumentation

zwischen Koalitions- und Oppositionsfraktionen nach sich. Den Menschen im Land gehe es besser, urteilt die eine Seite. Die Regierung habe den falschen Kurs für NRW eingeschlagen, sagt die andere.

Neue Veranstaltungsreihe im Landtag: Unter dem Titel „Debatte im Foyer“ lädt die Hausspitze Talk-Gäste zum Thema „Wie viel Sicherheit verträgt die Freiheit – Rechtsstaat versus Präventionsstaat“ ein. Knapp 300 Gäste folgen der Einladung und diskutieren aktiv mit.

### Dezember

Erwartungsgemäß hoch her geht es bei der Debatte zur zweiten Lesung des Haushaltsgesetzes 2008. Endgültig verabschiedet wird es schließlich in dritter Lesung – wenige Tage vor Beginn der Weihnachtspause. Die Raucher im Land müssen sich künftig warm anziehen: Der Landtag verabschiedet in zweiter Lesung das Gesetz der Landesregierung zur Verbesserung des Nichtrauchererschutzes in NRW.

### Jahresrückblick 2008 (aus Landtag intern)

Mit Krisenmanagement beginnt und endet das parlamentarische Jahr 2008. Im Januar muss sich das Landesparlament mit den drohenden Arbeitsplatzverlusten bei Nokia befassen. Gegen Ende des Jahres treibt die Landespolitik die Sorge um, wie stark die Wirtschaft von der Rezession betroffen wird und was mit dem Bochumer Opelwerk geschieht, dem nordrhein-westfälischen Zweigunternehmen des am Abgrund stehenden amerikanischen Autokonzerns General Motors. Aber es dreht sich im Parlament nicht nur um Krisen. Es geht auch und immer wieder um Hochschulen, Schulen, Kindergärten. Weitere wichtige Themen sind Integration, Gesundheitswesen, Altenpflege, die Situation der Behinderten, Arbeitsmarkt, Klimaschutz und Energiepolitik – eben das ganze Spektrum der Parlamentsarbeit.

### Januar

Der finnische Handyhersteller Nokia bleibt bei seinen Schließungsplänen für den Standort Bochum, obwohl der Landtag in einer Aktuellen Stunde an die Konzernspitze appelliert, die Pläne zurückzunehmen. Eine Woche

zuvor sind im Wirtschaftsausschuss die Wellen hochgegangen: Da empörten sich Abgeordnete über die „sachlich nicht nachvollziehbare“ Entscheidung, einzelne riefen zum Boykott von Nokia-Handys auf.

In namentlicher Abstimmung weist die Landtagsmehrheit den Antrag zurück, die umstrittene CO-Pipeline der Firma Bayer von Dormagen nach Uerdingen wegen der möglichen Gefahr für die Bevölkerung nicht in Betrieb zu nehmen.

In einer Aktuellen Stunde wird dem Umweltminister vorgeworfen, Daten über die PFT-Verseuchung an der Ruhr „geschönt“ zu haben. Er habe im Gegenteil umfassend und lückenlos über das Problem informiert, verteidigt sich der Minister. Außerdem debattiert das Plenum über die Antwort auf die Große Anfrage zum Klimaschutz in NRW, ein Thema, um das bis Ende des Jahres immer wieder gerungen wird.

## **Februar**

Im Ruhrgebiet will die Landesregierung aus Rücksicht auf Pendler und Wirtschaft nicht eine große und zusammenhängende, sondern mehrere einzelne Umweltzonen einrichten. Das führe zu „Chaos pur“, urteilt die Opposition. Die Umweltzone Ruhr steht dann Anfang Juni im Zentrum einer Anhörung im Umweltausschuss.

Hängt der Schulerfolg junger Leute davon ab, wie lange sie vor der Spielkonsole sitzen und welche Inhalte sie am PC abrufen? Auf diesen Zusammenhang weist eine Studie hin, die im Landtag zur Sprache kommt. Ein anderes bildungspolitisches Thema sind die umstrittenen Kopfnoten auf den Zeugnissen. In der Folgezeit geht es in der Schulpolitik auch um das „Turbo- Abitur“, das Zentralabitur, den Ausbau des Ganztagsangebots sowie das Problem der Lern- und Sprachstandserhebungen.

## **März**

Mit der Begründung, Wahltermine zu bündeln und die Attraktivität der Kommunalwahlen zu erhöhen, will die Koalition im Land die Kommunalwahl zusammen mit der Europawahl im Juni 2009 durchführen. Das stößt auf Protest der Opposition. Sie weist auf die Folgen für die gewählten Mandatsträger hin und unterstellt der Koalition, sie befürchte, schlecht

## Dokumentation

abzuschneiden. Drei Monate später wird das Gesetz in dritter Lesung mit Landtagsmehrheit angenommen.

In zweiter Lesung verabschiedet das Parlament das novellierte Kunsthochschulgesetz, das bei den Betroffenen auf breite Zustimmung gestoßen ist. In Anlehnung an die übrige Hochschulgesetzgebung werden die Kunsthochschulen des Landes von Regularien befreit und erhalten größere Autonomie in Organisation, Studium und beim Personal.

**April**

Wird in NRW der Strom knapp, wenn der Bau neuer Großkraftwerke auf Kohlebasis aufgeschoben oder verhindert wird und es beim Atomausstieg bleibt, wie die Koalitionsfraktionen dies befürchten? Die Gefahr einer „Stromlücke“ spaltet das Landesparlament. SPD und Grüne fordern die Landesregierung auf, ihre „Atomphantasien“ zu beenden und den Ausbau regenerativer Energien energisch zu fördern.

Die Enquetekommission I zu den Auswirkungen steigender Preise bei den Energieimporten legt ihren Abschlussbericht mit zwei unterschiedlichen Voten vor. Die eine Seite – CDU und FDP – sieht keinen Anlass zu „Untergangsszenarien“ und der Forderung „nach einem totalen Ökostaat“. Die anderen, SPD und Grüne, setzen auf Energieeinsparung und den Ersatz teurer Importenergie durch regenerative Lösungen.

Die Abgeordneten debattieren die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage zur Situation der Pflege in NRW. Es besteht Konsens darin, dass für die wachsende Zahl älterer – und damit oft pflegebedürftiger – Menschen ein menschliches und angemessenes Angebot im Land bereitzustellen ist. Später im September geht es in einer zweitägigen Anhörung des Sozialausschusses um das Heimgesetz des Landes. Es soll pflegebedürftigen Menschen ein selbstbestimmtes Leben sichern und einen Abbau zur Pflegebürokratie leisten.

**Mai**

Vor dem Hintergrund von Fällen, in denen Kinder in ihren Familien vernachlässigt werden, wird im Rund des Plenarsaals ein ganzes Bündel von staatlichen und kommunalen Maßnahmen zur Förderung benachteiligter

Kinder erörtert. Am Ende gibt es einen gemeinsamen Antrag in Sachen Kinderschutz, zu dem Ende August der Generationenausschuss Fachleute anhört.

In zweiter und dritter Lesung billigt der Landtag den Nachtragshaushalt 2008 – mit der Koalitionsmehrheit und gegen die Stimmen der Opposition. Es geht u. a. um eine Milliardenlandesbürgschaft für die Westdeutsche Landesbank (WestLB). Mit diesem „Risikoschild“ soll die angeschlagene Bank Gelegenheit erhalten, sich umzustrukturieren und ein tragfähiges Geschäftsmodell zu entwickeln.

### **Juni**

Schweigt der Landwirtschaftsminister zu den Problemen der auch vor dem Landtag demonstrierenden Milchbauern? In einer Aktuellen Stunde fordert die Opposition, der Minister solle sich eindeutig auf ihre Seite stellen. Die Koalition kontert: Die Rahmenbedingungen werden nicht im Land, sondern in Berlin und Brüssel festgelegt.

Seinen Teilabschlussbericht legt der Parlamentarische Untersuchungsausschuss I vor, der in dem Mord an einem jungen Häftling in der Justizvollzugsanstalt Siegburg ermittelt hat. Eine Woche später erörtert ihn das Plenum. Vor dem Hintergrund dieser Tat beschließt das Plenum mit allen Fraktionen, eine weitere (eine zweite gibt es da schon: Chancen für Kinder) Enquetekommission einzurichten. Sie soll sich um Maßnahmen kümmern, wie durch eine Präventionspolitik junge Menschen davon abgehalten werden können, straffällig zu werden.

Eine „einzigartige Sozialcharta“ soll die Mieterinnen und Mieter von Wohnungen der an einen britischen Investor verkauften Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) und die LEG-Beschäftigten absichern. Darüber hält der Landtag eine Aktuelle Stunde ab. Die Opposition ist der Auffassung, dass der Verkauf zulasten der Kommunen und der Mieterinnen und Mieter geht.

Nach dem Ersten Nachtragshaushalt kommt der Zweite. In erster Lesung geht es um die Verwendung von Steuermehreinnahmen und um zusätzliche und nicht vorhersehbare Ausgaben. Die Opposition kritisiert, dass die

## Dokumentation

Regierung den Schuldenstand des Landes erhöht und damit von ihrem Ziel der Haushaltskonsolidierung abrückt.

### Juli

In der letzten Plenarsitzung vor der Sommerpause geht es um die Studienbeiträge in NRW. CDU und FDP sind der Überzeugung, dass die Beiträge der Studierenden für mehr Qualität in der Lehre sorgen und zu besseren Studienbedingungen führen. Die Opposition bemängelt, das Land entlaste sich auf Kosten der jungen Menschen.

Ende Juni findet der 1. Jugend-Landtag NRW statt. 187 Jugendliche setzen sich in Arbeitskreisen und Fraktionssitzungen, in Fachausschüssen und einer abschließenden Parlamentsdebatte mit Themen auseinander, die für sie auch im Alltag von Bedeutung sind. Am Ende gibt es zwei Resolutionen: Am grundsätzlichen wirtschaftlichen Werbeverbot an den Schulen soll festgehalten werden. Kommunale Kinder- und Jugendbeiräte sollen eingeführt werden.

### August

Nach der Sommerpause beginnt wieder der Ernst der Parlamentsarbeit, der Landeshaushalt 2009 wird eingebracht und in erster Lesung erörtert. Der Finanzminister nennt unter der Überschrift „Konsolidieren, Modernisieren, Investieren“ die Eckdaten des 53-Milliarden-Etats. Die Opposition betont, mit diesem Entwurf sei die Regierung „an ihren eigenen Versprechungen gescheitert“.

Ein Bild der Lage der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in unserem Land zeichnet der 1. Integrationsbericht der Landesregierung. Während Koalition und Regierung konkrete Fortschritte bei der Zukunftsaufgabe Integration benennen, sieht die Opposition in dem Bericht einen Ausdruck von „Symbolpolitik“. Der zuständige Minister kündigt eine Einbürgerungskampagne an.

### September

Der Frauenausschuss hat die Vorarbeit dafür geleistet, dass sich die Landtagsabgeordneten in zwei Anträgen entschieden gegen die Genitalverstümmelung von Frauen und Mädchen wenden.



Ein Wochenende lang öffnet der Landtag seine Türen: Über 20.000 Besucherinnen und Besucher nutzen die Gelegenheit, das seit 20 Jahren am Rheinufer gelegene Parlament in Augenschein zu nehmen. Zeitgleich wird der Weltkindertag 2008 gefeiert.

Nicht mit Toleranz rechnen können rechtsextremistische Bestrebungen, zum Beispiel gegen den Bau der Moschee in Köln-Ehrenfeld. In einem gemeinsamen Antrag sprechen sich alle Fraktionen entschieden gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aus und bekennen sich zu einer pluralistischen, toleranten und freiheitlichen Gesellschaft.

Medizin gegen das „unkoordinierte Sterben“ von Krankenhäusern soll der Krankenhausrahmenplan bieten, den die Opposition von der Landesregierung fordert. Sie solle die Krankenhäuser stärker unterstützen. Die Koalition ihrerseits macht auf die Versäumnisse aufmerksam, die von Rot-Grün in der Vergangenheit zu verantworten und nun von Schwarz-Gelb aufzuarbeiten seien.

### **Oktober**

Sondersitzung des Landtags zu den Auswirkungen der internationalen Finanzkrise. Alle Fraktionen erklären ihre Unterstützung zum 480-Milliarden-Rettungspaket der Bundesregierung. Eine Woche später diskutieren die Abgeordneten über die Unterrichtung der Landesregierung zur Lage der Wirtschaft und der Finanzmärkte im Land.

Im Landtag macht die Schulministerin darauf aufmerksam, dass sich seit dem Regierungswechsel der Unterrichtsausfall an nordrhein-westfälischen Schulen halbiert hat. Die Opposition bezweifelt dagegen in einer Aktuellen Stunde die Aussagekraft der vorgelegten Studie.

Nach zweieinhalbjähriger Arbeit legt die sogenannte Kinderkommission ihre Ergebnisse zur Beratung im Plenum vor. In dem Bericht der Enquete-Kommission II wird die Bedeutung frühkindlicher Bildung unterstrichen. Die Erkenntnisse sollen Basis des parlamentarischen und des Regierungshandelns für Rahmenbedingungen eines optimalen Bildungs- und Betreuungsangebots sein.

## Dokumentation

**November**

Der Landtag verabschiedet in zweiter Lesung mit breiter Mehrheit das nach Meinung der Koalition „modernste Heimgesetz“ Deutschlands. Es soll älteren, behinderten und pflegebedürftigen Menschen ein ihrer Selbstbestimmung und Würde entsprechendes Leben ermöglichen.

In dritter Lesung nimmt der Landtag das neue Sparkassengesetz an, das von der Landesregierung vorgelegt worden ist. Nach monatelangen Auseinandersetzungen hat es zum Schluss eine Annäherung zwischen Koalition und Opposition gegeben. Das reicht aber nicht aus, um eine breite Mehrheit sicherzustellen.

**Dezember**

Angesichts der auf das nächste Jahr verschobenen zweiten und dritten Lesung des Landesetats 2009 kommt es bei der Plenardebatte um den Dritten Nachtragshaushalt 2008 zum Schlagabtausch über die Finanzpolitik der Koalition. Die Opposition wirft der Regierung vor, trotz hoher Steuereinnahmen nicht genug zu sparen und neue Schulden aufzunehmen. Der überwiegende Teil werde zur Senkung der Neuverschuldung genutzt, kontert der Finanzminister. 430 Millionen Euro würden eingesetzt, um Risiken bei der WestLB abzusichern, 185 Millionen Euro dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz des Bundes zugeführt.

**Jahresrückblick 2009 (aus Landtag intern)**

Die Wirtschaftskrise ist das beherrschende Thema des Jahres 2009. Ein Glück: Die Arbeitslosenzahlen steigen nicht so rasant an wie befürchtet. Dennoch kämpfen viele Unternehmen auch in NRW ums Überleben. Der Staat muss helfen und gegensteuern, meinen die Fraktionen im Landtag einhellig. Weil es dafür kein einfaches Rezept gibt, muss das Parlament an vielen einzelnen Schrauben drehen: In Plenum und Ausschüssen werden die unterschiedlichsten Themen im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise debattiert. Trotzdem kann das Land allein nur bedingt helfen. In der Folge treten der Bund und Europa ebenfalls in den Mittelpunkt vieler Debatten. Daneben wollen auch bestehende Herausforderungen rund um die Zukunft, um Bildung und Klimaschutz wie auch um gesellschaftlichen

Zusammenhalt angegangen werden. Der Landtag blickt zurück auf ein umfangreiches Arbeitspensum unter schwierigen Vorzeichen.

### **Januar**

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hält das Land in Atem. Staatliche Investitionen sollen die Wende bringen. Im Landtag diskutieren die Abgeordneten in einer Sondersitzung, wie die Milliardenzahlungen aus dem Konjunkturpaket II des Bundes in NRW eingesetzt werden sollen – und wie davon zugleich die Kommunen profitieren können.

Ebenfalls aktuell ist die Frage, wie es mit der Westdeutschen Landesbank weitergehen soll. Die Pläne der Landesregierung, die WestLB in eine „Fusionsbank“ und eine „Bad Bank“ aufzuspalten, stoßen bei den Oppositionsfraktionen im Plenum auf Kritik. Sie befürchten weitere Belastungen für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Dagegen sehen die Regierungsfractionen in den Plänen ein gutes Konzept, um die Bank zu retten.

### **Februar**

Mit Verzögerung verabschiedet der Landtag den Landeshaushalt 2009 und gibt den Weg frei für Ausgaben des Landes in Höhe von 52,7 Milliarden Euro. Während SPD und Grüne die Etatplanungen der Landesregierung für „mutlos“ in der Krise halten, sehen CDU und FDP im Haushalt das „Fundament für einen neuen Aufschwung“.

Zu Kontroversen kommt es auch im Wirtschaftsausschuss: Dort diskutieren Sachverständige, welche Konsequenzen aus der Gier mancher Bankmanager zu ziehen sind. Zumindest in einer Frage sind sich die Sachverständigen einig: Ein „Weiter so“ dürfe es nicht geben.

In eine ungewisse Zukunft blicken hunderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der insolventen Warenhauskette Hertie. Die Kaufhäuser sind von der Schließung bedroht. Für den Landtag wirft das die Fragen auf, ob und wie das Land dem Unternehmen helfen kann und welche städtebaulichen Folgen die Schließung der Warenhäuser für die Innenstädte hätte.

## Dokumentation

2009

**März**

Das „Superwahljahr 2009“ sorgt im Landtag für politischen Streit. Der Verfassungsgerichtshof in Münster hat entschieden, dass die geplante Zusammenlegung von Kommunal- und Europawahl verfassungswidrig sei. Daraufhin beschließt das Parlament mit den Stimmen von CDU und FDP, die Kommunalwahlen auf einen separaten Termin Ende August zu verlegen. SPD und Grüne wiederum kritisieren diese Entscheidung, weil sie auf die Kommunen unnötige Kosten in Millionenhöhe zukommen sehen. Ihr Vorschlag, die Kommunalwahlen mit der Bundestagswahl zusammenzulegen, findet keine Mehrheit. Der kommunale Schwerpunkt komme dann zu kurz, argumentieren CDU und FDP.

Bestürzt reagieren die Menschen im Land auf den Einsturz des Kölner Stadtarchivs. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung helfen mit, die in den Trümmern geborgenen Dokumente zu restaurieren und zumindest einige der jahrhundertealten Archivbestände zu retten.

Verloren ist das Geld vieler Anlegerinnen und Anleger, die den Ratschlägen ihrer Banken vertrauten. „Wir wurden verkauft“, sagen die Geschädigten in einer Anhörung und fordern einen besseren Verbraucherschutz im Finanzsektor.

Verbesserungen soll es auch bei der Lehrerausbildung in NRW geben. Ein Gesetzentwurf der Landesregierung bietet im Schulausschuss Anlass für eine angeregte Debatte, zu der der Ausschuss über hundert Sachverständige einlädt.

**April**

Die Schweinegrippe breitet sich rund um den Globus aus. Im Gesundheitsausschuss diskutieren die Abgeordneten, wie sich das Land auf eine drohende Pandemie vorbereiten kann.

Vorsorge bleibt auch ein Thema in der Finanzpolitik: Mit einem ersten Nachtragshaushalt für 2009 will die Landesregierung einen Risikoschirm über die WestLB spannen, die schwächelnde Wirtschaft stärken und dafür weitere Schulden in Höhe von 2,6 Milliarden Euro aufnehmen. Die Regierungsfractionen unterstützen die Pläne, da gegen die Krise nicht anges-

part werden dürfe. Die Oppositionsfraktionen dagegen werfen CDU und FDP vor, den Schuldenstand des Landes auf einen neuen Rekordwert zu treiben.

Um mehr Mitsprache von der Migrantinnen und Migranten geht es in gleich zwei Anhörungen des Landtags. Gemeinsam mit Sachverständigen überlegen die Abgeordneten, wie zugewanderte Menschen stärker an politischen Entscheidungen in ihrer Stadt oder Gemeinde beteiligt werden können.

### **Mai**

„Unser Staat muss wehrhaft bleiben“, betonen die Fraktionen nach den Attacken Rechtsextremer auf die DGB-Kundgebung zum 1. Mai in Dortmund. Den verletzten Polizeibeamten sprechen die Abgeordneten ihre Solidarität aus.

Welche Chancen das friedliche Miteinander der Kulturen in Europa eröffnet, können Bürgerinnen und Bürger hautnah in Düsseldorf erleben. Rund um den Landtag lädt das Europafest im Vorfeld der Wahlen zum EU-Parlament tausende Menschen ein, die Vielfalt in der Europäischen Union zu entdecken.

Ein weiteres wichtiges Zeichen setzen die Abgeordneten mit einer fraktionsübergreifenden Initiative: Als erstes deutsches Parlament spricht sich der Landtag NRW gegen die Legalisierung der Sterbehilfe und für eine menschenwürdige Behandlung unheilbar Kranker aus.

Politische Differenzen gibt es dagegen bei der Frage, wie sich die Landesregierung in den Verhandlungen des Bundes mit möglichen Opel-Investoren verhalten soll. Im Plenum erkennt Ministerpräsident Rüttgers dennoch Gemeinsamkeiten: Allen Fraktionen sei daran gelegen, den Standort Bochum zu erhalten.

### **Juni**

Eine Gesetzesänderung zum Nichtraucherschutz erhitzt die Gemüter. Sachverständige im Gesundheitsausschuss sind genau wie die Abgeordneten geteilter Meinung. Eckkneipen vor drohenden Schließungen bewahren oder ausnahmsloser Gesundheitsschutz?

## Dokumentation

Auch an anderer Stelle rauchen die Köpfe. Die Bedrohungen des Klimawandels sind Thema einer Konferenz des Landtags gemeinsam mit der Europäischen Kommission. Auf der Fachtagung in Mönchengladbach suchen Sachverständige nach Wegen aus der Klimaschraube in Zeiten der Wirtschaftskrise.

In die Zukunft investieren möchte die Landesregierung mittels dreier neuer Fachhochschulen in NRW. Die Oppositionsfractionen bezweifeln, dass die politischen Entscheidungen für die Standorte ausreichend transparent getroffen worden seien. Transparente parlamentarische Prozesse können 187 junge Menschen beim 2. Jugend-Landtag üben. Im Düsseldorfer Landesparlament nehmen sie auf den Stühlen der Abgeordneten Platz und diskutieren drei Tage lang über für sie wichtige Themen.

**Juli**

Ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss beginnt, die Vorgänge rund um die Entlassung eines Abteilungsleiters im Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz unter die Lupe zu nehmen.

**August**

Die Menschen in NRW sind dazu aufgerufen, von ihrem kommunalen Wahlrecht Gebrauch zu machen. Etwa 52 Prozent der Bürgerinnen und Bürger gehen an die Urne und geben damit den kommunalpolitischen Akteurinnen und Akteuren ein Mandat für ihre Arbeit. Auch viele Abgeordnete des Landtags engagieren sich in den Kreisen und Kommunen.

Im Rahmen einer Anhörung der Enquetekommission „Prävention“ fordern Sachverständige, Jugendlichen mehr Medienkompetenz zu vermitteln. Urteilsvermögen sei im Umgang mit Killerspielen, Internet und Handy unerlässlich.

**September**

Ein breites Medienangebot als Garant für Meinungsvielfalt wünschen sich alle Fraktionen. Doch auch Zeitungsmacher müssen wirtschaften und wettbewerbsfähig bleiben, um trotz Online-Konkurrenz zu bestehen. Die Zukunft dieser Branche ist Thema einer Expertenanhörung im Landtag.

Oppositions- und Regierungsfractionen lassen komplexe Gutachten erstellen, um herauszufinden, ob Kommunen über Gebühr Solidarbeiträge bezahlen mussten. Die Opposition beklagt einen „Raubzug durch die kommunalen Kassen“, die Regierungsfractionen verweisen hingegen auf „Rekordauszahlungen“ in die kommunale Szene.

In großer Einigkeit brechen die Abgeordneten eine Lanze für Kinder. Kinderlärm sei Zukunftsmusik und nicht mit Industrie- oder Verkehrslärm gleichzusetzen. Ein entsprechender Antrag soll die auf Bundesebene geplante Änderung des Lärmschutzrechts unterstützen.

Mit der ersten Lesung des Landeshaushalts 2010 endet die Harmonie. Die Aussprache gerät auch dieses Jahr zur Generaldebatte. Regierung- und Oppositionsfractionen streiten um die Themen Konjunkturankurbelung, Schulden, Bildung und Beschäftigung. Ebenfalls kontrovers diskutiert werden die Frage einer Schuldenbremse und ihre Folgen.

### **Oktober**

Das Parlament muss sich mit zwei Gerichtsurteilen zur Landesplanung auseinandersetzen. Ein Urteil bedeutet den Baustopp beim geplanten Steinkohlekraftwerk in Datteln. Die zweite Entscheidung betrifft ein geplantes großes Einkaufszentrum in Ochtrup. Die Karten sind neu gemischt – die Politik ist am Zug.

Ebenfalls gefordert ist das Parlament bei der Frage, wie Auszubildenden in insolventen Unternehmen geholfen werden kann. Wie weit soll das Engagement des Staates gehen, um Ausbildungsverhältnisse in der Wirtschaftskrise zu erhalten?

Der Streit um die „Lebensmittel-Ampel“ beschäftigt den Landtag. SPD und Grüne sehen in der Kennzeichnung eine wichtige Zusatzinformation, CDU und FDP halten die zukünftigen verpflichtenden Nährwertangaben für ausreichend.

Der Anbau des Parlamentsgebäudes kommt gut voran und liegt im Zeit- und Kostenplan. Beim Richtfest ist auch Prof. Fritz Eller dabei, der das Landtagsgebäude vor mehr als 20 Jahren konzipierte und nun den Anbau begleitet.

## November

Empört reagieren Regierungs- und Oppositionsfraktionen auf die überraschende Nachricht, dass General Motors Opel nun doch nicht verkaufen will. Die ewige Unsicherheit für den Standort und die Beschäftigten geht weiter. Im Landtag berät man über Ursachen und Konsequenzen und erwägt staatliche Subventionen, proklamiert aber unterschiedliche Ansätze.

Einen Kahlschlag befürchten die Oppositionsfraktionen auf dem Wohnungsmarkt. Denn das Wohnungsbauvermögen soll nicht mehr ausschließlich zweckgebunden verwandt, sondern Bestandteil der NRW.BANK werden. Dies solle gerade die Förderung des Wohnungsbaus sichern, argumentieren die Regierungsfaktionen.

Parteiübergreifend begrüßen die Fraktionen dagegen das Vorhaben, alle öffentlich-rechtlichen Unternehmen zu verpflichten, die Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungen und Aufsichtsräten zu veröffentlichen.

Studierende protestieren gegen schlechte Studienbedingungen und fehlende Freiheit bei Bachelor- und Masterstudiengängen. In einer Sondersitzung berät der Wissenschaftsausschuss gemeinsam mit Betroffenen von Hochschul- und Studentenseite, was zu tun ist. An den Hochschulen soll es Nachbesserungen geben.

## Dezember

Der Streit ums Geld bestimmt die Landtagsdebatten. Immerhin geht es beim Haushalt 2010 um 53,3 Milliarden Euro. Nach ausführlichen Debatten stimmt die Koalitionsmehrheit des Parlaments für den Haushaltsentwurf. Das Parlament verabschiedet ebenso den zweiten Nachtragshaushalt, mit dem die WestLB eine erweiterte Risikoabsicherung erhält. Des Weiteren umfasst er eine dreistellige Millionensumme, um den Kommunen möglicherweise zuviel gezahlte Solidarbeiträge zu erstatten; das Thema bleibt auf der Agenda. Die Oppositionsfraktionen blicken ins nächste Jahr und befürchten, dass die Steuersenkungspläne des Bundes 2010 zu massiven Steuerausfällen für die Länder führen. CDU und FDP weisen die Kritik zurück und stellen sich hinter die Pläne der Bundesregierung.



## Jahresrückblick 2010 (Januar bis Juli)

Die sieben Monate sind geprägt von Wahlkampf, einem überraschenden Wahlergebnis, von schwierigen Verhandlungen zwischen den Parteien und schließlich einem erneuten Regierungswechsel.

### Januar

Mit dem neuen Jahr bricht die Zeit der Europäischen Kulturhauptstadt im Ruhrgebiet an. Der Landtag hat die Bewerbung des Ruhrgebiets von Anfang an unterstützt.

Unterstützung, aber auch Bedenken äußern Fachleute aus Abfallwirtschaft und Kommunen zum von der Landesregierung vorgelegten Abfallwirtschaftsplan: Wettbewerb, Preisschere oder Gebührengerechtigkeit?

Den Blick nach vorn richtet Ministerpräsident Jürgen Rüttgers mit seiner Regierungserklärung zu NRW 2025. Auch dann noch sollen Innovation und Solidarität Markenzeichen Nordrhein-Westfalens sein. Die Opposition verlangt hingegen grundsätzliche Strukturveränderungen und Antworten auf Fragen der Gegenwart.

Eine aktuelle Herausforderung ist der Umgang mit der angeschlagenen Westdeutschen Landesbank. SPD und Grüne fordern mehr Transparenz und parlamentarische Kontrolle. CDU und FDP warnen hingegen vor einer gläsernen Bank, die am Markt große Schwierigkeiten hätte, und betonen ihr Vertrauen in die als Miteigentümer zuständige Landesregierung.

Großes Interesse besteht im Landtag an der Aufklärung des Unfalls, der sich Anfang des Jahres in der Urananreicherungsanlage Gronau ereignet hat. Die Wirtschaftsministerin gibt vorsichtige Entwarnung zum Ausmaß des Vorfalles und erläutert den Verlauf.

### Februar

Das Parlament debattiert über die von der Bundesregierung beschlossene geringere Mehrwertsteuer auf Hotelübernachtungen und über Chancen und Risiken sowie Auswüchse des Instruments der Minijobs.

## Dokumentation

Diskussion gibt es auch darüber, wie viel Geld das Land den Kommunen zurückzahlen muss, nachdem diese einen zu großen Anteil der Einheitslasten geschultert haben. Verschiedene Rechenmodelle und Gutachten sorgen für kontroverse Debatten.

Einig sind sich die Fraktionen hingegen darin, dass der RAG-Regionalbeirat grundsätzlich sinnvoll sei, um den Ausstieg aus dem Kohlebergbau zu begleiten. Auch die Kürzung der Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Beirats begrüßt der Landtag.

Unterschiedlicher Meinung sind Regierungs- und Oppositionsfraktionen bei der Frage, ob Stadtwerken als kommunale Unternehmen wieder mehr wirtschaftliche Betätigung erlaubt werden soll.

Hohe Wellen schlägt der Vorschlag der Landesregierung, die Regeln zur Landesplanung neu zu fassen. Hintergrund der Debatte ist auch der Streit um das Kraftwerk in Datteln, dessen Bau per Gerichtsbescheid gestoppt wurde.

In einer öffentlichen Anhörung warnen Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen angesichts der Überschuldung vieler Städte vor einer Beschädigung der kommunalen Demokratie.

**März**

Die Landesregierung informiert das Parlament zur Lage von Kindern in Not und bekommt von CDU und FDP Lob für Fortschritte bei der Stärkung der Familien und bei der Kinderbetreuung. Die Opposition hingegen ist längst nicht zufrieden und vermisst eine gezielte Förderung der Betroffenen.

Bilanz gezogen wird auch bei der Bildungspolitik der letzten fünf Jahre. Während CDU und FDP auf erfüllte Wahlversprechen im „Bildungsland Nummer eins“ verweisen, klagt die Opposition, es gebe weder die versprochenen kleineren Klassen, noch mehr Lehrkräfte oder weniger Unterrichtsausfall. Kritik gibt es außerdem bei der Schulzeitverkürzung und Ganztagsangeboten.

Um die Verschuldung künftig in den Griff zu bekommen, muss NRW eine Schuldenbremse in der Landesverfassung verankern. Die notwendige Unterstützung einer Zweidrittelmehrheit bekommt die Landesregierung für

ihren Vorschlag zur konkreten Ausgestaltung allerdings nicht. Die Opposition vermisst Instrumente, um auf Krisen reagieren zu können.

### **April**

Die Landtagswahl wirft ihre Schatten voraus, die Abgeordneten, die wieder kandidieren, sind in ihren Wahlkreisen unterwegs.

Der Landtag informiert Bürgerinnen und Bürger mittels mobiler Ausstellungen, Publikationen und Online-Angebote rund um die anstehende Wahl und spricht gezielt junge Menschen an.

### **Mai**

Nordrhein-Westfalen wählt seine Volksvertretung. Bei nur rund 59 Prozent Wahlbeteiligung bescheren die Wählerinnen und Wähler dem neuen Landtag einen spannenden Wahlabend und schließlich eine Pattsituation der beiden größten Parteien. CDU und SPD liegen gleichauf, mit den Linken zieht eine fünfte Fraktion in den insgesamt etwas kleineren, jüngeren und bunteren Landtag ein.

Schwierige Sondierungsgespräche beginnen. SPD und Grüne laden FDP sowie Linke zum Gespräch ein, stellen aber schnell fest, dass eine formale Zusammenarbeit mit der neuen Linksfraktion nicht in Frage kommt. Sondierungsgespräche zwischen SPD und CDU werden abgebrochen, eine tragfähige Grundlage scheint nicht erreichbar.

### **Juni**

In Sondierungsgesprächen mit der FDP stellt sich heraus, dass es in NRW auch keine rot-gelb-grüne Ampelkonstellation geben wird.

Unabhängig von der schwierigen Regierungsbildung konstituiert sich der neue Landtag der 15. Wahlperiode. Das Parlament muss handlungs- und beschlussfähig sein und setzt erste Gremien ein, damit beispielsweise die Bürgerinnen und Bürger von ihrem Petitionsrecht Gebrauch machen können.

Ebenfalls in der ersten Plenarsitzung bestimmt der Landtag, wen er als Mitglieder in die Bundesversammlung entsendet, die am 30. Juni einen neuen Bundespräsidenten zu wählen hat.

## Juli

Der Landtag wählt ein neues Präsidium und Hannelore Kraft zur Ministerpräsidentin einer rot-grünen Minderheitsregierung. Kraft stellt ihr Kabinett vor, die Fraktionen wählen ihre Vorsitzenden, und der Landtag bestellt die übrigen Ausschüsse, die in etwa die Zuschnitte der Ministerien widerspiegeln. Die Strukturen sind geschaffen für die Arbeit in der neuen Wahlperiode.

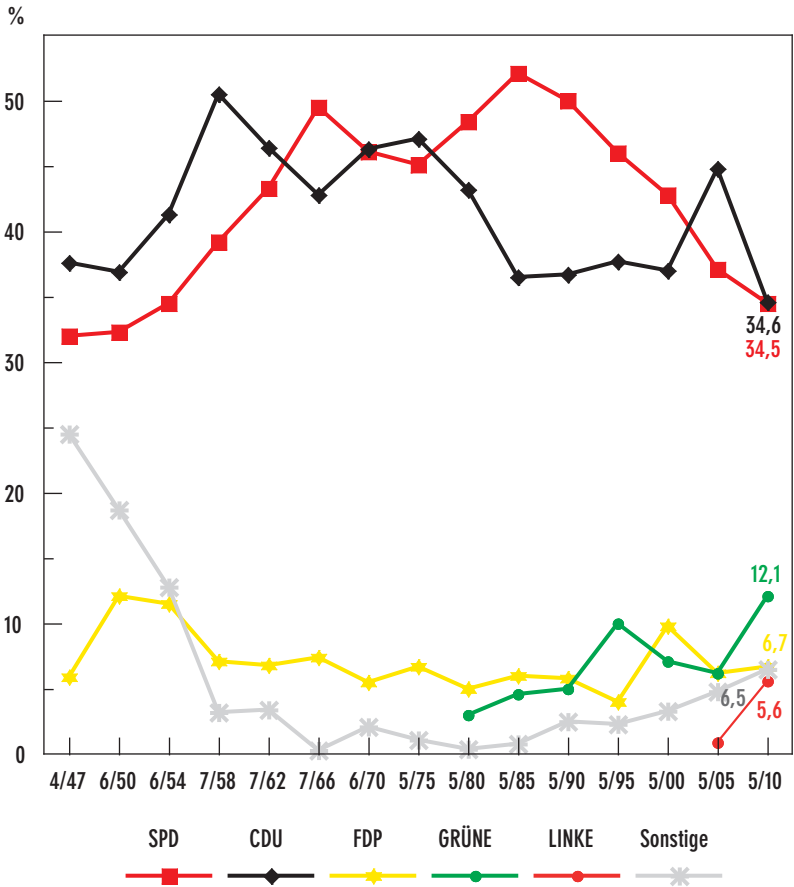
Inhaltlich debattiert das neue Parlament über die großen Linien, über den richtigen Weg für Nordrhein-Westfalen. In der Aussprache über den landespolitischen Rückblick und Ausblick treffen die Bewertungen der Fraktionen gegensätzlich aufeinander.

Streit gibt es auch bei der Schulpolitik. Die Fraktionen von SPD, Grünen und Linken haben Gesetzentwürfe vorgelegt, um das Schulgesetz zu überarbeiten. Die vorgeschlagenen Änderungen zur Abschaffung der Kopfnoten, der verbindlichen Grundschulgutachten und der Grundschulbezirke sowie zur innerschulischen Demokratie treffen bei CDU und FDP auf Ablehnung.

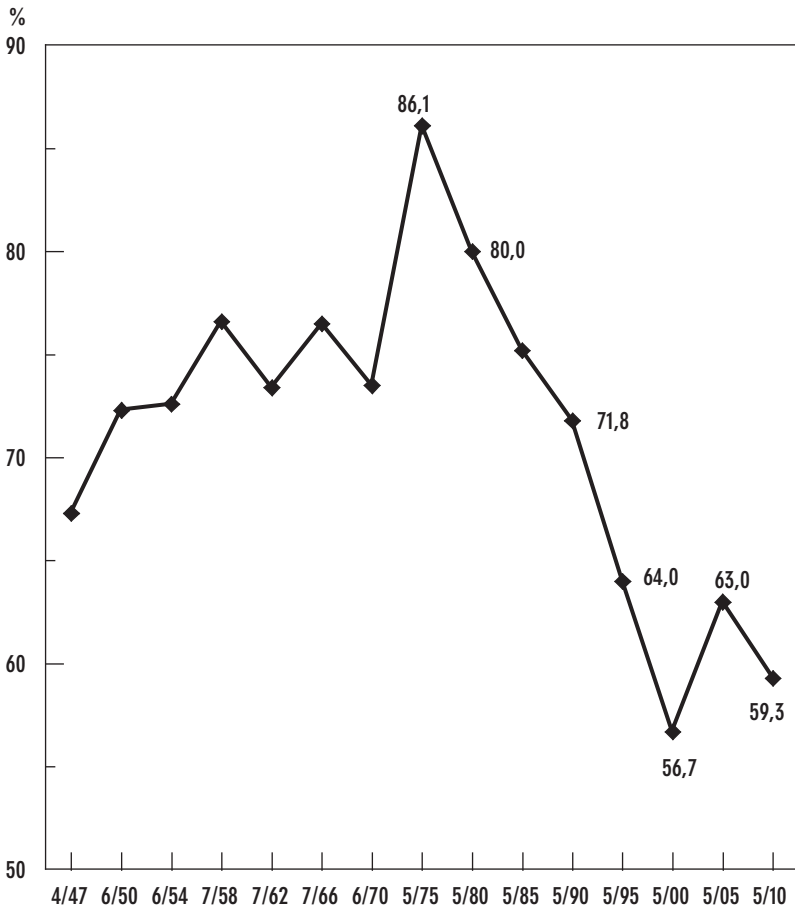
2010

## 2. Grafiken

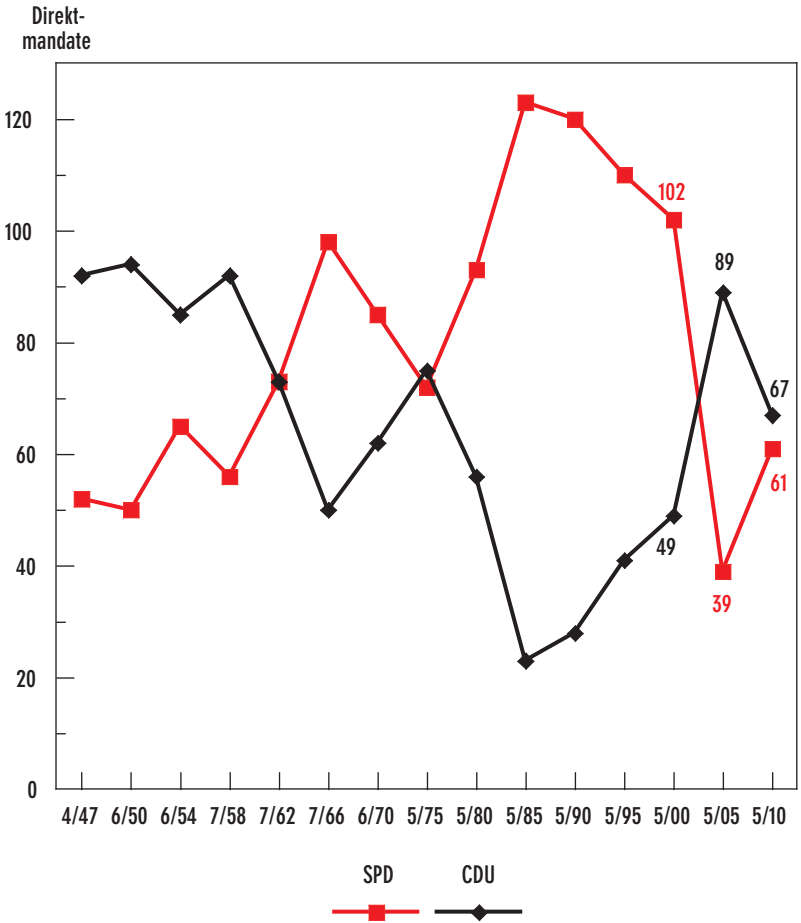
Wahlergebnisse 1947 bis 2010



### Entwicklung der Wahlbeteiligung



### Verteilung der Direktmandate



### 3. Das Präsidium des 15. Landtags Nordrhein-Westfalen



Landtagspräsident  
Eckhard Uhlenberg (CDU)



1. Vizepräsidentin  
Carina Gödecke (SPD)



2. Vizepräsident  
Oliver Keymis (Grüne)



3. Vizepräsidentin  
Angela Freimuth (FDP)



1. Vizepräsidentin  
Gunhild Böth (DIE LINKE)



## 4. Die Fraktionen

### Fraktion der CDU



**Fraktionsvorsitzender:**

Laumann, Karl-Josef

**Stellvertretende Vorsitzende:**

Laschet, Armin

Biesenbach, Klaus Peter

Doppmeier, Ursula

Hovenjürgen, Josef

Kaiser, Klaus

Lienenkämper, Lutz

Milz, Andrea

Post, Norbert

**Parlamentarischer Geschäftsführer:**

Laschet, Armin



DIE LANDTAGSFRAKTION

## Dokumentation

Name	Beruf
Dr. Berger, Stefan	Dozent
Biesenbach, Peter	Rechtsanwalt
Birkhahn, Astrid	Direktorin am Studienseminar a.D.
Freifrau von Boeselager, Ilka	Unternehmerin
Dr. Brinkmeier, Michael	Unternehmensberater
Brunert-Jetter, Monika	Hausfrau
Clauser, Hans-Dieter	Dipl.-Ingenieur
Deppe, Rainer	Staatl. geprüft. Landwirt
Doppmeier, Ursula	Realschullehrerin
Dr. Droste, Wilhelm	Notar
Exler, Wolfgang	Kriminaloberkommissar
Fehring, Hubertus	Landwirtschaftsmeister
Dr. Geerlings, Jörg	Rechtsanwalt
Giebels, Harald	Rechtsanwalt
Golland, Gregor	Dipl.-Kaufmann
Dr. Hachen, Gerd	Chemiker, Gymnasiallehrer
Hauser, Benedikt	Jurist
Hovenjürgen, Josef	Landwirt
Jostmeier, Werner	Fachbereichsleiter Personal Deutsche Telekom (z.Zt. beurlaubt)
Kaiser, Klaus	VHS-Leiter a.D.
Kamieth, Jens	Rechtsanwalt
Kleff, Hubert	Sozialversicherungsfachangestellter, AOK-Betriebswirt
Klöpfer, Rita	Bankkauffrau
Krautscheid, Andreas	Generalsekretär der NRW-CDU, Staatsminister a.D.
Krückel, Bernd	Steuerberater, Landtagsabgeordneter
Kruse, Theo	Berufsschullehrer, Oberstudienrat a.D.
Kuhmichel, Manfred	Hauptschulrektor a.D.
Laschet, Armin	Staatsminister a.D.
Laumann, Karl-Josef	Fraktionsvorsitzender, Staatsminister a. D., Maschinenschlosser
Lehne, Olaf	Rechtsanwalt

Name	Beruf
Lienenkämper, Lutz	Staatsminister a.D.
Lohn, Werner	Diplom-Verwaltungswirt und Kriminalhauptkommissar
Löttgen, Bodo	Dipl.-Verwaltungswirt (FH), Kriminalhauptkommissar a.D.
Milz, Andrea	Referentin
Möbius, Christian	Rechtsanwalt
Moritz, Arne	Betriebswirt
Müller, Holger	Jurist, Landtagsabgeordneter
Ortgies, Friedhelm	Landwirtschaftsmeister
Palmen, Manfred	Rechtsanwalt, Stadtdirektor a.D.
Dr. Petersen, Jens	Unternehmensberater
Post, Norbert	Gesamtschuldirektor a.D.
Preuß, Peter	Rechtsanwalt
Ratajczak, Marc	Betriebswirt
Recker, Bernhard	Rektor
Rickfelder, Josef	Polizeibeamter
Dr. Rüttgers, Jürgen	Bundesminister a.D., Ministerpräsident a.D.
Schemmer, Bernhard	Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur
Schittges, Winfried	Diplom-Betriebswirt
Dr. Schoser, Martin	Dipl.-Kaufmann
Schroeren, Michael	Kaufmann in der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft
Schulze Föcking, Christina	Landwirtin
Seel, Rolf	Dipl. Verwaltungswirt
Sieveke, Daniel	Bankkaufmann/Sparkassenbetriebswirt
Solf, Michael-Ezzo	Studiendirektor
Prof. Dr.Dr. Sternberg, Thomas	Akademiedirektor i.K.
Tenhumberg, Bernhard	Bankbetriebswirt
Uhlenberg, Eckhard	Präsident des Landtags, Landwirt, Staatsminister a.D.
Verpoorten, Andrea Christina	Rechtsanwältin
Vosseler, Margret	Selbstständige landwirtschaftliche Unternehmerin
Voussemer, Klaus	Rechtsanwalt
Weisbrich, Christian	Dipl.-Kaufmann
Westerhorstmann, Maria	Bäuerin

## Dokumentation

Name	Beruf
Wiedon, Stefan	Dipl.-Sportlehrer
Wimmer, Wiljo	Rechtsanwalt/Strafverteidiger
Wirtz, Axel	Dipl.-Verwaltungswirt
Wirtz, Josef	Landwirtschaftsmeister
Wüst, Hendrik	Rechtsanwalt

## Fraktion der SPD



**Fraktionsvorsitzender:**

Römer, Norbert

**Stellvertretende Vorsitzende:**

Gebhard, Heike

Hendricks, Renate

Körfges, Hans-Willi

Schmeltzer, Rainer

**Parlamentarische Geschäftsführerin:**

Altenkamp, Britta



## Dokumentation

Name	Beruf
Altenkamp, Britta	Parlamentarische Geschäftsführerin, Angestellte
Becker, Andreas	Angestellter
Dr. Behrens, Fritz	Jurist, Staatsminister a.D.
Bell, Dietmar	Geschäftsführer Gewerkschaft ver.di
Berghahn, Jürgen	Referent in der Erwachsenenbildung
Bialas, Andreas	Polizist
Bischoff, Rainer	Gewerkschaftssekretär
Prof. Dr. Bollermann, Gerd	Regierungspräsident, Hochschullehrer
Börschel, Martin	Rechtsanwalt
Prof. Dr. Bovermann, Rainer	Politikwissenschaftler
Dahm, Christian	Polizeibeamter
Dudas, Gordan	Ausbildungsleiter, Betriebsratsvorsitzender
Eiskirch, Thomas	Kaufmännischer Angestellter, Prokurist
Eumann, Marc Jan	Staatssekretär, Regierungsangestellter, Referatsleiter
Fortmeier, Georg	Juristischer Referent beim Jugendverband „Die Falken e.V. Bielefeld“
Garbrecht, Günter	Werkzeugmacher
Gatter, Stephan	Angestellter
Gebhard, Heike	Diplom-Mathematikerin
Gödecke, Carina	1. Vizepräsidentin des Landtags, Pädagogische Referentin
Gottschlich, Margret	Modistin
Große Brömer, Wolfgang	Ltd. Gesamtschuldirektor (beurlaubt)
von Grünberg, Bernhard	Jurist
Hahnen, Uli	Dipl.-Finanzwirt
Hendricks, Renate Maria	Dipl.-Sozialpädagogin
Herter, Marc	Angestellter
Hilser, Dieter	Dipl.-Volkswirt
Howe, Inge	Krankenschwester
Hübner, Michael R.	Geschäftsführer
Jäger, Ralf	Minister für Inneres und Kommunales, Groß- und Außenhandelskaufmann, Fachreferent
Jahl, Armin	Angestellter

Name	Beruf
Jörg, Wolfgang	Dipl.-Sozialarbeiter
Kieninger, Gerda	Einzelhandelskauffrau
Kopp-Herr, Regina	Pädagogische Fachkraft
Körfges, Hans-Willi	Rechtsanwalt
Kraft, Hannelore	Ministerpräsidentin, Dipl.-Ökonomin, Staatsministerin a.D.
Kramer, Hubertus	Journalist
Kuschke, Wolfram	Sozialwissenschaftler, Staatsminister a.D., Regierungspräsident a.D.
Kutschaty, Thomas	Justizminister, Rechtsanwalt
Link, Sören	Dipl.-Verwaltungswirt (FHöV)
Lück, Angela	Krankenschwester
Lüders, Nadja	Rechtsanwältin
Lux, Eva	Bürokauffrau
Maelzer, Dennis	Politikwissenschaftler, Landtagsabgeordneter
Meesters, Norbert	Diplom-Sozialpädagoge
Neumann, Josef	Geschäftsführer, Gewerkschaftssekretär, Heilerziehungspfleger
Ott, Jochen	Oberstudienrat a.D.
Preuß-Buchholz, Iris	Lehrerin
Römer, Norbert	Fraktionsvorsitzender, Journalist
Roth, Wolfgang	Diplom-Pädagoge
Ruhkemper, Cornelia	Bundesbeamtin im mittleren Dienst
Schäfer, Ute	Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport, Lehrerin
Scheffler, Michael	Industriekaufmann
Schmeltzer, Rainer	Gewerkschaftssekretär
Schultheis, Karl	Gruppenleiter Forschung im Ministerium für Wissenschaft und Forschung NRW
Schulze, Svenja	Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung, Unternehmensberaterin
Steininger-Bludau, Eva	Arztheferin
Stinka, André	Landesbeamter b. OVG NRW
Stotko, Thomas	Rechtsanwalt

## Dokumentation

Name	Beruf
Stotz, Marlies	Staatlich geprüfte Betriebswirtin
Sundermann, Frank	Gartenbauingenieur, Vertriebsleiter
Töns, Markus	Politologe
Veldhues, Elisabeth	Geschäftsführerin der SPD-Fraktion LWL
Vogt, Alexander	Journalist, selbständiger PR-Berater
Voigt-Küppers, Eva	Staatlich anerkannte Erzieherin
Walsken, Gisela	Regierungspräsidentin, Studienrätin
Weiß, Rüdiger	Schulleiter
Wolf, Sven	Rechtsanwalt, Fachanwalt für Insolvenzrecht
Yetim, Ibrahim	Bergmechaniker, SPD-Geschäftsführer
Yüksel, Serdar	Krankenpfleger
Zimkeit, Stefan	Diplom Sozialwissenschaftler



## Fraktion der GRÜNEN



### **Fraktionsvorsitzender:**

Priggen, Reiner

### **Stellvertretende Vorsitzende:**

Klocke, Arndt

Mostofizadeh, Mehrdad

Paul, Josefine

Schneckenburger, Daniela

### **Parlamentarische Geschäftsführerin:**

Beer, Sigrid



## Dokumentation

Name	Beruf
Asch, Andrea Ursula	Dipl.-Psychologin
Becker, Horst	Parlamentarischer Staatssekretär, Verwaltungsangestellter
Beer, Sigrid	Parlamentarische Geschäftsführerin, Freiberufliche Dipl.-Pädagogin
Bolte, Matthi	Politikwissenschaftler
Brems, Wibke	Dipl.-Ingenieurin
Düker, Monika	Dipl.-Sozialpädagogin
Engstfeld, Stefan	Referent
Hanes, Dagmar	Erzieherin
Keymis, Oliver	2. Vizepräsident des Landtags, Regisseur
Klocke, Arndt	Politikwissenschaftler
Löhrmann, Sylvia	Ministerin für Schule und Weiterbildung, Stellvertretende Ministerpräsidentin, Oberstudienrätin
Maaßen, Martina	Dipl.-Sozialwirtin (FH), Dipl.-Sozialpädagogin
Markert, Hans Christian	Volljurist
Mostofizadeh, Mehrdad	Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Paul, Josefine	Historikerin M.A.
Priggen, Reiner	Fraktionsvorsitzender, Dipl.-Ingenieur
Remmel, Johannes	Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
Rübe, Norwich	Bauer
Schäffer, Verena	Historikerin
Schneckenburger, Daniela	Studienrätin
Dr. Seidl, Ruth	Musikwissenschaftlerin
Steffens, Barbara	Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter, Biologisch-technische Assistentin
Ünal, Arif	Dipl.-Sozialarbeiter

## Fraktion der FDP



**Fraktionsvorsitzender:**

Dr. Papke, Gerhard

**Stellvertrende Vorsitzende:**

Brockes, Dietmar

Rasche, Christof

**Parlamentarischer Geschäftsführer:**

Witzel, Ralf



## Dokumentation

Name	Beruf
Abruszat, Kai	Erster Beigeordneter, Volljurist
Brockes, Dietmar	Kaufmann
Engel, Horst	Polizeihauptkommissar, Dipl.-Verwaltungswirt
Freimuth, Angela	3. Vizepräsidentin des Landtags, Werkzeugmacherin, Rechtsanwältin
Hafke, Marcel	Versicherungskaufmann, Dipl.-Kaufmann
Dr. Orth, Robert	Rechtsanwalt
Dr. Papke, Gerhard	Fraktionsvorsitzender
Pieper-von Heiden, Ingrid	Wirtschafts-Dolmetscherin und Betriebswirtin
Prof. Dr. Pinkwart, Andreas	Universitätsprofessor, Staatsminister a.D.
Rasche, Christof	Bankkaufmann
Dr. Romberg, Stefan	Facharzt für Nervenheilkunde
Witzel, Ralf	Parlamentarischer Geschäftsführer, Dipl.-Kaufmann, Personalreferent
Dr. Wolf, Ingo	Rechtsanwalt, Staatsminister a.D.

## Fraktion die Linke



### **Fraktionsvorsitzende:**

Beuermann, Bärbel  
Zimmermann, Wolfgang

### **Stellvertretende Vorsitzende:**

Dr. Butterwegge, Carolin  
Sagel, Rüdiger

### **Parlamentarischer Geschäftsführer:**

Michalowsky, Ralf

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen

## Dokumentation

Name	Beruf
Aggelidis, Michael Georg	Rechtsanwalt
Akbayir, Hamide	Chemisch-Technische Assistentin
Atalan, Ali	Dipl.-Sozialwissenschaftler, Dolmetscher – Übersetzer
Beuermann, Bärbel	Fraktionsvorsitzende, Lehrerin an einer Förderschule
Böth, Gunhild	4. Vizepräsidentin des Landtags, Lehrerin am Gymnasium
Dr. Butterwegge, Carolin	Diplom-Sozialarbeiterin mit Schwerpunkt der interkulturellen Arbeit
Conrads, Anna	Dipl.-Politologin
Demirel, Özlem Alev	Studentin (derzeit Examensphase für Politikwissenschaften)
Michalowsky, Ralf	Dipl.-Ökonom
Sagel, Rüdiger	Dipl.-Ingenieur
Zimmermann, Wolfgang	Fraktionsvorsitzender, Dipl.-Sozialarbeiter

## 5. Statistisches

### Die Berufe der Abgeordneten in der 15. Wahlperiode

Stand: 28.07.2010

#### Angestellte in der Wirtschaft und in Verbänden

	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	Summe
Wirtschaft, Handel, Gewerbe	17	12	1	3	1	34
Parteien, Fraktionen	-	7	6	-	4	17
Verbände, Stiftungen, Vereine	1	9	2	1	-	13
Gewerkschaften	-	5	-	-	-	5
Kirchen	1	-	-	-	-	1
Post, Telekommunikation	2	-	-	-	-	2
Gesundheit	1	4	1	1	-	7
Sonstige	1	1	-	-	-	2
Summe	23	38	10	5	5	81

#### Öffentlicher Dienst

	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	Summe
Bildung/Forschung/Lehre	12	7	3	1	2	25
Verwaltung	1	7	3	1	1	13
Gesundheit	-	1	-	-	1	2
Polizei	3	2	-	1	-	6
Finanzen	-	1	-	-	-	1
Sonstige	4	2	1	-	-	7
Summe	20	20	7	3	4	54

## Dokumentation

## Selbstständige

	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	Summe
Unternehmer/Kaufleute	2	-	-	2	-	4
Rechtsanwälte/Notare/ Steuerberater	12	6	-	3	1	22
Landwirte	7	-	-	-	-	7
Beratende Berufe	1	-	1	-	-	2
Journalisten, Redakteure, Schriftsteller	-	1	1	-	-	2
Sonstige	-	-	1	-	-	1
<b>Summe</b>	<b>22</b>	<b>7</b>	<b>3</b>	<b>5</b>	<b>1</b>	<b>38</b>

## Hausfrauen/Hausmänner

	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	Summe
Hausfrauen/Hausmänner	1	-	-	-	-	1

## Schüler, Auszubildende, Studenten

	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	Summe
Hausfrauen/Hausmänner	1	-	-	-	-	1

## Keine Angaben

	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	Summe
keine Angaben	1	2	1	-	-	4

1) Die Angaben sind nach den folgenden Grundsätzen bewertet worden:

- Sofern der Beruf derzeit nicht ausgeübt wird (dies gilt insbesondere für erneut gewählte Abgeordnete), ist der vor der Mandatsübernahme zuletzt ausgeübte Beruf zugrunde gelegt worden.
- Dieser Grundsatz wird auch für die Abgeordneten angewendet, die Mitglieder der Landesregierung sind bzw. die zuvor einem anderen Parlament angehört haben.



**Frauenanteil**

Stand: 09.06.2010

	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	Gesamter Landtag
Anzahl der Abgeordneten	67	67	23	13	11	181
Anzahl der Frauen	10	19	12	2	6	49
Frauenanteil in % – bezogen auf die jeweilige Fraktion	14,93	28,36	52,17	15,38	54,55	27,07

**Altersstruktur**

Stand: 09.06.2010

Alter in Jahren	CDU		SPD		GRÜNE		FDP		LINKE		Gesamter Landtag	
	Abgeordnete	Anteil in %	Abgeordnete	Anteil in %	Abgeordnete	Anteil in %	Abgeordnete	Anteil in %	Abgeordnete	Anteil in %	Abgeordnete	Anteil in %
bis 30	0	0,00	1	1,49	4	17,39	1	7,69	1	9,09	7	3,87
31 – 40	9	13,43	11	16,42	3	13,04	2	15,38	2	18,18	27	14,92
41 – 50	19	28,36	20	29,85	9	39,13	7	53,85	2	18,18	57	31,49
51 – 60	25	37,31	28	41,79	7	30,43	1	7,69	5	45,45	66	36,46
über 60	14	20,90	7	10,45	0	0,00	2	15,38	1	9,09	24	13,26
Durchschnittsalter	52,5		49,8		44,3		46,2		47,5		49,7	

## Herausgeber

Der Präsident des Landtags  
Nordrhein-Westfalen  
Eckhard Uhlenberg

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

[www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Autor:	Dr. Walter Ruhland
Redaktion:	Dr. Hans Zinnkann
Fotos:	Bernd Schälte
Layout und Satz:	de haar grafikdesign, <a href="http://www.dehaar.de">www.dehaar.de</a>
Druck:	Rautenberg Media & Print Verlag KG





**Landtag Nordrhein-Westfalen**